

Poetry Slam in Deutschland: Dichter und Lenker

Nirgendwo in Europa ist Poetry Slam so erfolgreich wie im deutschsprachigen Raum. Woran liegt das? Blick hinter die Bühnen einer deutschen Leidenschaft.

„Poetry Slam“, sagt der Moderator, und es könnte jeder Moderator bei jedem Slam in diesem Land sein, „ist ein moderner Dichterwettbewerb, bei dem Poeten gegeneinander antreten und das Publikum, entscheidet, wer gewinnt.“ Die Zuschauer stimmen per Applaus oder Jurywertung ab, in letzterem Fall verteilt der Moderator einige Punktafeln: „Einen Punkt gibt es für Texte, die niemals hätten geschrieben werden dürfen, und zehn Punkte für einen Text, der hier einen kollektiven Orgasmus auslöst.“

Jedenfalls ist er eine seltsame und wunderbare Angelegenheit. Und am seltsamsten und wunderbarsten ist vielleicht die Art und Weise, in der die Szene organisiert ist: Es gibt keinen Dachverband, keinen offiziellen Verein. Trotzdem reisen jedes Wochenende Slammer von Stadt zu Stadt; trotzdem gibt es jedes Jahr Stadt- und Landesmeisterschaften, und natürlich die Deutschsprachigen Meisterschaften, schlicht „National“ genannt. Der National ist eine logistische Meisterleistung: Über hundert Slammer kommen für ein verlängertes Wochenende zusammen, entsandt von den durch ein kompliziertes System zur Nominierung berechtigten Slams. Dieses Jahr wird der National in Dresden abgehalten. Christian Meyer, einer der Organisatoren, verbringt schon jetzt jeden Tag fünf Stunden damit, die Dinge für das größte aller Klassentreffen in die Wege zu leiten. Über die Strukturen im Slam sagt er: „Man kennt sich halt so über die Jahre.“

Sich in diese Gemeinschaft zu integrieren ist nicht immer einfach. „Ich musste am Anfang erst mal die Etikette lernen“, sagt Andreas In der Au, der seit Beginn seiner Dichterkarriere vor ein paar Jahren im Schnitt jeden zweiten Tag auf irgendeiner Slam-Veranstaltung war. Andreas hat seinen Platz in der Szene gefunden. Inzwischen ist er nur noch zwei, drei Tage im Monat zu Hause in Erfurt, eigentlich nur zum Wäsche waschen, den Rest der Zeit ist er unterwegs. „Ich habe mich selbständig gemacht“, sagt er, „mit Steuer-Workshops und Poetry Slam.“ Vor seiner Slam-Karriere war er als Diplom-Finanzwirt beim Finanzamt tätig, dann einige Zeit lang in der freien Wirtschaft. Jetzt hilft er seinen Slam-Kollegen dabei, ihre Steuererklärung zu machen. Zwischen seinen Auftritten fährt zu den anderen Künstlern nach Hause, dort geht er mit ihnen Kartons „verschiedenster Lebensunterlagen“ durch, sortiert Belege erst nach Jahren, dann nach Einkunfts- und Ausgabearten. Immer mehr seiner Schützlinge fragen jetzt bei Fahrtkostenabrechnungen nach einer Kopie der Quittung. „Ich bin immer ganz stolz“, sagt Andreas. Seine beiden Leidenschaften bilden ein seltsames Duo. Tagsüber Steuer, abends Slam.

Wenn man Andreas auf der Bühne sieht, wäre Steuer-Fachmann das letzte, wofür man ihn halten würde. Er tanzt und singt, er pöbelt, er schreit auch mal, er strotzt vor Energie. Manchmal, wenn vor ihm ein besonders tief sinniger Text dargeboten wurde, beginnt er seine Performance mit einem Pfiff, dessen Tonhöhe sich langsam absenkt, dann stampft er mit dem Fuß auf den Boden: „Willkommen auf meinem Niveau.“

Andreas nennt seinen Stil „unterhaltsame Performance-Poesie“. Er macht nicht die anspruchsvollsten Texte des Landes. Das weiß er, und das wird er nicht ändern. Aber er ist ein Original. Die Slam-Szene lebt von Typen wie ihm, die sich ganz dem gesprochenen Wort verschrieben haben, die auch mal spontan von Schleswig-Holstein an den Bodensee fahren, wenn dort Not am Mann ist, den ganzen Tag im Zug sitzen, um abends vor dreißig Leuten für

fünf Minuten auf der Bühne zu stehen. Und die nebenbei noch dafür sorgen, dass die Kollegen vernünftige Steuererklärungen abgeben. „Jeder hat seinen Platz in der Slamily“, sagt Andreas, „und in dem Moment, in dem alle wussten, was sie an mir haben, da hab ich gemerkt, dass ich angekommen war, dass ich der Slamszene was zurückgeben kann.“

Jeder Slam ist anders, jeder schafft sich sein eigenes Publikum. Und seinen eigenen Mythos. Wie sehr jeder Slam nicht nur von der Unberechenbarkeit lebt, sondern auch von Ritual, das sieht man in Stuttgart sehr anschaulich. Dort gibt es zwei große monatliche Slams, beide finden an einem Sonntagabend statt, um vierzehn Tage versetzt. Bei einem Slam sitzt das Publikum an Tischen in einem Restaurant und konsumiert Maultaschen. Die Bühne erinnert an die eines Theaters, der Moderator führt durch den Abend wie ein Kurator durch seine Kunstaussstellung. Zwei Wochen später sitzt das Publikum in einem Kellerclub auf Bierbänken, eng an eng, konsumiert Shots, auch der Moderator gönnt sich ab und an einen. Ist die Zeit der Poeten abgelaufen, darf das Publikum „weiter!“ rufen, wenn es den Text zu Ende hören möchte, und je später es wird, desto lauter ruft die Meute „weiter!“, unabhängig von der Güte des Vorgetragenen.

Maria-Xenia Hardt, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 22.05.2014

Brave Kinder, arbeitende Mütter, bessere Kitas¹

Seit Jahren wird deutschen Eltern weisgemacht, dass die Franzosen beim Kinderkriegen und Kindererziehen einfach besser dastehen. Die Geburtenrate ist viel höher (Deutschland 2012: 1,36 Kind pro Frau, Frankreich 2012: 2,1 Kind pro Frau), die Kinder erhalten früher einen Krippen- oder Kitaplatz, und die lieben Kleinen wissen sich im Restaurant zu benehmen. Während hier die Medien in einem Fort über "Tyrannenkinder" und "Monsterkinder" berichten. Sicher, in Frankreich gibt es auch den Begriff "*enfant roi*", das Kind als König, aber er besitzt nicht die gleiche mediale Omnipräsenz.

Im Frühjahr hat das Buch der amerikanischen Journalistin Pamela Druckerman *Bringing Up Bébé: One American Mother Discovers the Wisdom of French Parenting (Warum französische Kinder keine Nervensägen sind: Erziehungsgeheimnisse aus Paris)* auch bei uns Wellen geschlagen. In diesem Werk wurden der amerikanische und der französische Erziehungsstil miteinander verglichen. Nicht selten, meinen deutsche Leser, lasse sich das Wort amerikanisch durch deutsch ersetzen. Deutsche Kinder bringen auch mehr Pfunde auf die Waage als französische, haben weniger Geschwister und halten ihre Mütter länger zu Hause am Herd – insbesondere in den alten Bundesländern. Vor allem aber dominieren sie das Familienleben viel stärker als in Frankreich.

Wer sich den Begeisterungsreigen jedoch nicht anschließt, sind nach Frankreich ausgewanderte Deutsche. Zunächst stößt ihnen das darwinistisch anmutende Herausposaunen der hohen Geburtenrate in Frankreich auf. Als Frau kann man sich von solchen Zahlen unter Druck gesetzt fühlen, meinen sie. Nirgendwo – auch nicht in Deutschland – wird von "Kindern pro Vater" gesprochen. Dabei ist bekannt, dass mehr Männer als Frauen grundsätzlich auf Kinder verzichten wollen. Viele Studien haben darauf hingewiesen, dass in Deutschland eher junge Männer als junge Frauen keine Lust auf Nachwuchs haben.

Manche in Frankreich lebende Deutsche fragen sich, warum "mindestens drei Kinder pro Frau" das allseits angestrebte bürgerliche Status-Quo-Modell sein soll, wenn die Eltern beide derart viel arbeiten, dass ihre Kinder nicht selten ab einem Lebensalter von nur acht Wochen schon ganztägig wegorganisiert werden müssen. Sind Kinder in Frankreich nicht oft einfach nur Etikette, Statussymbol, neben anderen Statussymbolen? Von der Aufgabe des Staates, mehr Krippenplätze in Deutschland zu schaffen, entbindet die Kritik an in Frankreich zum Teil sehr früh fremdbetreuten Kindern jedoch nicht. Schließlich müssen viele Eltern auch in Deutschland voll arbeiten, immer weniger ist dies eine Frage des Wollens, sondern des Müssens.

Druckerman lobt ausdrücklich das Stilbewusstsein der französischen Frauen (dazu sei gesagt, dass sie vornehmlich über Paris schreibt) und ihren eisernen Willen, nach der Geburt eines Kindes möglichst bald wieder eine Topfigur zu haben. Pariserinnen essen nicht viel, heißt es an einer Stelle. Die damalige französische Justizministerin Rachida Dati ging zwei Tage nach Geburt ihrer Tochter wieder auf Stöckelschuhen in den Elysée-Palast.

Ist dieses *role model* der perfekten Karrierefrau-Mutter-Liebhaberin wirklich erstrebenswert? Ist es tragisch, wenn Frauen nicht gleich nach Verlassen des Kreißsaals wieder eine Topfigur haben? Wie sehen eigentlich die Männer dieser Frauen aus? Verbirgt sich nicht hinter der französischen Fassade der uralte anti-emanzipatorische Gedanke, dass eine Frau, die nicht

¹ Die Kita : Abkürzung von « Kindertagesstätte ».

(immer) gut aussieht, nichts wert sei – und auch noch dem Gespött ihrer schreibenden Kolleginnen ausgesetzt ist? So etwas wie Solidarität ist bei den Frankreich-Apologetinnen unter den pädagogisierenden Journalistinnen nicht im Entferntesten zu spüren. Am Rande erfährt die geneigte deutsche Leserin, dass die deutschen Männer im Haushalt mehr mitmachen als die französischen. Vielleicht haben letztere auch deshalb weniger gegen ein weiteres Kind einzuwenden: von ihnen wird weniger erwartet. Neben aller Kritik am französischen Frau-Mutter-Liebhaberin-Modell können einem aber durchaus berechtigte Zweifel an den deutschen Erziehungsmethoden aufkommen, wenn man den Blick nach Westen wirft und dort Kinder im Alltag erlebt. Man muss zwischen dem französischen Anspruch an die attraktive, durchorganisierte, erfolgreiche Mutter und Frau und dem – weitaus realistischeren – Blick auf Kinder und Erziehung stark unterscheiden. Beide Aspekte können nicht miteinander verwechselt werden.

Alle nach Frankreich ausgewanderten Deutschen, ob Gutverdiener oder Geringverdiener, ob in der Metropole oder auf dem Land zu Hause, sind sich darüber erschreckend einig, dass französische Kinder bessere Manieren haben, höflicher sind, ihre Eltern weniger oft unterbrechen, sich länger mit sich selbst beschäftigen können und als Teenager sogar in der Lage sind, Besuch der Eltern mit mehr als einem mauligen "Hi" zu begrüßen. Und das alles ist menschenmöglich, ohne besonders autoritäre Erziehungsmaßnahmen, die auch in Frankreich weitgehend verpönt sind seit der Siebziger-Jahre-Pädagogik der immer noch extrem populären Françoise Dolto.

Tanja Dückers, *Die Zeit*, 20. Juni 2013

Der Erste Weltkrieg: In Deutschland vergessen?

Britische Schulkinder besuchen die Schlachtfelder in Flandern, in Frankreich ist der Tag des Waffenstillstands von 1918 nationaler Feiertag. In Deutschland dagegen schien der Erste Weltkrieg lange vergessen. Bis jetzt.

"I am connected because..." Was sie mit dem Ersten Weltkrieg verbindet, erzählen auf der Website des Londoner Imperial War Museums Dan und Elana, Emily und Hugh, Briten aller Altersgruppen: Es ist der Großvater, der an seinem ersten Tag an der Front die Leichen vom Schlachtfeld zerrn und begraben musste. Oder der Urgroßvater, Militärarzt, von Heckenschützen erschossen. Die Mutter, deren Verlobter starb. In einem Video, das um Spenden für die große Weltkriegs-Ausstellung im Sommer wirbt, schildern Kinder, Enkel und Urenkel die Schrecken des Ersten Weltkrieges, der hier tief im Familiengedächtnis verwurzelt ist. Vielen Deutschen dagegen fällt es schwer, diesen Bogen zu schlagen. Denn in Deutschland steht eine andere Frage im Vordergrund: War Opa Nazi?

Täter, Opfer, Mitläufer?

Wie Opa oder Oma, Mutter oder Vater in den Nationalsozialismus verstrickt, ob sie Täter, Opfer oder Mitläufer waren, das wollen viele Kinder und Enkel in Deutschland wissen. [...] [Der Erste Weltkrieg] ist verdeckt worden von den noch größeren Schrecken, die mit Nationalsozialismus, Zweitem Weltkrieg, Holocaust und Kaltem Krieg folgten. Und die von Deutschland ausgingen.

Deutsche Geschichte voller Brüche

Denn anders als in England oder Frankreich, deren (demokratische) politische Systeme im 20. Jahrhundert weitgehend stabil waren, ist die deutsche Geschichte voller Brüche. Seit 1914 gab es fünf völlig verschiedene Systeme: das Kaiserreich, die Weimarer Republik und die nationalsozialistische Diktatur, dann mit BRD und DDR zwei deutsche Staaten, die sich in feindlichen Blöcken gegenüber standen. Das wiedervereinigte Deutschland gibt es erst seit 25 Jahren. Es ist eine vergleichsweise junge Demokratie.

Ähnlich einschneidende Veränderungen hat kein anderes westeuropäisches Land erfahren. Wohl aber viele östliche Nachbarn Deutschlands, wie Polen, Russland und die Länder auf dem Balkan. Der Politikwissenschaftler Herfried Münkler spricht in einem Interview deshalb von einem "West-Ost-Gefälle der Erinnerungskultur" in Europa.

Anders als Belgier oder Franzosen haben die Deutschen den Ersten Weltkrieg auch nicht so unmittelbar im eigenen Land erlebt. Viele Menschen im Kaiserreich erreichte er nur in Form nüchterner Todesnachrichten und zensierter Feldpostkarten. Die Schrecken der Bombennächte und die Evakuierungen im Zweiten Weltkrieg haben die Erinnerung an die Schützengräben und Schlachtfelder des Ersten Weltkrieges verdrängt.

Ursachenforschung statt Kriegsschuldfrage

Dennoch gibt es auch in Deutschland vielerorts Kriegerdenkmale oder Veteranenvereine, die an die Toten des ersten großen Krieges erinnern. Seit über einem halben Jahrhundert sind deutsche Wissenschaftler intensiv mit der Aufarbeitung des Ersten Weltkrieges beschäftigt. Es war der Hamburger Historiker Fritz Fischer, der in den 1960er Jahren die These von der Hauptschuld der Deutschen am Ausbruch des Ersten Weltkrieges untermauerte und damit eine anhaltende internationale Diskussion auslöste, die sogenannte Fischer-Kontroverse.

Zum Auftakt des Gedenkjahres 2014 sind nun zahlreiche neue Publikationen erschienen. Die Frage nach der Kriegsschuld ist dabei in den Hintergrund getreten. Denn sie eindeutig zu beantworten, ist wegen der Vielzahl von Quellen und Perspektiven kaum möglich. Stattdessen

steht die Ursachenforschung im Mittelpunkt. Zum Beispiel in Christopher Clarks "Die Schlafwandler", in dem der australische Historiker den Krieg als "vermeidbares Ergebnis einer dichten Folge von Ereignissen und Entscheidungen" analysiert. Detailliert beschreibt auch "Der große Krieg" von Herfried Münkler das Zeitpanorama der Weltkriegsjahre und zeigt auf, was Politiker heute daraus lernen können. Zum Beispiel, dafür zu sorgen, dass regionale Konflikte nicht zu Flächenbränden werden.

Junge Menschen wollen mehr wissen

Je näher das Gedenkjahr rückte, desto größer wurde in den letzten Monaten auch das öffentliche Interesse. Eine aktuelle Umfrage zeigt, dass junge Menschen in Deutschland mehr über den Ersten Weltkrieg erfahren wollen, als sie in der Schule lernen.

Eines aber fällt auf: Was große nationale Gedenkveranstaltungen zum Kriegsausbruch vor 100 Jahren betrifft, ist das offizielle Deutschland bislang eher zurückhaltend. Hierzulande taugt der Erste Weltkrieg nicht zur nationalen Mythenbildung - und erst recht nicht zum Feiern.

Die vielen Veröffentlichungen und Projekte sind es, die dazu beitragen, aus den Puzzlestücken der einzelnen nationalen Perspektiven ein internationales Panorama des Ersten Weltkrieges zusammenzusetzen. Denn wie dem Astronauten, der die Erde erst aus einiger Entfernung im Ganzen sehen kann, geht es auch Historikern. Erst mit genügendem Abstand werden die Wechselwirkungen und Zusammenhänge klar zu erkennen sein.

von Susanne Spröer, DW.de (Deutsche Welle), 4.03.2014.

DUALES STUDIUM

Das große Plus

Brauchen wir mehr Studenten oder mehr Auszubildende? Natürlich beides – das Duale Studium zeigt, dass dies möglich ist. von Martin Spiewak | 08. Mai 2014 - 08:00 Uhr

Julia Timm hat bei Aldi studiert, genauer: bei Aldi Süd. Paletten auspacken hat sie gelernt, das Sortiment kontrollieren, die Tageseinnahmen zählen. Was man bei einem Discounter eben so können muss. Zeitweise hat sie sogar eine Filiale geleitet. Daneben hat sie noch Seminare in Marketing und Vertrieb besucht. Am Ende gab es dafür einen akademischen Abschluss in Betriebswirtschaftslehre. So könnte man Timms Studium darstellen und sich wundern, wofür man heute einen Hochschultitel bekommt.

Man kann es aber auch ganz anders beschreiben. Julia Timm hat einen der begehrtesten und anstrengendsten Studiengänge der Republik absolviert. Um den Studienplatz zu bekommen, musste sich die junge Frau gegen ein Dutzend Konkurrenten durchsetzen. Im Studium wechselten sich Theorie an der Hochschule und Berufspraxis im Unternehmen im Drei-Monats-Rhythmus ab. Statt üppiger Semesterferien gab es im Jahr nur sechs Wochen Urlaub – in dem die Studentin noch freiwillig Sprachkurse belegte.

Heute ist Timm 30, lebt in Frankreich und wickelt für ein Windenergieunternehmen Millionengeschäfte ab. Trotz ihres Discounter-Studiums? Eher deswegen, meint Julia Timm: "Ohne die frühe Praxiserfahrung wäre ich wohl nicht so rasch vorangekommen." Ohne ihren akademischen Titel aber sicherlich auch nicht.

Die Karriere verdankt Timm ihrem Ehrgeiz – und einem Studium an der Dualen Hochschule Baden-Württemberg (DHBW). Die Studenten absolvieren hier parallel eine Lehre und ein akademisches Studium. Am Ende haben sie zwei Abschlüsse, einen akademischen und einen beruflichen. Zwar ist der Anteil derer, die sich nach dem Abitur für ein Duales Studium entscheiden, noch gering: Er liegt bei vier Prozent. Doch keine andere Studienform in Deutschland wächst zurzeit schneller.

In der aktuellen Diskussion um den vermeintlichen "Akademisierungswahn" kommen die dualen Studiengänge dennoch kaum vor. Seit kürzlich bekannt wurde, dass erstmals mehr junge Menschen ein Studium beginnen als eine Berufsausbildung, fragen Politiker, Handwerkspräsidenten und Philosophieprofessoren mit besorgtem Unterton: Wofür braucht das Land so viele Germanisten und Juristen? Warum müssen jetzt auch noch Krankenschwestern und Kindergärtnerinnen an die Uni? Und wer soll in Zukunft unsere Brötchen backen und unsere Häuser bauen? Bisher, sagen sie, habe für die meisten Jobs doch eine Lehre gereicht, um deren Qualität uns die Welt beneide.

Akademische oder nicht akademische Ausbildung, Hochschule oder Berufsschule – von diesen Gegensätzen lebt die Debatte über die "richtige" Akademikerquote. Das Duale Studium jedoch entzieht sich dieser Logik, es verbindet die berufliche mit der akademischen Ausbildung. Bei vielen Abiturienten trifft das Angebot einen Nerv. [...] Das Fächerangebot stammt vor allem aus den Wirtschafts- und Ingenieurwissenschaften sowie aus der Elektrotechnik und Informatik. Aber auch andere Fächer kann man dual studieren, die bislang nicht zum akademischen Kanon gehören: Gastronomiemanagement etwa, Önologie (Weinkunde) oder – heiliger Humboldt, hilf! – sogar Fitnessstraining. Als "Billig-Bachelor" wurden die dualen Studiengänge deshalb bezeichnet und die Absolventen als

"Schmalspurstudenten". Mittlerweile weiß man, dass solche Zweifel an der Qualifikation der dual Studierenden unberechtigt sind. [...]

In den Seminaren wie im Unternehmen besteht Präsenzpflcht, die Semesterarbeiten müssen mitunter parallel zur Praxisphase geschrieben werden. Einen Kurs schleifen zu lassen und ihn im nächsten Semester zu wiederholen ist nicht drin. Dennoch schaffen rund neunzig Prozent der dual Studierenden ihren Abschluss, selbst in den technischen Fächern. An den Universitäten und Fachhochschulen liegen die Abbruchquoten hier bei über einem Drittel. Die strenge Auswahl der Kandidaten durch die Unternehmen sowie die Verbindung von Berufserfahrung und Grundlagenwissen scheinen den Durchhaltewillen der Studierenden zu stärken.

[...]

Aber müssen überhaupt alle studieren? Sicher nicht. Der Run auf die Hochschulen wird zwar anhalten. Dafür sorgen schon die weiter steigenden Abiturientenzahlen. Es sei durchaus vorstellbar, dass irgendwann sechzig oder mehr Prozent eines Jahrgangs ein Studium beginnen wollen, sagt der Tübinger Bildungsforscher Ulrich Trautwein. Nur benötige die Mehrheit etwas anderes "als ein klassisches Universitätsstudium". Statt den Trend zur Höherqualifizierung zu bejammern, sollte man ihn lieber intelligent gestalten, die Bildungsgänge durchlässiger machen und die traditionelle Trennung zwischen Studium und Lehre überwinden.

Quelle: *ZeitOnline*

**In Deutschland macht das Auto einen Großteil der nationalen Identität aus.
Eine Glosse von Roger Boyes.**

Nicht einmal im alten Testament bei Hiob und Noah wird so viel über Naturkatastrophen gesprochen wie derzeit. Überschwemmungen werden bald Städte zerstören; Dürren werden Seen austrocknen; Skiferien müssen storniert werden. In früheren Zeiten wurde ungezogenen Kindern mit Ungeheuern und Monstern gedroht, die Blut aus Kinderschädeln tranken. Heute fürchten sie sich vor dem Klimawandel. Aber die am meisten verängstigten Menschen sind die Männer und Frauen, die Deutschland regieren. Weil das größte Desaster, an das niemand denken möchte, die Möglichkeit ist, dass der einfache deutsche Autofahrer sich vielleicht ein kleineres Auto kaufen müsste. Oder sogar zum Supermarkt laufen. Jede deutsche Regierung, die solch ein Opfer von ihren Bürgern verlangen würde, wäre verdammt. Deutsche Kanzler haben in der Vergangenheit viel überlebt – Korruptionsskandale, die Abschaffung der Deutschen Mark, Scheidung und Betrug. Aber kein politischer Anführer könnte einen Deutschen davon überzeugen, dass seine Männlichkeit unabhängig von der Pferdestärke seines Autos ist. Und jede Regierung, die versuchen würde, den Geschwindigkeits-Fetischismus der Deutschen herauszufordern, würde die nächste Wahl verlieren.

Lasst uns ehrlich sein, der deutsche Mann liebt Maschinen. Man muss nur den Männern in der Kneipe zuhören, wie sie darüber diskutieren, wohin sie ihr Auto zur Reparatur bringen; ein Motorschaden, ein abgebrochener Scheibenwischer wird mit ebenso tiefer Besorgnis geschildert wie der gebrochene Knöchel einer Tochter. Frauen tauschen die Telefonnummern von Ärzten und Kosmetikern aus. Männer – deutsche Männer – sprechen über die Verdienste ihrer Mechaniker. Nur den allerbesten wird das eigene Auto anvertraut. Wenn ein deutscher Mann die Wahl hätte, würde er sich mit seinem Audi beerdigen lassen, seinem treuen Gefährten. [...]

Es gibt ein zentrales Paradox in Deutschland. [...] Die gesamte Maschinenbau-Industrie ist eher um das Prinzip der Geschwindigkeits-Maximierung aufgebaut als daran interessiert, Energie zu sparen. Und doch, und doch gibt es keine unbeweglichere Gesellschaft in Europa als die Deutschlands. Die Leute sind lieber arbeitslos und bleiben in ihrem Dorf als für einen neuen Job 100 Kilometer weit weg zu ziehen. Das soziale System fördert Stillstand. Das Mietrecht macht es unprofitabel, umzuziehen. Die unterschiedlichen Schulsysteme machen es beinahe unmöglich, ein Kind von einer Schule in Berlin auf eine bayerische Schule umzuschulen. Und die Tatsache, dass es kaum Ganztagschulen gibt, macht es schwierig für Frauen, zur Arbeit zu pendeln. Deutsche Männer predigen die Vorzüge einer beschleunigten Gesellschaft, erhalten aber ein System aufrecht, das Deutschland zu einer der sich am langsamsten bewegenden Kulturen Europas macht.

Autos sind nicht immer Anbetungsobjekte gewesen. Ganz zu Anfang gab es eine tiefe Skepsis. Eugen Diesel, der Sohn von Rudolph, erinnerte sich, wie die Münchener lamentierten: „Und an Automobil is a Wagn, der net will.“ Das war 1905: Autos gingen ständig aus, explodierten und kamen von der Straße ab. Später wurde das Auto natürlich weiter entwickelt, man konnte leichter mit ihm umgehen, und es wurde ein Symbol für den Wettkampf zwischen Männern. Aber vielleicht kehrt die Skepsis nun zurück. Nicht weil Autos besonders gefährlich für den Einzelnen sind, – die Zahl der Verkehrstoten ist in Deutschland relativ gering, wahrscheinlich dank des Airbags – sondern weil die durch sie verursachte Umweltverschmutzung unseren Kindern schaden könnte. Die ersten Autos – Mercedes! – wurden zu Ehren der Töchter der Erfinder und Ingenieure entworfen. Heute ist die Propaganda zum Klimaschutz so stark, dass britische Politiker mit dem Fahrrad zur Arbeit

fahren (auch wenn sie zugegebenermaßen von einem chauffierten Auto begleitet werden, in dem sich ihre Dokumente und Aktentaschen befinden). Schon bald, vielleicht in einer Generation, werden Kinder im Kindergarten verspottet werden, deren Vater ein großes Auto fährt. Neue Technologie macht es möglich, dass Geschäftstreffen per Videokonferenz abgehalten werden können, ohne dass man die Autobahnen entlang rasen muss. Und die Staus auf der Autobahn, die jeden Schulferienbeginn in Deutschland kennzeichnen, haben auch nichts Glamouröses.

Und so ist die Ära der großen, fetten Limousinen bald vorbei, selbst für den deutschen Mann. Wie wird er nun seine Männlichkeit messen? Anhand der Größe seiner Fahrradluftpumpe? Mit einer goldenen Bahnkarte? Den Deutschen stehen harte Zeiten hinter dem Lenkrad bevor.

Roger Boyes

ist Deutschlandkorrespondent der Londoner Tageszeitung „The Times“. Er lebt seit zwanzig Jahren in Deutschland und ist Autor der Kolumne „My Berlin“ im Tagesspiegel. In seinem Buch „My dear Krauts“ berichtet mit typisch britischen Humor über die Eigenarten des deutschen Alltags. Aus dem Englischen übersetzt von Heike Cornelsen Copyright: Goethe-Institut, Online-Redaktion

Deutsche Soldaten nach Afrika: Da sollen wir hin?

DIE ZEIT, 23. Januar 2014
Von Ulrich Ladurner

Bevor wieder über einen Militäreinsatz entschieden wird, muss man drei grundlegende Fragen beantworten.

Die Deutschen schicken nicht gerne Soldaten in andere Länder. Dafür gibt es gute Gründe. Somalia, Bosnien, das Kosovo, der Irak, Afghanistan, Libyen – die meisten beschleicht bei dem Gedanken an die Interventionen der vergangenen Jahre ein Gefühl der Vergeblichkeit. Tatsächlich hat man sich fast abgewöhnt, über militärische Einsätze ernsthaft nachzudenken. Doch ob sie es wollen oder nicht, die Deutschen werden auch in Zukunft mit der Frage konfrontiert werden, wie sie es denn halten mit dem Engagement in anderen Ländern, auch mit dem militärischen. Früher haben die USA die sicherheitspolitischen Aufgaben für Deutschland geschultert. Das tun sie immer seltener. Die Deutschen müssen jetzt schon selbst über ihre Sicherheit nachdenken – und wenn nötig auch handeln.

Jetzt hat Außenminister Frank-Walter Steinmeier überraschend angekündigt, dass die Regierung zusätzliche Soldaten nach Mali schicken werde, um die dort stationierten französischen Soldaten zu entlasten. 2012 hatte sich der Norden Malis abgespalten; extremistische Islamisten brachten diesen Landesteil unter ihre Kontrolle und etablierten ein grausames Regime. Frankreichs Armee intervenierte im Januar 2013 und machte dem Spuk ein Ende. Die Bundeswehr ist seitdem mit gut hundert Soldaten an einer Ausbildungsmission für die malischen Soldaten im ruhigen Süden des Landes beteiligt. Die französischen Soldaten werden jetzt anderswo in Afrika gebraucht – in der Zentralafrikanischen Republik. Auch dort will Deutschland ihnen jetzt helfen, mit Transport- und Sanitätsflugzeugen. Spätestens hier schrillen die Alarmglocken, und die Hand wandert zum Schulatlas. Mali, Zentralafrikanische Republik? Da liegt doch der Südsudan in der Nähe. Herrscht dort nicht auch Krieg? Sofort breitet sich Lähmung aus, viel zu unübersichtlich, viel zu komplex. Gefährlicher Treibsand, wohin man auch blickt. Schnell wird der Atlas zugeklappt! (...)

Jeder Krieg ist anders. Jeder muss neu beurteilt werden. Und bevor man interveniert, sollte man mindestens drei "Muss" beachten: Man muss wissen, was ist. Man muss wissen, was man will. Man muss wissen, was man vermag. Warum gehen uns Mali und die Zentralafrikanische Republik etwas an? Die Vereinten Nationen sprechen mit Blick auf Letztere von der Gefahr eines Genozids. Das ist eine Übertreibung. Die Zentralafrikanische Republik erlebt – schlimm genug – einen rapiden Staatszerfall. Muslimische Milizen töten Christen, christliche Banden rächen sich an Muslimen. Hunderttausende sind auf der Flucht. In Mali geht es darum, zu verhindern, dass der Norden zurück in die Hände der Dschihadisten fällt. Das sind zwei verschiedene Problemstellungen in zwei verschiedenen Ländern.

Was will man nun in der Region? Die Destabilisierung Malis zu verhindern und die anarchischen Zustände in der Zentralafrikanischen Republik zu beenden ist im europäischen und damit auch im deutschen Interesse. Denn aus den Opfern von Afrika werden Flüchtlinge, die aus guten Gründen nach Europa wollen. Darum ist es richtig, dass die Deutschen sich jetzt
5 den Franzosen zur Seite stellen.

Was vermag man womit? Soldaten können in Mali und der Zentralafrikanischen Republik gerade mal für etwas Sicherheit sorgen, und das nur kurze Zeit. Das Problem auf Dauer lösen können sie nicht. Es ist keine europäische Aufgabe, eine Art permanente afrikanische Feuerwehr zu sein. Gelegentliche Hilfsfeuerwehr, das schon eher. Es geht um
10 maßgeschneiderte Außenpolitik. Entschlossenes Handeln und Zurückhaltung, Selbstbewusstsein und Bescheidenheit – das muss kein Widerspruch sein.

Koalitionsmöglichkeiten: Schwarz-Rot?

DIE ZEIT, 26. September 2013

Von Tina Hildebrandt

Die SPD hat Angst vor der Großen Koalition. Aber was gut für das Land ist, kann auch ihr nutzen.

Vor zehn Jahren ist der SPD ein Dachziegel namens Agenda 2010 auf den Kopf gefallen. Seither weiß sie, wo es ihr wehtut, aber nicht mehr ganz genau, wer sie eigentlich ist und wo sie hinwill. Aus der Großen Koalition unter Angela Merkel ist sie noch kleiner herausgekommen als aus Gerhard Schröders Reformpolitik. Die war gut für das Land, aber zunächst schlecht für die SPD. Nur was schlecht ist für uns, kann gut sein für das Land, lautet die schräge Lehre, die viele Genossen deshalb unbewusst aus ihren Regierungen gezogen haben. Doch das ist magisches Denken, es sollte nicht zur sozialdemokratischen Doktrin werden. Bei dieser Wahl sind alle abgestraft worden, die mehr mit sich selbst als mit den Wählern gesprochen haben: die FDP, die nie einen echten Neuanfang gewagt hat. Die Grünen, die sich über den Erfolg des bodenständigen Schwaben Winfried Kretschmann nicht freuen konnten und stattdessen auf Linkskurs gingen. Und die SPD, die ihren Kandidaten mit einem Programm gefesselt hat, das innerparteiliche Machtverhältnisse austarieren und sozialdemokratische Behaglichkeit erzeugen sollte.

Das stärkste Argument gegen eine Große Koalition ist deshalb auch das schwächste: Die SPD sei aus dem letzten schwarz-roten Bündnis unverdient schlecht herausgekommen und "kleingemacht" worden. Es ist ein Argument, das nur für die SPD Gültigkeit hat, nicht aber für die Mehrheit an Wählern, die sich ein solches Bündnis vor allen anderen wünscht. Es ist auch ein Argument, das nicht zu den Aufgaben passt, die jede Regierung zu meistern haben wird. Nicht 2013 ist das Datum, auf das die Bundesländer am meisten schauen, sondern 2019. Dann gilt die Schuldenbremse, die für die Länder härter ausfällt als für den Bund. Sie dürfen gar keine neuen Schulden mehr machen. Bis dahin müssen die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern neu verhandelt werden. Will man Ernst machen mit dem Versprechen, mehr für den Ausbau von Ganztagschulen und Bildung generell zu tun, muss auch das sogenannte Kooperationsverbot fallen, das dem Bund verbietet, in den Ländern Geld auszugeben. Nicht nur aus taktischen, sondern auch aus inhaltlichen Gründen wird den Ländern also in den nächsten Jahren eine bedeutende Rolle zukommen. Der Bundesrat aber ist rot dominiert, die SPD also in jeder Regierungskoalition ein wichtiger Mitspieler. In der Großen Koalition muss sie dieses Gewicht konstruktiv einsetzen.

Das gilt auch für das vielleicht wichtigste Thema, Europa. Im Ausland ist die Wahl in Deutschland deshalb wie kaum eine zuvor beobachtet worden, weil sich schlicht nichts mehr getan hat in Europa. Deutschland, das wichtigste Land, war zu sehr mit sich beschäftigt. Dabei gibt es einiges zu tun: Die Bankenunion muss vorangebracht, weitere Hilfs- und Wachstumspakete müssen geschnürt werden. Vor allem aber steht die Frage im Raum: Was für ein Europa wollen wir? Es wäre gut, wenn an der Antwort eine breite Mehrheit beteiligt wäre.

Die SPD ist mit 25 Prozent weit davon entfernt, als Partner auf Augenhöhe in ein solches Bündnis zu gehen, das ist wahr. Groß an dieser Koalition ist erst einmal die Kanzlerin mit ihren 41,5 Prozent. Doch höher hinauf dürfte es für Merkel nicht gehen, es ist ihre dritte und

vermutlich letzte Amtszeit. (...) Für die SPD kann die Juniorpartnerschaft eine Chance sein. Denn das ist eine weitere Botschaft der Wahl: Linker wird's nicht. Die Mitte in Deutschland ist ziemlich genau da, wo sich die Union unter Merkel hinbewegt hat. Jede Bewegung weiter nach links ist für die CDU gefährlich, das zeigt der Erfolg der AfD. Der SPD gibt das wieder
5 mehr Raum in der Mitte. Denn linker kann es für die Sozialdemokraten auch nicht werden, wenn sie Volkspartei bleiben will. Sigmar Gabriels Strategie ist mit einem Wahlergebnis von 25 Prozent aus der Opposition heraus an ihre Grenze gekommen: Er wollte die Agenda 2010 sanft schleifen, ein wenig nach links rücken und damit die Linkspartei überflüssig machen. Das hat nicht geklappt.

10 25 Prozent sind zu wenig für eine Volkspartei, aber bei Weitem zu viel, um sich in den Schmollwinkel zurückzuziehen oder sich gar zu verweigern. Mit ihren über 50 Prozent im Bundesrat kann die SPD eine neue, konstruktive Rolle finden, sie kann sich großmachen. Was gut fürs Land ist, kann auch gut für die SPD sein.

Deutsche Aussenpolitik: Wofür stehen wir?

DIE ZEIT, 10. Oktober 2013
Von Jörg Lau

Angesichts von Armut und militärischen Konflikten fragt Präsident Gauck zu Recht, ob wir tun, was wir könnten.

Kundus im Norden Afghanistans und die Insel Lampedusa im südlichen Mittelmeer sind 5000 Kilometer weit voneinander entfernt. An beiden Orten sind dieser Tage Dinge geschehen, die
↳ Deutschlands Außenpolitik verändern werden.

Der Ehrenhain für die deutschen Soldaten ist abgebaut, das schwere Gerät verpackt, das Lager übergeben. Deutschland zieht sich aus Afghanistan zurück und beendet einen Kriegseinsatz, der kaum noch Rückhalt in der Bevölkerung hat. Die Erleichterung darüber wird allerdings vom Erschrecken über den grauenvollen Tod der Flüchtlinge im Mittelmeer überschattet:
100 Hunderte sind ertrunken beim Versuch, Europa zu erreichen – das Mittelmeer ein Massengrab. Dass es auch unsere Grenze ist, an der dies geschah, beginnt sich herumzusprechen.

Kundus und Lampedusa markieren zwei Holzwege der Außenpolitik. Einmischung wie Abschottung sind gescheitert: In Afghanistan ist nach zwölf Jahren nicht mal das Minimalziel
15 einigermassen stabiler Verhältnisse in Sicht. In den kalten Wassern vor Lampedusa ist die Illusion untergegangen, Einwanderung ließe sich zu einem menschlich erträglichen Preis quasimilitärisch mit Patrouillenbooten, Hubschraubern und Drohnen der EU-Agentur Frontex verhindern. Wenn weder Interventionismus noch Abgrenzung funktionieren – was nun?

Joachim Gauck hat in seiner bisher stärksten Rede die entscheidenden Fragen gestellt,
20 passenderweise zum Tag der Deutschen Einheit. Mitten hinein in die Regierungsbildung erinnert er daran, dass es neben Mindestlohn, Reichensteuer und Pkw-Maut noch etwas Grundlegendes zu sondieren gibt: Wer wollen wir künftig sein in der Welt? Für welche Werte stehen wir mit welchen Mitteln ein? Sind wir uns des wachsenden Einflusses bewusst, den
25 Deutschlands Erfolg mit sich bringt? Kurz, tun wir genug oder wenigstens: so viel wir können? Es sei illusionär, zu glauben, so Gauck, "wir könnten verschont bleiben von den politischen und ökonomischen, den ökologischen und militärischen Konflikten, wenn wir uns an deren Lösung nicht beteiligen". Das ist eine Spitze gegen die deutsche Lebenslüge, man stehe für die "Kultur der militärischen Zurückhaltung", während Briten, Franzosen und
30 Amerikaner von Natur aus schießwütig seien – siehe Libyen, Mali, Syrien. Nun aber, wird in Berlin voller Genugtuung verzeichnet, würden alle immer "deutscher": Selbst Cameron und Obama haben ja schließlich ihre Parlamente über den geplanten Syrien-Einsatz befragt, mit bekanntem Ergebnis. Es stimmt, dass die anderen westlichen Nationen sich uns annähern, was die Scheu vor militärischer Gewalt angeht. Gut so! Allerdings heißt das im Gegenzug, dass die sicherheitspolitische Trittbrettfahrerei nicht mehr funktioniert. Berlin hat gegenüber Assad
35 und im Konflikt mit dem Iran stets politische Lösungen angemahnt – wohl wissend, dass sie ohne militärischen Druck der Partner nicht zustande kommen können. Erst nach Entsicherung der Cruise Missiles war Assad bereit, die Chemiewaffen aufzugeben. Die

Verhandlungsbereitschaft des Irans ist ohne Sanktionen und Israels Kriegsdrohung nicht zu verstehen.

Wenn die Heuchelei darüber aufhörte, wäre schon viel gewonnen. Aber es geht um mehr, und dafür ist nicht der Bundespräsident zuständig, sondern die künftige Regierung. Die deutsche Rolle in der Welt muss angesichts dreier Herausforderungen neu bestimmt werden: Neben dem Ende des Interventionismus sind das der Aufstieg nicht westlicher Mächte und die Tatsache, dass wir jederzeit von fernsten Konflikten eingeholt werden können – nicht nur durch Terrorismus, sondern auch durch Migrationswellen. Den Aufstieg der nicht westlichen Mächte muss Deutschland nicht fürchten, sondern mitgestalten. Steigender Wohlstand in Asien ist gut für uns, weil er Stabilität und Chancen schafft. Deutschland profitiert von einer Weltordnung, in der Redefreiheit, Gewaltenteilung, demokratische Teilhabe und Rechtsstaatlichkeit gelten. Es wäre darum selbstschädigend, das Konzept einer anderen Moderne zu akzeptieren, in der vermeintlich "chinesische" oder "russische" Werte als Ausrede für autokratische Unterdrückung herhalten. Aufstrebende Mächte wie China können wir nur als "Partner für die internationale Ordnung" gewinnen, wie Gauck formuliert, wenn wir selbstbewusst unsere Werte vertreten.

Und dabei kommt die europäische Flüchtlingspolitik ins Spiel. Deutschland müsste für einen neuen Konsens kämpfen, der Humanität und Common Sense vereint. Die Flüchtlingszahlen steigen, aber sie sind eben nicht apokalyptisch, wie der deutsche Innenminister gerne insinuiert. Europa kann mehr Menschen aufnehmen, sie besser verteilen und einen legalen Weg zur Einreise öffnen, der den Schleppern wenigstens einen Teil der Kundschaft nimmt.

"Wetten auf Europa": Führung, bitte

DIE ZEIT, 6. März 2014
Von Matthias Dworak

Deutschland muss Europa retten, sagt Star-Investor George Soros. Sonst werde dieses große Projekt scheitern.

George Soros ist Finanzinvestor und selbst ernannter Philanthrop. Der US-Finanzinvestor ungarischer Herkunft gilt als einer der reichsten Männer der Welt. In seinem neuen Buch fordert er, dass Deutschland endlich Eurobonds akzeptieren müsse, um die Krise zu beenden. Soros polarisiert: Den einen gilt er als Wohltäter, der Millionen von Dollar in die Förderung der Demokratie investiert. Für andere ist er der rücksichtslose Finanzinvestor, der einst erfolgreich gegen das britische Pfund spekulierte. Nun hat er sich auf die Agenda geschrieben, die europäische Idee zu retten. In einer Reihe von Gesprächen gehen Soros und Spiegel-Korrespondent Gregor Peter Schmitz den immanenten Schwächen von Europas Gemeinschaftswährung auf den Grund. Mit unpopulären Thesen wendet sich Soros dabei an die Öffentlichkeit.

Die europäische Einigung in ihrer politischen und historischen Dimension wird zum Ausgangspunkt, von dem aus die Autoren aufzeigen, wie die Krise den europäischen Zusammenhalt erschütterte. Soros nennt die Politik der Nationalstaaten, insbesondere die Deutschlands, pragmatisch – und dieser Pragmatismus ist seiner Meinung nach ein Problem für die Zukunft eines geeinten Europas. Für George Soros, der sich als Jude in Ungarn vor den einmarschierenden Nationalsozialisten verstecken musste, stellt "die Europäische Union das ideale Modell einer offenen und freien Gesellschaft" dar. Diese Errungenschaften sieht er in Gefahr, weil Deutschland bei der Bewältigung der Euro-Krise nur nationale Interessen verfolge. Dabei müsse Deutschland, fordert Soros, als größter Profiteur des Euro die Führung übernehmen. Er stellt sich diese "Art moderner Marshallplan" so vor: Deutschland soll südlichen Ländern ihre Schulden erlassen und der Einführung von Eurobonds zustimmen. Andernfalls sei Europa ernsthaft in Gefahr: "Uns droht eine europäische Ordnung, in der Deutschland wie eine Kolonialmacht gehasst werden wird."

Soros bleibt bei seiner Betrachtung der Krise, trotz einiger interessanter Argumente, leider einseitig. Andere Länder, andere Verantwortliche als Deutschland kommen nicht vor. Mit der geforderten Sparpolitik zwingt die Bundesrepublik "dem Rest Europas rücksichtslos ihren Willen auf", kritisiert er und ignoriert dabei andere Akteure wie die Europäische Zentralbank, die Europäische Kommission oder den Weltwährungsfonds. Soros gibt zwar zu, dass Reformen in den Krisenstaaten nötig seien, fordert aber, erst einmal deren Wirtschaft zu stärken. Durchaus interessant ist seine Ausführung zu seiner Rolle als Spekulant in der Krise. Mit seinen Spekulationen habe er "Schwächen in der Struktur der Euro-Zone aufgedeckt, die früher oder später ohnehin zutage getreten wären". Soros fordert ein "Verbot von besonders gefährlichen Finanzinstrumenten wie Credit Default Swaps", obwohl er selbst damit hohe Gewinne gemacht habe. Die Politik aber habe die Macht, Regeln zu ändern und die Märkte zu kontrollieren, wenn sie nur wolle, behauptet er.

Das Buch ist ein leidenschaftliches Plädoyer für ein geeintes Europa. "Die Europäer müssen begreifen, dass sie mehr zusammenhalten müssen, um in einer globalisierten Welt bestehen zu können", so der Appell von Soros. Man muss mit seinen Ausführungen nicht übereinstimmen, um seine lesenswerten Argumente anregend zu finden. Soros plädiert für eine politische Einigung Europas als Befreiungsschlag aus der Krise. Es ist ein außergewöhnlicher und sehr kontroverser Ansatz in einer Diskussion, die bislang hauptsächlich von der Debatte über riesige Staatsschulden in Krisenländern, Sparprogramme und Rettungspakete bestimmt wurde.

Demografie: Deutsch, alt, lässig

DIE ZEIT, 10. Oktober 2013
Von Elisabeth Niejahr

Warum unsere Gesellschaft die demografische Krise meistert.

Vor etwa zehn Jahren waren viele Menschen sehr besorgt, weil Deutschland altert. Inzwischen ist das Land noch ein bisschen älter geworden, aber es geht ihm ausgesprochen gut. Haben wir uns geirrt? Ist es gar nicht so schlimm, dass es immer mehr Schaukelstühle
5 und immer weniger Schaukelpferde gibt?

Ein Schwestermagazin dieser Zeitung, *ZEIT Wissen*, behauptet genau das in seiner gerade erschienenen Ausgabe. Und auch fast alle Berliner Parteien machen momentan Politik, als sei der Doppeltrend aus Geburtenrückgang und Alterung kein dramatisches Problem. Was Union und SPD im Wahlkampf an Rentenerhöhungen versprochen haben, hätte vor ein paar Jahren
10 noch als Versündigung an künftigen Generationen gegolten. Diesmal gab es wenig Protest. Die vielen Warnungen vor einem vergreisenden Land und überstrapazierten Sozialversicherungen schienen nur ein böser Spuk gewesen, der endlich vorüber ist.

Tatsächlich gibt es drei Gründe, warum die Deutschen inzwischen entspannter auf das Thema Alter schauen können als vor einigen Jahren. Der erste ist die Demografiedebatte selbst. Sie
15 war nicht falsch, sondern erfolgreich. Sie hat das Land verändert: Die Deutschen dürfen jetzt lockerer sein, weil sie sich vorher so angestrengt haben. Es gibt die Rente ab 67, die Zuwanderung von Fachkräften ist viel einfacher geworden, und mit einem beispiellosen Kraftakt haben die Kommunen ihre öffentliche Kinderbetreuung aufgestockt. Das ändert zwar wenig an den Geburtenraten, hat aber dazu beigetragen, dass mehr Frauen berufstätig sind,
20 was wiederum der Rentenversicherung hilft.

Zweitens hat Deutschland viel Glück gehabt. Zehntausende von jungen, qualifizierten Menschen aus anderen Teilen Europas wollen hier leben und arbeiten. Für die Wirtschaft ist das ein Geschenk. Die Mittelständler, die vorher verzweifelt Fachkräfte suchten, sind Gewinner der Krisen in Spanien oder Griechenland. Der demografisch bedingte Mangel an
25 jungen deutschen Fachkräften bereitet ihnen nun weniger Probleme als gedacht. Allerdings muss die Politik jenen Südeuropäern bei der Altersvorsorge und bei den Renten helfen, die in ihre Heimat zurückkehren wollen. Das sind wir den Ländern schuldig, die ihren Nachwuchs dringend selber brauchen.

Drittens hat die Alterung des Landes offenbar angenehme Begleiterscheinungen, an die vor
30 einigen Jahren noch niemand dachte. Wissenschaftler haben nachgewiesen, dass Glücksempfinden und Zufriedenheit ab Mitte vierzig spürbar steigen. Diese Altersgruppe ist in Deutschland ganz besonders stark. Immer mehr Deutsche werden demnächst also alt, aber glücklich sein – oder zumindest ein wenig glücklicher. Dass der Zusammenhang zwischen Demografie und Gelassenheit unterschätzt wird, hatte schon die Finanzmarktkrise gezeigt.
35 Damals gingen die Deutschen trotz Börsencrash fröhlich weiter einkaufen, sodass am Ende die Binnennachfrage sogar die wirtschaftliche Entwicklung trug. Ökonomen waren erstaunt darüber, Demografieexperten nicht. Sie erklärten die Ruhe mit der Mentalität der Babyboomer, der größten und einflussreichsten Generation im Land. Sie wuchs mit

Waldsterben, Wachstumskritik und Atomkriegsängsten auf, zu ihren prägenden Lebenserfahrungen gehört, dass Katastrophenszenarien oft nicht stimmen. Mit dieser Geisteshaltung lassen sich auch Banken Krisen leichter überstehen.

Die Deutschen sind also nicht nur älter, sondern auch weltoffener und lässiger geworden, seit
5 der FAZ- Autor Frank Schirrmacher vor knapp zehn Jahren in seinem Buch vom *Methusalem-Komplott* vor einer Alterskatastrophe warnte. Wir kommen mit dem demografischen Wandel bisher besser als erwartet klar. Was vor allem daran liegt, dass eine ganze Gesellschaft dazugelernt hat: Kommunen schaffen barrierefreie Wohnungen, Universitäten richten Studiengänge für mittlere Jahrgänge ein, Unternehmen gründen Betriebskittas. Falsch wäre es
10 nur, angesichts der guten Lage den Kurs zu korrigieren. Schließlich stehen die schwierigeren Zeiten dem Land erst noch bevor – in etwa zwanzig Jahren, wenn die Babyboomer-Generation in Rente geht. Bis dahin müssen die Kittas besser werden, die neuen Zuwanderer dürfen nicht nur als Arbeitskräfte willkommen sein, und die Betriebe müssen mehr Freiräume für die Pflege von Angehörigen schaffen. Anders als vor zehn Jahren sieht es so aus, als
15 könnte all das ziemlich gut gelingen. Die meisten Ratschläge der Altersforscher waren richtig. Nur mit ihrem Pessimismus lagen sie falsch.

AfD: Rechts gibt es Platz

DIE ZEIT, 26. September 2013
Von Mark Schieritz

Die AfD hat schon die nächsten Wahlen im Blick.

5 Ihre Hoffnung ist jetzt die Krise. Die nächsten Rettungspakete für den Euro werden die Alternative für Deutschland (AfD) endgültig in die Parlamente spülen – so sieht es Bernd Lucke, der Parteisprecher. Und so sehen es viele in der jungen Gruppierung, die den Einzug
5 in den Bundestag knapp verpasst hat.

Vorerst wird die AfD daher weniger mit der Zukunft des Euro als mit ihrer eigenen Zukunft beschäftigt sein. Den Bundestagswahlkampf konnte sie noch mit viel Improvisationsvermögen meistern – für dauerhafte Erfolge aber braucht sie ein solides Fundament. Die Partei müsse "gestärkt" in die nächsten Wahlkämpfe gehen, so Alexander
10 Dilger, der Spitzenkandidat in Nordrhein-Westfalen. Zu stärken gäbe es einiges. Die AfD hat kein ausgearbeitetes Programm, keine schlagkräftige Organisation und keinen personellen Unterbau. Dafür gibt es jede Menge Querulanten, die die Gelegenheit nutzen, um sich zu verwirklichen. Die AfD wäre nicht die erste Partei, deren Höhenflug ein plötzliches Ende nimmt, weil übereifrige Mitglieder auf schwache Strukturen treffen.

15 Allerdings ist Luckes Truppe nicht wie andere Protestparteien: Mögen sich an der Basis die Spinner tummeln, in der Führungsriege tun sie es nicht: An den entscheidenden Stellen in der Partei sitzen eher seriöse Wirtschaftsprofessoren, Publizisten und Unternehmer. Sie wissen, wie man führt und für Disziplin sorgt. Lucke selbst wird von den Mitgliedern geradezu vergöttert. Zudem hat die Partei schon das nächste Ziel vor Augen: Im Mai kommenden
20 Jahres stehen Europawahlen an. Für den Einzug ins Europäische Parlament reichen drei Prozent der Stimmen aus. Auch die Wahlbeteiligung ist in der Regel eher gering. All das spielt der AfD in die Hände. Im Sommer und Herbst finden dann Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg statt, in allen drei Ländern kam die AfD bei der Bundestagswahl auf mehr als sechs Prozent der Stimmen. Es könnte schon bald etwas zu verteilen geben, und
25 das dürfte dem Zusammenhalt der Partei dienen.

Jetzt wird erst einmal an der programmatischen Ausrichtung gearbeitet. Die Partei richtet Fachausschüsse auf Bundesebene ein, und auch in den Landesverbänden wird diskutiert. Auf einem Parteitag im Dezember soll über das Programm abgestimmt werden. Lucke wehrt sich zwar gegen eine Verortung seiner Gruppierung im Rechts-links-Schema ("Wir sind die Partei
30 des gesunden Menschenverstandes"), doch es zeichnet sich bereits ab, dass sie auf klassische konservative Themen wie Migrationsbegrenzung und Steuersenkungen setzt. Die AfD dürfte sich also rechts von der CDU positionieren. Lucke ist ein enttäuschter Unions-Anhänger und vermutet dort eine Lücke, die er füllen will. Die Partei könnte sich so als eine Art rechte FDP etablieren und die Liberalen verdrängen. Das ist allerdings ein riskantes Unterfangen: Rechts
35 von der Union ist die Gefahr groß, von extremen Kräften vereinnahmt zu werden, was wiederum das bürgerliche Lager abschrecken würde. In den Internetforen läuft bereits die Auseinandersetzung, wie weit künftig – wie es intern heißt – "brisante" Themen im Vordergrund stehen sollen.

Hier kommt nun die Krise ins Spiel. Denn die Euro-Rettungspolitik ist auch im gemäßigten Lager umstritten. Wenn die AfD hier Stimmen holen kann, kann sie sich stärker nach rechts abschotten und braucht so manche schwierige Programmdebatte vielleicht gar nicht erst zu führen. Das funktioniert aber nur, wenn tatsächlich weiter gerettet wird – wenn also demnächst wieder Steuergeld für marode Staaten und Banken ausgegeben wird. Sicher ist das nicht. Griechenland, Irland, Portugal dürften noch einmal auf Hilfe aus Brüssel angewiesen sein. Weil aber die Wirtschaft besser läuft, wird womöglich nicht sehr viel Geld fließen müssen. So ist das Schicksal der Euro-Skeptiker eng mit dem Schicksal des Euro verwoben.

Abitur: Länger sitzen bleiben

DIE ZEIT, 6. März 2014
Von Thomas Kerstan

Viele Schulen nehmen die verkürzte Gymnasialzeit wieder zurück. Reformen von oben sind endgültig passé.

5 Dass Zurückhaltung die wichtigste Tugend in der Bildungspolitik ist, hat Doris Ahnen (SPD) aus Rheinland-Pfalz bewiesen. Sie hat als einzige westdeutsche Kultusministerin nicht
10 mitgemacht, als zwischen der Nordsee und den Alpen die Schulzeit bis zum Abitur von 13 auf 12 Jahre verkürzt wurde. Und sie muss nun nichts wieder zurückdrehen. Ganz anders ihre Kollegen in den anderen alten Bundesländern. Mit Niedersachsen vollführt dieser Tage erstmals ein ganzes Bundesland die Rolle rückwärts zu G 9. G 9 – so wird der im Westen vertraute Weg zum Abitur genannt, weil die Schüler neun Jahre auf dem Gymnasium
15 verbringen. Bayern erlaubt seinen Gymnasiasten seit Kurzem ein individuelles Bummeljahr auf dem Weg zur Reifeprüfung. In Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg und Hessen entscheiden die einzelnen Schulen über die Lerngeschwindigkeit. Und in Hamburg will eine Elterninitiative G 9 per Volksentscheid erzwingen.

15 In Westdeutschland ist die flächendeckende Verkürzung der Gymnasialzeit gescheitert. Das viel geschmähte Turbo-Abitur (G 8) ist auf dem Rückzug. Wenn eine derart kraftraubende Schulreform wie das Kürzen der Gymnasialzeit in den Sand gesetzt wird, dann muss man innehalten und nach Lehren für die Bildungspolitik suchen. Die wichtigste Lektion heißt: Schulreformen von oben sind passé. Das deutlichste Zeichen dafür haben die Hamburger im
20 Jahr 2010 gesetzt. Mit einem Volksentscheid verhinderten sie eine längere Grundschulzeit – gegen eine Allparteienkoalition im Landesparlament. Wer heutzutage als Kultusminister an den Schulen herumbasteln will, der muss Eltern und Lehrer dafür gewinnen. Bei G 8 aber galt das Motto: Friss oder stirb.

25 In Bayern etwa zauberte der damalige Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU) das Thema nach der gewonnenen Landtagswahl 2003 aus dem Hut, nachdem seine Partei sich bis dahin
30 stets als Hüterin des Abiturs nach 13 Jahren ausgegeben hatte. Das deutsche Bildungssystem, so Stoiber damals, raube den Jugendlichen wertvolle Zeit, die ihnen für Familie und Beruf fehle. Die Kultusbürokratie musste diese Wende binnen Kurzem exekutieren. Stoibers Effizienzpostulat entsprach dem Zeitgeist. Studien hatten gezeigt, dass es lange Phasen am Gymnasium gibt, in denen die Schüler nichts dazulernen. Tests ergaben, dass Schüler nach 13
35 Jahren keine besseren Leistungen zeigten als nach 12 Jahren. Ebenso zeigte sich, dass die Gymnasiasten in Ostdeutschland, wo G 8 Tradition hat, keinem stärkeren Stress ausgesetzt sind als ihre Altersgenossen im Westen. Hinzu kam die Sorge um die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands, weil junge Menschen in anderen Ländern früher arbeiten gehen als hierzulande.

40 35 Von Pädagogik war – eine Parallele zur Diskussion um die Versorgung mit Kita-Plätzen – dagegen fast nie die Rede. Zudem wurde kaum zusätzliches Geld investiert, um die Lehrer, denen die Politik die Last der Umsetzung aufbürdete, weiterzubilden und zu unterstützen. So überfiel G 8 die Gymnasien als technokratisches Monster. Eltern und Lehrer, die an G 9 festhalten wollten, weil sie den Kindern mehr Zeit fürs Lernen, für Spiel, Sport und Muße am
45 Nachmittag gönnen oder weil ihnen das Familienleben wichtig ist – sie wurden ignoriert. Ihr

Protest jedoch verstummte nicht. Umfragen unter Eltern ergeben stets satte Zweidrittelmehrheiten gegen G 8. Oder wie es Heinz-Peter Meidinger, der Chef des Philologenverbands, ausdrückt: "Das Turbo-Abitur ist nie in der Mitte der Gesellschaft angekommen." Deshalb wäre es töricht, auf einem obligatorischen G 8 an den Gymnasien zu beharren. Zumindest als Wahlmöglichkeit sollte das längere Lernen überall möglich sein.

Die Gymnasien dürfen sich nun aber nicht darauf beschränken, langsamer zu werden; vor allem müssen sie besser werden. In der Breite sind sie schon jetzt sehr erfolgreich. Waren 1952 lediglich 15 Prozent der Achtklässler Gymnasiasten, so sind es heute 37 Prozent. Allen Vorurteilen zum Trotz konnte das Leistungsniveau dabei recht gut gehalten werden. Inzwischen wechseln mancherorts mehr als die Hälfte der Kinder nach der Grundschule aufs Gymnasium. Längst ist die einstmalige Eliteschmiede zur Gesamtschule des Mittelstands mutiert.

Das ist gut so. Was aber ist mit Jungs und Mädchen, die sich schon in der Grundschule langweilen? Die wissbegierig sind und mit zu klugen Fragen den Unterricht stören? Die Rede ist hier nicht nur von den wenigen Hochbegabten, sondern von den 15 bis 20 Prozent besonders intelligenten und interessierten Kindern. Ausgerechnet beim Fördern dieser starken Schüler ist das Gymnasium schwach, wie der Vergleich mit Ländern wie Finnland oder der Schweiz zeigt.

Studenten können keine Rechtschreibung mehr

Die FAZ, 27.03.2014

Von Hannah Bethke

„Vorraussetzung“, „wiederrum“, „Kommultionen“ - eine genervte Politik-Dozentin berichtet über den abenteuerlichen Umgang mit der deutschen Sprache in Seminararbeiten.

In den Semesterferien gehört es an deutschen Hochschulen zu den Aufgaben der Dozenten, Hausarbeiten von Studenten zu korrigieren, die zu einem Thema des von ihnen besuchten Seminars angefertigt wurden. An einigen Instituten etwas aus der Mode gekommen, gehört das Schreiben einer Hausarbeit, die in einem Bachelor-Seminar in der Regel etwa 12 bis 15 Seiten umfasst, zum Kern wissenschaftlichen Arbeitens. Nur hier wird sichtbar, inwieweit der Inhalt der Literatur tatsächlich verstanden und analytisch durchdrungen wurde und ob die dort (hoffentlich!) gewonnenen Erkenntnisse in einen wissenschaftlichen Text transformiert werden konnten, der selbständig geschrieben worden ist.

Was sich dem Leser dieser Arbeiten mittlerweile zunehmend darbietet, ist nun allerdings eklatant. Man kann von Glück reden, wenn eine Hausarbeit vorliegt, die Mängel in der wissenschaftlichen Analyse aufweist - denn das setzt voraus, dass das Einstiegsniveau immerhin so hoch ist, dass man überhaupt von einer wissenschaftlichen Arbeit sprechen kann. In erschreckend vielen Fällen lässt sich dies nicht einmal ansatzweise behaupten. Dabei geht es nicht um wissenschaftstheoretische Feinheiten, nicht um „Expertenwissen“ und Scheingefechte im belächelten Elfenbeinturm der Wissenschaft, sondern um eine leider völlig abhanden gekommene Selbstverständlichkeit, die eigentlich bereits mit dem Erreichen der Mittelstufe gegeben sein sollte: die Beherrschung der deutschen Grammatik.

Nun ist es nicht nur so, dass der Konjunktiv I grundsätzlich falsch oder gar nicht angewendet wird („Konjunktiv ist das Gegenteil von Imperativ“, lautete eine der abenteuerlichen Antworten auf meine Nachfrage im Seminar, ob denn jemand erklären könne, worum es sich beim Konjunktiv wohl handeln könnte), die Regeln der Kommasetzung weder verstanden noch umgesetzt werden und die Groß- und Kleinschreibung ein großes Rätsel des Universums zu sein scheint. Es werden vielmehr auch Fehler gemacht, mit denen man nicht einmal einen Hauptschulabschluss kriegen dürfte - und da hilft auch nicht der Hinweis auf die flächendeckende Verwirrung, die die unsägliche Rechtschreibreform hervorgerufen hat (...)

30 Von „Widerspruch“ bis „Wiederspiegeln“

Besonders beliebt scheint in diesem Semester [...] das „ie“ zu sein. Regelmäßig muss ich lesen: „Widerstand“, „Widerspruch“, „wiederspiegeln“. Werden in deutschen Schulen keine Diktate mehr geschrieben? Das gilt auch für den Satzbau, sofern man davon überhaupt sprechen kann, denn oft genug handelt es sich nicht um bloße Fehler in der Satzlogik, sondern schlichtweg um unvollständige Sätze. Eine tiefgreifende Unkenntnis der deutschen Grammatik liefert auch das folgende Beispiel, das bei weitem keine Seltenheit ist: „Zu dem (sic!) liege darin die Gefahr eine Abhängigkeit der personenbezogenen Form der Anerkennung, weg von der erkämpften worden Selbstachtung.“

Das Lesen solcher Arbeiten ist nicht nur nicht erfreulich. Es ist eine Zumutung. Dabei handelt es sich fast ausnahmslos um Studenten, deren Muttersprache Deutsch ist. Oftmals ist es sogar so, dass ausländische Erasmus-Studenten die deutsche Grammatik besser beherrschen als ihre deutschen Kommilitonen. Wird dieser Missstand laut artikuliert, sieht man sich zumeist sofort dem Vorwurf ausgesetzt, man sei zu streng und dürfe die armen Studenten (oder, um es gemäß der grassierenden Partizipienseuche zu formulieren, die politisch angeblich korrekt, sprachlogisch jedoch falsch ist: die „Studierenden“) nicht überfordern. Immer häufiger wird

dies auch mit der Belehrung verbunden, dass es eine Krankheit gebe, die sich Legasthenie¹ nennt.

(...)

50 In der erschütternden Unkenntnis der deutschen Orthographie drückt sich nicht nur aus, dass
offensichtlich kaum noch Bücher gelesen werden. Sie spiegelt auch ein Problem wider, das
mit der Abschaffung des Frontalunterrichts - die, man glaubt es nicht, im Jahr 2014 immer
noch als innovativ angepriesen wird - eingetreten ist: Der Verzicht auf Anleitung führt dazu,
dass eine Fehlerkontrolle ausbleibt und die Schüler in ihrem oftmals falschen Selbstbild von
55 ihren Leistungen nicht nur bestärkt, sondern paradoxerweise gleichzeitig auch alleine gelassen
werden. (...) Die angeführten Beispiele zeigen jedoch überdeutlich, dass das deutsche
Bildungssystem an gravierenden Stellen versagt. Gymnasien, die nicht einmal in der Lage
sind, dafür zu sorgen, dass ihre Absolventen nach Erlangen der allgemeinen Hochschulreife
die deutsche Rechtschreibung beherrschen, stellen sich selbst ein Armutszeugnis aus.
60 Über kurz oder lang wird dieses System, das bei konsequenter Fortführung zu einer
nachhaltigen Verdummung der Gesellschaft führen würde, keinen Bestand haben. Es ist zu
hoffen, dass der jetzige Bestand eher von kurzer als von langer Dauer sein wird.

¹ Legasthenie : la dyslexie

Bildungsplan für Baden-Württemberg – Lehrer hetzt gegen sexuelle Toleranz

Der Spiegel, 9. Januar 2014
Von Carola Padtberg-Kruse

In Baden-Württemberg soll die Vermittlung von Toleranz gegenüber Homosexuellen in den Bildungsplan geschrieben werden. Ein Realschullehrer sammelt dagegen in einer Online-Petition mit abstrusen Argumenten Unterschriften. Er erntet erschreckenden Zuspruch.

5

In Baden-Württemberg arbeitet das Kultusministerium derzeit an einem neuen Bildungsplan, der im Jahr 2015 in Kraft treten soll. Er ist nötig, weil das Land die Anzahl der Gemeinschaftsschulen stark ausweitet und weil der aktuelle Bildungsplan bereits seit zehn Jahren in Kraft ist.

10 Der Entwurf enthält einen neuen, besonderen Gesichtspunkt: Auch Wissen über "sexuelle Vielfalt" soll durch die Bildungsplanreform fest im Lehrplan verankert werden - nicht als eigenes Fach oder Leitlinie, sondern als fächerübergreifend zu vermittelnder Aspekt. Das Kultusministerium möchte so Kinder darin bestärken, sich selbst und ihr Gegenüber mit Wertschätzung zu betrachten. Eine offene und tolerante Gesellschaft ist das Ziel.

15 Doch christlich-konservative Kräfte hetzen gegen den neuen Bildungsplan und schüren Antipathien. Wortführer ist ein Realschullehrer aus dem Schwarzwald. Er hat eine Online-Petition mit dem Titel "Zukunft - Verantwortung - Lernen: Kein Bildungsplan 2015 unter der Ideologie des Regenbogens" ins Leben gerufen. Darin macht er Stimmung gegen alles, was für ihn zum "Aktionsfeld LSBTTIQ" gehört. "LSBTTIQ" steht für "lesbisch-schwul-bisexuell-transsexuell-transgender-intersexuell und queer".

20

Hetze gegen angebliche Gehirnwäsche

Die Argumente der Petition sind abstrus. Die heterosexuellen Geschlechter von Mann und Frau würden durch den Bildungsplan in Frage gestellt. Es wird bemängelt, dass homosexuelle und andere Lebensstile ohne ethische Beurteilung als gleich erstrebenswert dargestellt werden. Die Schüler würden auf diese Weise moralisch-ideologisch umerzogen werden. Der Bildungsplan reflektiere nicht die "negativen Begleiterscheinungen eines LSBTTIQ-Lebensstils" - aufgezählt werden Suizide, Drogen, HIV und psychische Erkrankungen. Geschlechtererziehung habe im Biologieunterricht stattzufinden, solle aber bitte nicht in sozialwissenschaftlichen Fächern diskutiert werden.

25

30

Der 41-Jährige Initiator Gabriel S., der laut "Tageszeitung" im Realschullehrerverband für das Referat Erziehung, Bildung und Schulpolitik zuständig und in einer christlichen Gemeinschaft aktiv ist, bekommt erschreckende Unterstützung. Aktuell haben mehr als 66.000 Personen seine Schrift unterzeichnet. Auch vom rechten Rand der Gesellschaft kommt Zuspruch. Ein signifikanter Teil der Unterzeichner fanden über die rechtspopulistische Webseite "Politically Incorrect" zu dieser Petition.

35

(...)

"Unterste Schublade"

Die Kommentare der Unterzeichner, darunter Lehrer, Kinderärzte, Eltern, zeugen von massiver Homophobie: Kinder würden "mit diesem Menschenbild verwirrt", junge Menschen würden "desorientiert und haltlos", wenn sie erführen, dass auch gleichgeschlechtliche Partnerschaften gut und richtig sind. "Wie soll unser Land fortbestehen, wenn es moralisch so

40

- zersetzt wird?", steht in den von christlichen Vorstellungen geprägten Kommentaren. Sie hetzen gegen "abscheuliche Gräuelpolitiken" und "Gehirnwäsche".
- 45 Das Stuttgarter Kultusministerium weist die Behauptungen der Petition als falsch und diskriminierend zurück. Sie mache Stimmung gegen Offenheit und Toleranz, zeichne Zerrbilder und schüre Ängste gegen den neuen Bildungsplan. Dass Schüler umerzogen werden sollen, sei "vollkommen absurd", so eine Sprecherin. "Die Behauptung ist
- 50 unverantwortlich und hat nichts mehr mit demokratischer Diskussion zu tun." Es sei wichtig, die Schule zu einem Ort der Vielfalt und Akzeptanz zu machen, sagte der Grünen-Landesvorsitzende Oliver Hildenbrand. Auch ein Sprecher der SPD-Landtagsfraktion sagte: "Die SPD steht für eine offene und tolerante Gesellschaft. Die jetzige Online-Petition birgt den Geist massiver Intoleranz und ist pädagogisch wie politisch unterste Schublade."
- 55 Auswirkungen hat die Petition bislang keine. Sie kann nach Ende der Laufzeit beim Petitionsausschuss des Landtags eingereicht werden. Gegen Realschullehrer Gabriel S. liegen mittlerweile eine Dienstaufsichtsbeschwerde und eine Strafanzeige vor, schreibt die Süddeutsche Zeitung.

Prostitution abschaffen?

DIE ZEIT, 7. November 2013
Von Anna-Katharina Meßmer

Die Realität von Prostitution ist komplex, und Appelle beseitigen sie nicht. Ein Verbot schadet den Frauen.

- 5 „Prostitution abschaffen!“ ist eine Forderung, die es sich in ihrer Allgemeinheit zu einfach macht und deswegen gefährlich ist. Es ist eine Utopie oder besser: eine Symptombekämpfung, die ausgerechnet denjenigen schadet, denen sie vorgibt zu helfen. Zu oft mischt sich in der Debatte Voyeurismus mit gefühlten Wahrheiten und dem Wunsch danach, "das Rotlichtmilieu" möge uns die patriarchale Wirklichkeit, in der Frauen immer noch Waren sind, nicht so drastisch vor Augen führen. Dabei verdient die Frage nach Sexarbeit jede Aufmerksamkeit und vor allem Ruhe und Geduld, um genauer hinzuschauen. Die Realität von Prostitution ist komplex und lässt sich – so schön Utopien auch sein mögen – nicht durch Appelle aus der Welt schaffen.
- 10
- 15 Sexarbeiterin ist nicht gleich Sexarbeiterin. Es gibt viele Gründe dafür, warum sich Menschen für diesen Beruf entscheiden. Die Lust an der Sexualität, ökonomische Gründe, ja auch ökonomische Handlungszwänge. Oder das Versprechen auf ein anderes oder besseres Leben. Sexarbeit ist eine besonders krasse Ausprägung sexistischer, kapitalistischer und rassistischer Machtstrukturen, die unsere Gesellschaft prägen. Doch dieses Problem lösen wir nicht, indem wir Sexarbeiterinnen per se jegliche Entscheidungsfähigkeit und Handlungsmacht absprechen. Wir lösen dieses Problem auch nicht, indem wir in der Debatte emotional aufrüsten und Prostitution mit Menschenhandel gleichsetzen. Und vor allem lösen wir dieses Problem nicht, indem wir Sexarbeit verbieten.
- 20
- 25 Ein Prostitutionsverbot verneint die vielfältigen Machtverhältnisse, es drängt Sexarbeiterinnen zurück in die Illegalität, stigmatisiert sie und nimmt ihnen wichtige Rechte wie Lohn einzuklagen oder sich versichern zu können. Auch das sogenannte schwedische Modell, welches Freier bestraft, ist keine Lösung. Zwar wurde in Schweden die Straßenprostitution etwas zurückgedrängt, das heißt aber nur, dass Prostitution nun weniger sichtbar ist. Zugleich hat das Gesetz eine Menge negativer Konsequenzen für Prostituierte, aber keine Auswirkungen auf den Menschenhandel. Und entgegen anderslautenden Berichten hat auch die Legalisierung der Prostitution Deutschland keineswegs zur Drehscheibe für Menschenhandel gemacht. Schließlich ist dieser laut Paragraf 232 StGB nach wie vor Straftatbestand. Das ständige Vermischen von Prostitution und Zwang dramatisiert die
- 30
- 35 Debatte. Geholfen ist damit weder den Frauen, die durch Menschenhandel zu traumatisierten Vergewaltigungsopfern werden, noch denjenigen, die sich bewusst für Sexarbeit entschieden haben. Im Gegenteil: Solange Letztere immer schon als Opfer gesehen werden, die ihren Körper (und nicht Sex!) verkaufen, wird es ihnen fast unmöglich gemacht, (rechtlich) dagegen vorzugehen, wenn sie von Gewalt betroffen sind.
- 40
- 45 Die Prostitution in Deutschland muss nicht abgeschafft, aber das Prostitutionsgesetz muss nachgebessert werden. Es scheitert derzeit unter anderem an Ressentiments in Behörden, fehlenden Geldern für Beratungsstellen, am Föderalismus und der uneinheitlichen Regelung in den Ländern. Die öffentliche Debatte hingegen scheitert daran, dass ihr in all dem Empörungsgenuss die Stimmen der Expertinnen fehlen. Es ist an der Zeit, endlich mit

Sexarbeiterinnen zu reden, ihnen zuzuhören. Auf www.sexwork-deutschland.de gibt es einen
hörenswerten "Appell für Prostitution", der sich für die Stärkung der Rechte und die
Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen von Menschen in der Sexarbeit einsetzt.
Die erste Forderung lautet: "Beteiligung von Sexarbeiterinnen an politischen Prozessen, die
50 sich mit dem Thema Prostitution befassen". Damit sollten wir nun anfangen.

Sprache sollte so sein, dass sich auch Frauen angesprochen fühlen

Der Tagesspiegel, 7. Juni 2013
Von Anja Kühne

Die Uni Leipzig meint mit Professorinnen nun Frauen wie Männer. Horst Simon freut das. Seinen Studierenden stellt er sich längst als Linguistin vor.

- 5 **Frage:** Herr Simon, in der neuen Verfassung der Universität Leipzig ist nur noch von "Professorinnen" die Rede, die Professoren sind mitgemeint. Die Einführung des generischen Femininums wird damit begründet, Frauen hätten an der Uni die Mehrheit. Stellt das nicht die deutsche Grammatik auf den Kopf?
- 10 **Horst Simon:** Ja! Na und? (lacht) – Die Debatte um das generische Maskulinum wird ja seit den siebziger Jahren geführt. Seitdem haben eine Reihe von Studien den Beweis erbracht, dass Menschen im Experiment sich keineswegs auch Frauen vorstellen, wenn von "fünf Professoren" die Rede ist, sondern dass sie eben nur – oder in erster Linie – Männer konzeptualisieren. Wenn man nicht glaubt, dass Männer die Normalos unter den Menschen
- 15 sind und Frauen nur Sonderfälle, muss man das sprachlich sichtbar machen. Darum ist es sehr erfreulich und mutig, dass die Uni Leipzig es probiert.
- Frage:** Ein Einwand lautet, dass die Sprache nichts an der Situation der Frauen ändert.
- 20 **Simon:** Die Sprache allein wird an der strukturellen Diskriminierung von Frauen tatsächlich nichts ändern. Aber sie ist ein Mosaikstein. Es macht einen Unterschied, ob für junge Leute sichtbar gemacht wird, dass Frauen auf Professuren sind. Außerdem sollte die Sprache so sein, dass sich auch Frauen von ihr angesprochen fühlen können.
- 25 **Frage:** Den Feministinnen und Feministen wird vorgeworfen, die deutsche Sprache mit ihrem "Quotendeutsch" zu verhunzen.
- Simon:** Ja mei! Goethe würde sowieso unsere heutige Grammatik als völlig fehlerhaft erleben, wenn ihn das überhaupt interessieren würde, was ich nicht glaube. Es ist ja auch niemand
- 30 dazu gezwungen, so zu schreiben oder zu sprechen. Aber einfach wie bisher mit dem generischen Maskulinum weitermachen, das wäre doch falsch.
- Frage:** Sie sprechen von sich selbst in Ihren Vorlesungen als "Linguistin". Wie reagieren Ihre Studierenden darauf?
- 35 **Simon:** Sie grinsen und denken hoffentlich nach! Das ist genau, was ich will: Spielerisch und mit Ironie einen sprachlichen Stolperstein setzen, der die Leute dazu bringt, um die Ecke zu denken.
- 40 **Frage:** Viele Leute bringt das Thema aber auf die Palme.
- Simon:** Das war ja auch bei der Rechtschreibreform so. Gerade Leute, die schon länger aus der Schule raus sind, mögen es nicht, wenn gut gelerntes Wissen entwertet wird und einem so Möglichkeiten genommen werden, sich von schlechter Gebildeten abzuheben. Beim

feministischen Sprachgebrauch haben nun außerdem vor allem Männer Angst, dass ihre Pfründe verloren gehen. Das amüsiert mich.

5 **Frage:** Hat das Genus-System des Deutschen überhaupt einen gesellschaftlichen Hintergrund? Es heißt ja nicht nur "der Mann", sondern auch "der Antrag".

10 **Simon:** In unserem judeo-christlichen Weltbild ist der Standardmensch in der Tat der Mann, die Frau die nachgebildete Sonderform. Diese tradierte Asymmetrie ist dann auch die Ursache für das generische Maskulinum. Das ist in den allermeisten Gesellschaften nicht anders, die ebenfalls männerdominiert sind. Ein generisches Femininum gibt es nur sehr selten, etwa bei
15 einigen Indianersprachen. In manchen Grammatiken finden sich auch Klassifizierungen, die sich auf Mythen zurückführen lassen. So haben die Aborigines in Australien ein gemeinsames Genus für Feuer, Frauen und gefährliche Tiere, ein anderes für Männer, Schnecken und Speisefische. Es gibt aber auch grammatikalische Erscheinungen, die nichts mit der
20 gesellschaftlichen Situation zu tun haben. Das Türkische und das Finnische haben gar kein Genus. Und im Englischen sind die Endungen für die Markierung der Geschlechter im Zuge von zufälligen Lautveränderungen weggefallen.

20 **Frage:** Lässt sich die Grammatik durch den politischen Willen ihrer Sprecher verändern?

Simon: Die Leute, die die Geschlechterordnung aufbrechen wollen, müssen daran arbeiten. Bei dem neutralisierenden Begriff "Studierende" klappt es schon gut. Die Schweiz ist
25 allerdings noch besser, man spricht durchgehend von "Studierenden, Lehrenden und Assistierenden".
(...)

Oral analyse allemand de spécialité

Nom :

Prénom :

Deutschlands Mütter wollen früher und mehr arbeiten

Immer mehr Frauen mit Kindern sind erwerbstätig, und wenn sie könnten, würden sie noch viel mehr arbeiten. Oft fehlen aber noch Kinderbetreuung, flexible Arbeitszeiten und Unterstützung des Partners. Von Eva Marie Kogel

Familie und Beruf zu vereinen galt lange Zeit als ein Problem, mit dem sich vor allem Mütter auseinandersetzen müssen. Mittlerweile ist die Bundesrepublik in der Debatte um einiges weiter, die Elternzeit wird – wenn auch verhalten – von Vätern genutzt. Das Selbstverständnis der deutschen Familien ändert sich.

Und so verwundern die Zahlen auch nicht, die das Bundesfamilienministerium in einem Dossier, das der "Welt am Sonntag" exklusiv vorliegt, nun präsentiert: Immer mehr Mütter sind erwerbstätig, und nach der Geburt eines Kindes kehren sie immer früher an ihren Arbeitsplatz zurück.

Inzwischen arbeiten 41 Prozent der Mütter mit Kindern zwischen ein und zwei Jahren bereits wieder, und schon 54 Prozent der Mütter mit Kindern im Alter zwischen zwei und drei Jahren sind wieder berufstätig. Da zeichnet sich ein Trend ab: 2006 lagen die entsprechenden Anteile noch acht, beziehungsweise zwölf Prozentpunkte niedriger.

Doch damit nicht genug: Es ist damit zu rechnen, dass sich diese Dynamik noch weiter fortsetzen wird. Denn viele Mütter wünschen sich eine frühere Berufsrückkehr oder einen höheren Stundenumfang – und viele nicht erwerbstätige Mütter würden gern arbeiten.

Realität entspricht nicht Vorstellungen

Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) zeigt sich zufrieden mit dieser Entwicklung und bezeichnet die Mütter mit jungen Kindern als Trendsetterinnen. "Sie erobern sich den Arbeitsmarkt zurück. Das ist gut für ihren beruflichen Erfolg, für die Chancen auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit und für das Einkommen der ganzen Familie."

Auch eine andere aktuelle Studie zu den Lebensentwürfen junger Frauen und Männer zeigt, dass eine dauerhafte Erwerbstätigkeit beider Elternteile heute als Selbstverständlichkeit wahrgenommen wird. Frauen streben ebenso wie Männer an, gut zu verdienen und somit finanziell unabhängig zu sein – und das entspricht auch der Erwartung ihrer Partner.

Eine doppelte Erwerbstätigkeit ist in Deutschland also Normalität, und nur noch jede dritte Familie lebt das Einverdienermodell. Junge Eltern wünschen sich stattdessen, dass beide Partner in gleichem Umfang erwerbstätig sind und sich gleichermaßen um Haushalt und Familie kümmern.

Das sagen immerhin 60 Prozent der Eltern, deren jüngstes Kind zwischen einem und drei Jahre alt ist. Doch Wunsch und Realität klaffen hier entscheidend auseinander: Eine solche Aufteilung können nämlich derzeit nur 14 Prozent der Elternpaare realisieren.

Rahmenbedingungen sind oft schwierig

So planen 55 Prozent der jungen, gut qualifizierten Frauen für sich eine Elternzeit von etwa einem Jahr. Häufig scheitert eine frühere Berufsrückkehr jedoch an den Rahmenbedingungen: Von Müttern, die länger als sechs Monate ausgestiegen sind, wären zwei Drittel gern früher oder in größerem Umfang wieder arbeiten gegangen.

Doch jeder fünften Mutter fehlte hierfür die passende Kinderbetreuung, jede sechste hatte dafür keinen passenden Job mit flexiblen Arbeitszeiten. Und jeder zehnten Mutter fehlte dabei die Unterstützung ihrer Partner.

Möglichkeiten zur frühen Rückkehr in den Beruf müssen für Mütter also gesamtgesellschaftlich verhandelt werden. Mit ihrem Vorschlag vom Elterngeld Plus möchte Schwesig hier ansetzen und "junge Eltern darin unterstützen, ihre Vorstellungen von einer guten Vereinbarkeit umzusetzen".

Die Welt, 19. 04. 2014, Eva Marie Kogel

Oral analyse allemand de spécialité

Nom :

Prénom :

Signature :

Session 2014

"An die Schalthebel"

Im Osten fährt die Alternative für Deutschland ihre besten Ergebnisse ein. Nun entscheiden ausgerechnet hier die Landtagswahlen über die Zukunft dieser Partei

Die Alternative für Deutschland hat bei der Europawahl ihren größten Erfolg des Jahres 2014 erreicht? Von wegen, aus Sicht der Partei sollen die großen Erfolge erst noch kommen. "Es gibt einige Mitstreiter", sagt Thomas Hartung, AfD-Landesvize in Sachsen, "die der Ansicht sind: Wenn wir es in den drei Ostländern nicht schaffen, in die Parlamente einzuziehen, wird die AfD nur eine vorübergehende Erscheinung gewesen sein. In jedem Fall sind die Landtagswahlen hier der absolute Gradmesser für uns."

Ende August wählen die Sachsen, Mitte September die Thüringer und Brandenburger. Tatsächlich zeichnen sich zwei Entwicklungen schon jetzt ab. Erstens, dass die Zukunft der AfD also nicht unwesentlich von den Wählern im Osten bestimmt wird. Und zweitens, dass bei diesen Landtagswahlen Ost vieles vom Abschneiden der AfD abhängt. "Wir wollen uns als viertstärkste Kraft etablieren", sagt Hartung. Das heißt: hinter Linken, SPD und CDU. Aber vor Grünen und FDP. Die Euro-Skeptiker-Partei hofft, dreifach ins Parlament einzuziehen. Während FDP und Grüne fürchten, dreifach aus den Landtagen zu fliegen. "Wir wollen Regierungsverantwortung", sagt Hartung. "Wir müssen an die Schalthebel."

(...) Die AfD profitiert davon, dass das Protestwählerpotenzial in den neuen Ländern größer ist als in den alten. Im Osten gibt es mehr Wechselwähler, eine geringer ausgeprägte Parteibindung. Hier haben neue Bewegungen besonders gute Möglichkeiten, schnell erfolgreich zu werden. Auch populistische, teils weit am rechten Rand operierende Bewegungen. Man denke nur an die Erfolge der NPD in den vergangenen Jahren in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern. (...)

"Es muss uns als Volkspartei gelingen, zu verhindern, dass sich die AfD in unserem Spektrum etabliert", sagt Mike Mohring, Fraktionschef der CDU in Thüringen. "Wir müssen dafür sorgen, dass sie eine Randnotiz der Parteiengeschichte bleibt." Mohring plädiert dafür, die Themen der AfD selbst zu besetzen. "Das, was die AfD populistisch aufgreift, müssen wir sachlich aufgreifen", sagt er. Es werden eher keine Landesthemen sein, mit denen diese Partei Stimmen in Thüringen sammelt, sondern dieselben wie bei der Europawahl: die Angst vor Zuwanderung; die angeblich bedingungslose Solidarität mit schwächelnden EU-Staaten. Soll es bei der Union einen Ruck nach rechts geben? "Das hat mit Rechtsruck nichts zu tun", sagt Mohring. Bislang habe die CDU im Bund versucht, die AfD "totzuschweigen". Nun sei sie gezwungen, sich mit ihr auseinanderzusetzen. (...)

Wesentlich interessanter ist die Koalitionsfrage in Sachsen. Was, wenn der CDU unter Ministerpräsident Stanislaw Tillich am Ende nur ein paar wenige Prozentpunkte zur absoluten Mehrheit fehlen sollten – wie es die Umfragen nahelegen? Wenn die AfD zugleich mit sechs oder acht Prozent ins Parlament einzöge, die FDP, die derzeitige Koalitionspartnerin, hingegen knapp scheiterte? Da gibt sich Sachsens CDU dialektisch. Die Kritik an der neuen Konkurrenz fällt einerseits in Dresden ähnlich heftig aus wie in Erfurt: "Die AfD gehört in kein Parlament. Sowohl bei den Inhalten als auch in der Sprache verletzt sie und spaltet die Gesellschaft", sagt etwa Generalsekretär Michael Kretschmer. Andererseits: Eine zitierbare Koalitionsabsage wie die von Lieberknecht bekommt man von Kretschmer nicht.

Holger Zastrow, Sachsens FDP-Chef, ärgert das. "Der CDU ist das pure Regieren inzwischen offenbar wichtiger, als es die Inhalte sind", sagt er. "Wer am 31. August CDU wählt, muss mit Schwarz-Grün, Schwarz-Rot oder Schwarz-Blau, also einer CDU-AfD-Regierung, rechnen." Da ist

A/e

es ihm ernst: "Dass die CDU so etwas nicht ausschließt, ist für mich ein Zeichen von Beliebigkeit." Die Union glaube, "sie könne fliegen und müsse sich auf nichts und niemanden mehr festlegen." Eine klare Ansage an die Alternative für Deutschland, sagt Zastrow, wünsche er sich von der CDU schon deshalb, weil die "Alternative" Parallelen zur NPD aufweise. "Die Motive, AfD zu wählen, ähneln denen, NPD zu wählen, durchaus", sagt Zastrow.

(...) Tatsächlich bekommt man das Gefühl, die AfD im Osten ziehe skurrile Gestalten an. In Brandenburg gehörten Vorstandsmitglieder einst der Anti-Islam-Partei Die Freiheit an. Einer der beiden Thüringer AfD-Anführer gilt als "völkischer Christ". In Sachsen-Anhalt trat der Vize-Landeschef zurück, als bekannt wurde, dass er sich einst als Pornodarsteller verdingt hat. Thomas Hartung, Sachsens AfD-Vize, malt sich dennoch die schönste Zukunft aus – und bunteste Bündnisse. "Wir haben mit allen Parteien Gemeinsamkeiten", sagt Hartung. Bernd Lucke, sein Parteichef, wirbt inzwischen dafür, im Osten auch mit der SPD anzubandeln. Hartung sagt: "Wir sind wie die CDU fürs Zentralabi, wie die SPD für mehr Lehrer, wie die Piraten für direkte Demokratie, wie die Grünen für fahrradfreundliche Innenstädte, wie die NPD für die Abschaffung der Bologna-Reformen an den Unis." Ja, er nennt in dieser Aufzählung, wie selbstverständlich, auch die NPD.

Nicht auszuschließen, dass die AfD in Sachsens Landtag bald die Büros dieser NPD übernehmen darf. Die Rechtsextremisten stehen kurz vor der Abwahl. Zumindest, was das Wählerpotenzial angeht, sieht man sich bei der AfD offenbar durchaus in der Nachfolge: "Politikverdrossenheit und Frust", sagt Hartung, seien zwei der Gründe, aus denen Menschen im Osten besonders häufige AfD wählten. "Hier hat eine Machtelite das Sagen, die von jedweder Realität weit entfernt ist."

(...)

Die Zeit, 05. 06. 2014, Martin Machowecz

Nbm :

Prénom :

Einwanderung

Der Staat muss zahlen

Deutschland kann Einwanderer von vielen Sozialleistungen nicht ausschließen – wie ein Regierungsgutachten zeigt

Das Dokument der Machtlosigkeit ist 41 Seiten lang und in sprödem Juristendeutsch formuliert. Trotzdem eignet es sich als Vorlage für knappe, böse Sprüche über Einwanderer aus armen EU-Staaten wie Rumänien. Sprüche wie "Wer betrügt, fliegt", mit denen die CSU Stimmung gegen Ausländer macht. Oder wie "Sozialtourismus", der Begriff, der gerade zum Unwort des Jahres 2013 gekürt wurde.

Eberhard Eichenhofer, Professor für Sozialrecht der Universität Jena, hat im Auftrag der Bundesregierung untersucht, wann der deutsche Sozialstaat für arme Einwanderer zahlen muss. Seine Antwort ist eindeutig: fast immer. Das ist das heikle Fazit seines Gutachtens, das Bundeskanzleramt und Familienministerium unter Verschluss halten.

Als EU-Kommissar László Andor vergangene Woche mahnte, nach europäischem Recht hätten viele arbeitslose Ausländer einen Anspruch auf Leistungen wie Hartz IV und ihre Anträge dürften nicht rundweg abgelehnt werden, da waren viele Vertreter von CDU und CSU empört. "Völlig inakzeptabel", tobte Unionsfraktionschef Volker Kauder. Das Gutachten, das die Regierung im Oktober in Auftrag gegeben hatte, stützt Andors Sicht: "Der deutsche Sozialstaat ist nicht der Sozialstaat der Deutschen, sondern schützt und fördert die in Deutschland wohnenden und beschäftigten Menschen, einerlei, welche Staatsangehörigkeit sie haben", heißt es da.

Der Autor beschäftigt sich vor allem mit staatlichen Familienleistungen. Er geht unter anderem der Frage nach, ob Kindergeld auch an EU-Ausländer gezahlt werden muss, wenn der Nachwuchs nicht in Deutschland, sondern beispielsweise in Rumänien lebt oder wenn die Kinder keine Schule besuchen. In beiden Fällen ist die Antwort eindeutig: Der deutsche Staat muss zahlen. Es spielt keine Rolle, dass sich in einem Land wie Rumänien mit 184 Euro Kindergeld weit mehr finanzieren lässt als in Hamburg oder München. Und die populäre Forderung, Roma-Familien, die ihre Kinder betteln lassen, statt sie in die Schule zu schicken, nicht mit Kindergeld zu unterstützen, sei chancenlos, schreibt Eichenhofer.

Das Gutachten macht es für die Bundesregierung schwerer, an der gern verbreiteten Behauptung festzuhalten, wonach auch im vereinten Europa Deutschland seine Sozialpolitik allein gestalten kann. Offene Grenzen, eine gemeinsame Währung, aber getrennte Sozialsysteme – dieses Bild hatten viele Deutsche von der EU. Und solange sich das Wohlstandsniveau der EU-Staaten nicht zu sehr voneinander unterschied, war es auch nicht so wichtig, wann und warum Bürger aus Nachbarländern Anspruch auf Unterstützung in Deutschland hatten.

Die komplette Öffnung der Grenzen für Rumänen und Bulgaren zur Jahreswende zwingt zum Umdenken. Je mehr Sozialgerichte, EU-Experten und Juristen sich des Themas annehmen, desto unvermeidlicher wird ein Eingeständnis: In vielen Fällen muss der deutsche Steuerzahler für Sozialleistungen an EU-Bürger zahlen, die neu ins Land kommen.

Das gilt auch für Hartz IV. Zwar scheint das deutsche Recht an dieser Stelle glasklar: Wer ohne Job in die Bundesrepublik einwandert, bekommt nichts. So sieht es das Gesetz vor. Doch nicht nur die Europäische Kommission hält das für zu rigide. Auch viele deutsche Richter hegen Zweifel, dass sich das mit dem Europarecht vereinbaren lässt. In mehreren Fällen kamen sie schon zu dem

Schluss, Jobcenter müssten arbeitslose Einwanderer alimentieren. Zuletzt rief das Bundessozialgericht den Europäischen Gerichtshof mit der Bitte um Klärung an.

Im Prinzip dürfen sich die Mitgliedsländer der EU gegen Einwanderung in ihre Sozialsysteme wehren. Sie können EU-Bürgern in den ersten drei Monaten ihres Aufenthalts Sozialleistungen verwehren. Und wer länger bleiben will, muss Arbeitnehmer oder Selbstständiger sein oder seinen Lebensunterhalt aus anderen Einnahmen finanzieren – sonst kann er abgeschoben werden. Denn das Recht, den Wohnort frei zu wählen, gilt auch in der EU nur eingeschränkt. Mittellose ohne Arbeit profitieren nicht davon.

So weit jedenfalls das Prinzip.

Aber das europäische Recht ist kompliziert, es steckt voller Ausnahmen und Widersprüche. Dazu gehört, dass kein Unionsbürger diskriminiert werden darf und dass es einen Unterschied macht, um was für eine Art Sozialleistung es sich dreht. Im Fall einer Sozialhilfe, die der bloßen Existenzsicherung dient, darf ein Staat Einwanderer eher an ihr Heimatland verweisen als bei anderen Leistungen. Das wird bei Hartz IV aber zum Problem. Denn diese Leistung zählt nicht als pure Sozialhilfe, sondern soll offiziell auch dazu dienen, den Einstieg in den Arbeitsmarkt zu unterstützen. Davon dürfen EU-Bürger nicht einfach ausgeschlossen werden, meinen viele Juristen. "Die Bundesregierung hat 2007 den Fehler gemacht, Hartz IV europarechtlich als eine besondere Form der Sozialleistung einzustufen", sagt Maximilian Fuchs, Professor für Deutsches und Europäisches Sozialrecht an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt. Es ist kurios: Bestünde noch das alte System aus den Zeiten vor den Hartz-Reformen, wäre es leichter, den Zugang zu beschränken.

(...)

Im vergangenen Jahr kamen nach Schätzung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung etwa 70.000 Bulgaren und Rumänen nach Deutschland. In diesem Jahr erwarten die Experten zwischen 100.000 und 180.000 Neuankömmlinge. Angesichts von mehr als 80 Millionen Bundesbürgern sind das überschaubare Zahlen. Von den meisten Einwanderern wird das Land außerdem profitieren. Sie füllen Lücken in Bereichen, in denen Fachkräftemangel herrscht, zahlen Steuern und Sozialabgaben. Die Arbeitslosenquote der eingewanderten Bulgaren und Rumänen war zuletzt sogar niedriger als in der Gesamtbevölkerung. Und dass es auch Fälle von Sozialmissbrauch gibt – damit werden die Deutschen leben müssen.

Die Zeit, Elisabeth Niejahr und Kolja Rudzio, 5.01.2014,

Nom :

Prénom :

Kurs auf die Welt

Joachim Gauck, Frank-Walter Steinmeier und Ursula von der Leyen fordern eine entschlossenerere deutsche Außenpolitik. Wie kam diese Wende zustande? Und in welche Konflikte führt sie?

Es ist, auch mit einigem Abstand betrachtet, eine ziemliche Sensation, die sich da auf der Sicherheitskonferenz in München abgespielt hat. Drei unwahrscheinliche Verbündete – der Bundespräsident, ein ehemaliger Bürgerrechtler, der in sein Amt zurückgekehrte Außenminister, ein solider Sozialdemokrat, und die neue Verteidigungsministerin, eine der Modernisiererinnen der Union – haben gemeinsam nicht weniger als einen außenpolitischen Kurswechsel eingeleitet.

Alle drei sind entschlossen, Deutschland eine aktivere Rolle in der Weltpolitik zuzuweisen – in der Diplomatie, bei der Entwicklungshilfe, bei der Überwindung von Finanzkrisen, letztlich aber auch bei Militäreinsätzen. Sie haben keine Furcht mehr, wenn von Deutschland Führung verlangt wird. Eher fürchten sie den Vorwurf der Passivität und der Drückebergerei.

"Gleichgültigkeit ist keine Option für Deutschland", sagt Ursula von der Leyen. Und Frank-Walter Steinmeier wiederholt in seinem Beitrag wörtlich einen Hauptsatz aus der Münchner Rede von Joachim Gauck: "Deutschland muss bereit sein, sich außen- und sicherheitspolitisch früher, entschiedener und substanzieller einzubringen."

(...) Der Bundespräsident hat seit Langem auf eine Gelegenheit gewartet, auf den richtigen Zeitpunkt und auf den richtigen Ort. Erst leise, dann immer lauter hatte Joachim Gauck angedeutet, was er von dem Reflex des "Ohne uns" in der deutschen Sicherheitspolitik hält.

Im Juni 2011, da war Gauck noch nicht Bundespräsident, sagte er in seiner Dankesrede für den Ludwig-Börne-Preis in der Frankfurter Paulskirche: "Ich habe in meinem Leben gelernt, dass derjenige, der nichts tut, nicht unbedingt das Richtige tut." Gerade hatte sich die Bundesregierung im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen der Stimme enthalten, als es um ein militärisches Eingreifen in Libyen ging, gegen das Votum der engsten Verbündeten Frankreich, Großbritannien und Amerika. Gauck missfiel das.

Bei seiner Ansprache zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2013 fragte Gauck, nunmehr Bundespräsident, schon viel deutlicher: "Lassen wir andere unsere Versicherungspolice zahlen? Entspricht unser Engagement der Bedeutung unseres Landes?"

Schließlich bietet sich die Gelegenheit, auf die der Bundespräsident aus ist. Im Sommer 2013 kommen die Organisatoren der Münchner Sicherheitskonferenz auf Gauck zu. Ob er nicht die Festrede zum 50. Jubiläum der renommierten Tagung halten wolle? Was der Begriff der Freiheit in der internationalen Politik bedeute – ob das nicht ein schönes Thema für ihn wäre? Der Bundespräsident nimmt die Einladung gern an. Aber sein Thema setzt er selbst: Deutschlands Verantwortung und seine Rolle in der Welt.

(...) Steinmeier und seinen Leuten geht es dabei nicht allein um die inhaltliche Position. Sie wollen auch zurück ins politische Spiel. Im Auswärtigen Amt hat sich unter Steinmeiers Amtsvorgänger Guido Westerwelle enormer Frust angestaut. Das Amt sei ins Abseits geraten, ist die vorherrschende Wahrnehmung, es sei geradezu in der Bedeutungslosigkeit versunken.

Welche Unzufriedenheit unter den deutschen Diplomaten herrscht, zeigt sich am 22. Januar, eine Woche vor der Münchner Sicherheitskonferenz. Staatssekretär Markus Ederer, ein enger Vertrauter

Steinmeiers und früherer Chef des Planungsstabs, sitzt auf der Bühne der Bayerischen Landesvertretung in Berlin. Wolfgang Ischinger, der Leiter der Sicherheitskonferenz, fragt ihn, ob es eine "deutsch-französische Renaissance" gebe. Darauf Ederer mit sichtlichem Behagen: "Ich stehe hier nicht nur dafür, das deutsch-französische Verhältnis zu reaktivieren, sondern das Auswärtige Amt wieder zu reaktivieren." Gebraucht werde "mehr Mut zur Außenpolitik", es müsse ein Ende haben mit dem "bisherigen Attentismus".

Allerdings: Noch bei seiner Antrittsrede hatte Steinmeier die viel kritisierte "Kultur der militärischen Zurückhaltung" ausdrücklich verteidigt. Steinmeier möchte nicht, dass die Debatte umschlägt in neue Forschheit. Westerwelles Vorgänger und Nachfolger will keinesfalls die Parole ausgeben: Wir sind überall dabei, vor allem militärisch. Ihm geht es darum, der Diplomatie zu neuem Recht zu verhelfen.

(...) Langfristig schwerer dürften die Differenzen zwischen den Koalitionspartnern Union und SPD wiegen. Die Frage, wie Deutschland seine Rolle in der Welt wahrnehmen solle, beantworten sie ganz unterschiedlich. Die SPD will, kurz gesagt, mehr Krisenprävention, die CDU mehr Fähigkeit zur Intervention. Handfest werden solche Unterschiede sehr schnell, wenn es ums Geld geht, um Ministerkompetenzen oder – die wohl heikelste Frage – um die Rechte des Parlaments in Fragen des Krieges.

(...) Auch bei anderen Fragen treiben die Vorstellungen zwischen roter und schwarzer Außenpolitik auseinander: beim Verteidigungsetat, bei den Rüstungsexporten, beim Umgang mit Russland und bei der Gesprächsbereitschaft mit Vertretern des politischen Islams in den arabischen Staaten.

Die SPD ist, grob gesprochen, für Gespräche mit autoritären Regimen offener, gegenüber Panzerexporten Richtung Saudi-Arabien verschlossener und geneigt, mehr Geld für eine zivile Krisenprävention auszugeben als für Präzisionsbomben und Kampfhubschrauber. "Wir sehen mit Sorge, wie viele Mittel in große Rüstungsprojekte geflossen sind, verglichen mit der Ausstattung der Sanitätseinheiten", sagt Rolf Mützenich, der führende Außenpolitiker der SPD-Fraktion. Manch einer bei der Union sieht es genau umgekehrt. Und dann ist da noch das Reizthema Drohnen – über das noch keiner spricht.

Kurzum, irgendwann wird Angela Merkel sagen müssen, was denn nun die neue deutsche Außenpolitik sei. "Nach meiner Einschätzung treibt sie das Thema nicht voran, sie lässt es geschehen", sagt Volker Perthes, der Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik.

Vielleicht erinnert sich Angela Merkel auch daran, dass Deutschland eine ähnliche Debatte bereits vor zwanzig Jahren geführt hat. Damals ging es um ein militärisches Eingreifen auf dem Balkan. Die Frage lautete: Darf Deutschland Soldaten ins Ausland schicken, zudem in ein Land, das einst von der Wehrmacht besetzt worden war?

Die Zeit, 01. 05. 2014, Jochen Bittner und Matthias Nass

Nom :

Prénom :

SERIE LANGUES VIVANTES

ANALYSE LV1

TEXTE

HORS PROGRAMME

Série Langues vivantes

Oral Analyse LV1 Allemand

Mehr Erdgas !

Die Energiewende gefährdet Deutschlands wirtschaftliche Zukunft. Ein Vorschlag zur Lösung des Problems. Ein Gastbeitrag von Daniel Yergin und Ralf Wiegert –

(...) Offenkundig sind die USA für ausländische Investoren höchst interessant. Dafür sorgt der gewaltige Schub, mit dem niedrige Energiepreise derzeit die Produktion ankurbeln und Europa herausfordern. "Schiefergas* und die Reduktion der Energiepreise sind sicherlich zum Vorteil der USA gegenüber Europa", bestätigte jüngst Christine Lagarde, die Direktorin des Internationalen Währungsfonds. Neuinvestitionen von mindestens 114 Milliarden Dollar in die amerikanische Industrie werden gerade von einheimischen und ausländischen Unternehmen aufgrund der billigen Energie geplant. Demgegenüber verharnt Deutschland auf mäßigem Niveau.

Die europäische Industrie ist alarmiert. Sie fürchtet um ihre Wettbewerbsfähigkeit, seit europäische Firmen beginnen, Kapitalanlagen von Europa in die USA zu verlagern. "Der Exodus hat begonnen", sagte ein Geschäftsführer aus Europa. Falls man den Kurs nicht ändere, werde dieser Prozess irgendwann nicht mehr umkehrbar sein. Insbesondere Deutschland ist durch die Energiepreise herausgefordert. Dort tragen die Exporte mehr als die Hälfte zum Bruttoinlandsprodukt bei – mehr als in jeder anderen großen Volkswirtschaft. Die Herausforderung ist vergleichbar mit den Arbeitsmarktreformen vor zehn Jahren, die wesentlich zu Deutschlands jüngsten wirtschaftlichen Erfolgen beitrugen. Deutschland muss seine Energiewende in gleicher Weise reformieren, um seine Wettbewerbsstärke aufrechtzuerhalten. Sonst drohen niedrigeres Wirtschaftswachstum und Jobverluste bei Großunternehmen und im Mittelstand.

Die Energiewende basiert auf der Annahme, dass die Kosten für konventionelle Energieträger weiter wachsen. Das erschien vor einigen Jahren noch vernünftig. (...) Dann aber revolutionierte eine neue Fördertechnik die Gas- und Ölproduktion in den USA. Die Wirkung war erstaunlich. Für Erdgas zahlt man in den USA nur noch ein Drittel des europäischen Preises. Heute macht Schiefergas 44 Prozent der gesamten amerikanischen Erdgasproduktion aus. Die USA haben Russland als weltweit größten Erdgasproduzenten überholt. (...) In Europa hingegen wurde Schiefergas dämonisiert. Die Gefahren wurden übertrieben, wie Erkenntnisse des Massachusetts Institute of Technology und des Umweltkomitees der US-Regierung beweisen. Zudem wird Schiefergas in Europa von vielen fälschlicherweise als kurzzeitiges Phänomen betrachtet. Die neuesten Analysen gehen jedoch davon aus, dass die Reserven der USA für mehr als 100 Jahre ausreichen.

Die Schiefergasrevolution hat die deutsche Regierung in ihrer Energiepolitik auf dem falschen Fuß erwischt. Das Streben nach erneuerbaren Energien – die Energiewende – war ursprünglich darauf ausgerichtet, kohlenstoffarme Energie zu niedrigen Kosten zu liefern. Das ist nicht passiert. Die Kosten steigen ebenso wie die CO₂-Emissionen, da der Kohleanteil im Energiemix steigt, um die Nuklearenergie zu ersetzen und um die schwankende Produktion der erneuerbaren Energien auszugleichen. Energie kostet die Industrie in Deutschland doppelt so viel wie in den USA. Deswegen erhalten große, energieintensive Unternehmen Rabatte für den Aufpreis, den sie durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) bezahlen. Ohne diese Rabatte würde die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft untergraben.

Der deutsche Mittelstand dagegen wird nur begrenzt geschützt. Viele kleine und mittlere Unternehmen werden mit voller Wucht von den Preissteigerungen durch das EEG erfasst. (...) Dies führt zu einem Zielkonflikt. Deutschland kann auf seinem Kurs bleiben und seine Energieziele schnell erreichen. Allerdings würden Jobverluste in anderen Sektoren die Gewinne an "grünen Jobs" überwiegen. Der Nettojobverlust könnte im Jahr 2030 bis zu 1,3 Millionen erreicht haben. Das jährliche Durchschnittseinkommen wäre um rund 1.600 Euro niedriger, gemessen am heutigen Preisniveau. Es geht nicht darum, die Energiewende aufzugeben, sondern darum, die Politik wieder auf Zukunftskurs zu bringen. Drei Schritte sind entscheidend dafür:

Erstens: Die Energiewende hat das Ziel, Deutschland den Weg in eine kohlenstoffarme Zukunft zu weisen. Bislang lag der Fokus auf Zugewinnen bei den erneuerbaren Energien. Die Kosten und die Wirkung auf die Wettbewerbsfähigkeit wurden jedoch weitgehend ignoriert. Die Aufmerksamkeit muss deshalb auf die Kontrolle der Kostenexplosion durch das EEG gelenkt werden und auf die Einspeisung besonders teurer erneuerbarer Energien. Zweitens: Gas muss als Ergänzung zu den erneuerbaren Energien gefördert werden. Zurzeit spielt Erdgas nur eine untergeordnete Rolle bei der Energieerzeugung in Deutschland. Doch gasbasierte Stromerzeugung ist sauber, kohlenstoffarm, billig und flexibel. Außerdem ist die Technologie ausgereift. Als kohlenstoffärmster fossiler Brennstoff würde es Deutschlands CO₂-

Emissionen reduzieren. Drittens: Energieintensive Unternehmen brauchen weiterhin Rabatte auf ihre Strompreise. Striche man die Rabatte – was die EU möglicherweise anstreben wird –, wären ganze Sektoren der deutschen Industrie samt ihren Zulieferketten bedroht.

Eine in diesem Sinne reformierte Energiewende wäre mit einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft und Deutschlands Rolle als führende Exportnation vereinbar. Eine vernünftiger Einbeziehung von Erdgas wäre ein wesentliches Element der Reform. Deutschlands Erdgasproduktion ist nicht wegen mangelnder Ressourcen geschrumpft – Perspektiven gibt es sowohl beim konventionellen Gas als auch beim Schiefergas –, sondern wegen politischer und bürokratischer Hürden. Wenn die Politik nicht zügig dafür sorgt, dass die Erdgasproduktion wieder aufgenommen werden kann, vergrößert sich die Abhängigkeit von Erdgas- und Kohleimporten. Aus geologischer Sicht könnte die nationale Schiefergasproduktion 40 Prozent des deutschen Gasbedarfs im Jahr 2035 decken. In ganz Europa könnte Schiefergas 20 Prozent des Gasverbrauchs befriedigen. Bohrungen zum Nachweis der Vorkommen sind natürlich notwendig – dafür aber müssen erst die politischen Voraussetzungen geschaffen werden. Wenn die Politik den eingeschlagenen Weg bei der Energiewende fortsetzt, werden die Kosten weiter steigen. Angesichts einer sich verändernden globalen Energielandschaft riskiert Deutschland damit einen Großteil seiner industriellen Basis. Aber das lässt sich ändern. Die Energiewende muss an eine Welt angepasst werden, die eine andere geworden ist.

Quelle : Die Zeit 14/01/2014

*das Schiefergas : le gaz de schiste

Nom :

Prenom :

SERIE LANGUES VIVANTES

ANALYSE LV1

TEXTE

HORS PROGRAMME

Série Langues vivantes

Oral Analyse LV1 Allemand

Für dumm verkauft

Die Parteien verstecken sich im EU-Wahlkampf hinter hohlen Phrasen. Echte Visionen für Europa werden dem Wähler nicht zugemutet. Die Öffentlichkeit wird zum Narren gehalten. VON ANTON PELINKA

Auch wenn es auf den ersten Blick nicht danach aussieht: Politiker entwickeln tatsächlich Visionen. Aber sie erzählen vor allem in Österreich nicht gerne davon und ganz besonders dann nicht, wenn es um die europäische Integration geht. Natürlich haben Othmar Karas, Ulrike Lunacek und alle anderen, die an wählbarer Stelle der Listen der österreichischen Parteien für die Wahl zum EU-Parlament stehen, ihre eigenen Vorstellungen von der Zukunft der Europäischen Union. Viele der Abgeordneten aus Österreich verfügen zudem über ein durchaus bemerkenswertes europapolitisches Profil. Nur das, was von ihren Parteien nach außen vermittelt wird, sind Wohlfühlbotschaften für die Wähler. Diese werden schlicht für dumm verkauft. Da verkünden die Grünen auf ihren Plakaten, sie wären für krumme Gurken und gegen krumme Geschäfte. Für die müde Pointe nimmt die Ökopartei gelassen in Kauf, auf Strache-Niveau* abzusinken. Denn EU-Kritik wegen der Gurkenkrümmungsverordnung, die es längst nicht mehr gibt, passt eigentlich besser zu den Freiheitlichen als zu den grundsätzlich pro-europäischen Grünen. Und dass SPÖ-Kandidat Eugen Freund das Land vor Chlorhühnern bewahren will, unterscheidet ihn und seine sozialdemokratischen Genossen natürlich auch nicht von den Mitbewerbern, am allerwenigsten von den freiheitlichen. Die Weltpolitik von heute verlangt mehr denn je nach einem handlungsfähigen Akteur namens Europa. Gefordert wären etwa Aussagen der Parteien zur Friedensfunktion der Union in Zeiten des Konfliktes mit einer auf Expansionskurs befindlichen Russischen Föderation. In Österreich findet eine lebhaft Auseinandersetzung darüber statt, wie Wladimir Putins Politik einzuschätzen ist und welche europäischen Antworten es darauf geben kann. Doch die österreichischen Parteien glauben, ihre Wähler wären von solch einem sicherheitspolitischen Diskurs überfordert. (...)

Haben die Parteien recht mit ihrer Einschätzung, die Personen, um deren Stimmen es geht, wären zu einfältig, den Zusammenhang zwischen der Wahl des Europäischen Parlaments, der Zusammensetzung der Kommission und der europäischen Außenpolitik zu sehen? Die pauschale Verachtung, die von den Parteien zum Ausdruck gebracht wird, ignoriert eine zum Teil sehr interessierte Öffentlichkeit. Die Aufmerksamkeit, die der Konflikt in und um die Ukraine auslöst, hat mit tatsächlicher Betroffenheit zu tun. Immerhin ist die ukrainische Westgrenze weniger weit von Wien entfernt als die Schweizer Ostgrenze. Und die Debatte über das Verhalten mancher rechts- und linksextremer Gruppierungen, die der Farce des Referendums auf der Krim zu einer Scheinlegitimität verholfen haben, könnte und sollte doch auch als Europadebatte geführt werden.

Das Land bleibt die Insel der Seligen, so lautet das Versprechen der Parteien

Guy Verhofstadt, europäischer Spitzenkandidat der Liberalen, hat mit Daniel Cohn-Bendit, dem Urgestein der deutschen und französischen Grünen, vor zwei Jahren ein Buch mit dem Titel *Für Europa! Ein Manifest* vorgelegt. Die zwei Politiker fordern darin eine Vertiefung der Integration, einen europäischen föderalen Staat – auch als Ausweg aus der Euro-Krise. In den elitären Zirkeln der EU-Insider wird dieser Text wohl intensiv diskutiert. Doch wo findet die Debatte außerhalb dieser Kreise statt? In Österreich jedenfalls nicht. Da mutet man den Bürgern nur Aussagen zu, die letztlich auf das Versprechen hinauslaufen, Österreich vor den Gefahren der garstigen weiten Welt zu behüten. Die Parteien sind bemüht, den um ihre Idylle fürchtenden Bewohnern der Insel der Seligen eine hanebüchene* Sicherheitsgarantie zu geben: Österreich bleibt Österreich, egal wie sich Europa und die Welt verändern. (...)

Natürlich ist Österreich ein kleiner Staat. Aber gute Argumente und eine kluge Vernetzung haben auch aus einem luxemburgischen Politiker den Spitzenkandidaten einer der großen europäischen Fraktionen gemacht. Jean-Claude Juncker, Frontmann der Europäischen Volkspartei, steht für das Konzept eines vertieften und weltpolitisch orientierten Europa; obwohl er aus einem Kleinstaat kommt. Überhaupt, Juncker: Werden er und Martin Schulz, der Kandidat der europäischen Sozialdemokratie für das Amt des Kommissionspräsidenten, im österreichischen Wahlkampf eine Rolle spielen? Eine, die über die eines gelegentlichen Gastredners hinausgeht? Vermutlich nicht. (...)

Österreich ist führend in nationaler Engstirnigkeit

In der Oberliga der österreichischen Parteien, die Abgeordnete in das Europäische Parlament entsenden werden, stehen vier mehr oder weniger deutlich pro-europäische Parteien einer fünften Partei gegenüber, die ihre EU-Skepsis bei jeder

Gelegenheit zur Schau stellt. In dieser Liga hat die FPÖ das Monopol auf die Anti-EU-Stimmen. (...) Im pro-europäischen Sektor gibt es hingegen einen harten Wettbewerb, der durch das Auftauchen der demonstrativ EU-freundlichen NEOS* noch an Schärfe zunehmen wird. Diese Ausgangslage kann durchaus dazu führen, dass die FPÖ die relativ stärkste unter den österreichischen Parteien wird. Das ist zwar für das europäische Erscheinungsbild des Landes schlecht, aber trotzdem kein Grund zur Panik. Denn wie auch immer es ausgeht: Eine satte Mehrheit von etwa 70 bis 75 Prozent der Stimmen wird an die vier pro-europäischen Parteien der Oberliga gehen. Und die Kakophonie der durchwegs antieuropäischen Unterliga, in der Kommunisten und Fundamentalchristen aufeinandertreffen, wird daran nichts ändern können. (...)

Die Worte "Mehr Europa" sind en vogue und kommen vielen leicht über die Lippen. Aber was das bedeutet, das sprechen nur wenige offen aus: die Abgabe von weiteren Teilen nationaler Souveränität an die Union. Wer das nicht sehen will, ist blind. Wer das nicht ausspricht, hält die Öffentlichkeit für unmündig.

Quelle : DIE ZEIT /9. Mai 2014

**Heinz-Christian Strache ist ein österreichischer Politiker der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) / hanebüchen : inouï, insolent / Das Neue Österreich und Liberales Forum (NEOS) ist eine im Oktober 2012 gegründete Partei.*

Nom :

Prénom :

SERIE LANGUES VIVANTES

ANALYSE LV1

TEXTE

HORS PROGRAMME

Série Langues vivantes

Oral Analyse LV1 Allemand

Grüne Konkurrenz

Stadtwerke und Kommunen fühlen sich als Opfer der Energiewende, weil ihr Geschäftsmodell nicht mehr aufgeht. Jetzt fordern sie milliardenschwere Hilfe.

Eigentlich hat Ivo Grünhagen alles, was ein Stadtwerke-Chef* für die Energiewende so braucht: moderne Gaskraftwerke, Windparks, ein Stromnetz und sogar ein Pumpspeicherwerk im südlichen Sauerland. Mit der Wasserkraft aus zwei idyllisch gelegenen Staubecken können Schwankungen beim Wind- und Sonnenstrom ausgeglichen werden. „Wir sind ein Musterbetrieb“, sagt der Manager stolz.

Und doch hat der Chef des in Nordrhein-Westfalen ansässigen Regionalversorgers seinen Eigentümern und Mitarbeitern seit Monaten nur schlechte Nachrichten zu verkünden. „Fast 80 Millionen Euro“, so der Enervie-Chef*, seien im vergangenen Jahr allein bei der Stromerzeugung weggebrochen. Der Grund: Die eigenen Kraftwerke können mit dem subventionierten Ökostrom, der grünen Konkurrenz, nicht mithalten und stehen oft wochenlang still.

Alle Möglichkeiten, die Kosten im Unternehmen einzudämmen, seien inzwischen ausgereizt. Deshalb muss Grünhagen Stellen streichen. Mindestens 300 der derzeit 1400 Arbeitsplätze sollen wegfallen.

Auch die Anteilseigner des Unternehmens, allen voran die Stadt Hagen, müssen Opfer bringen. Sie werden auf die jährliche Ausschüttung* von zuletzt 7,2 Millionen Euro verzichten müssen. Verantwortlich für das Dilemma, sagt Stadtkämmerer Christoph Gerbersmann (CDU), sei nicht Enervie, sondern die Energiewende. Ohne eigene Schuld würden Stadtwerke „zu Opfern“ der Umgestaltung des Energiesystems. Und während an Nord- und Ostsee jeder Windpark mit Millionen Euro subventioniert werde, müssten ohnehin verschuldete Städte wie Hagen die finanziellen Folgen allein tragen.

Mit seinem Ärger steht Gerbersmann nicht allein. Denn wie Enervie und Hagen geht es zahlreichen Stadtwerken und Kommunen in der Republik. (...) „Besonders betroffen“, sagt Hans-Joachim Reck, Hauptgeschäftsführer des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU), „sind Stadtwerke, die in den vergangenen Jahren der Aufforderung der Politik gefolgt sind und neue, hocheffiziente Kohle- und Gaskraftwerke gebaut haben.“ Sie gehen wegen des hohen Ökostrom-Angebots und der niedrigen Börsenpreise kaum noch ans Netz. Teilweise erwirtschaften sie nicht einmal Zins und Tilgung der aufgenommenen Kredite.

Wenn mit konventionellem Strom überhaupt noch Geld verdient wird, dann mit abgeschriebenem Uraltmeilern*, die Luft und Umwelt über Gebühr verpesten. „Das ist grotesk“, sagt Reck — ökologisch und ökonomisch.

Denn länger als ein bis zwei Jahre, schätzt der VKU-Geschäftsführer, könnten einige kommunale Betriebe diese Situation nicht durchhalten. Dann folgten Entlassungen, Sparrunden und die Stilllegung selbst modernster Gaskraftwerke. Die aber werden zur Sicherung der Energiewende irgendwann dringend gebraucht. „Da muss etwas geschehen“, fordert Reck.

Was das konkret bedeutet, haben Stadtwerke und Kämmerer Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) schon kurz nach der Bundestagswahl in diversen Positionspapieren aufgeschrieben. Danach soll die Bundesregierung den Stromerzeugern Hilfgelder in Milliardenhöhe zur Verfügung stellen. Gedacht ist an eine Art Umlage* oder Fonds. Aus ihnen sollen Betreiber von Kraftwerken dafür bezahlt werden, dass sie ihre Anlagen (...) für den Notfall bereithalten und helfen, auftretende Spannungsschwankungen im bundesweiten Stromnetz auszugleichen.

Mit Verweis auf die ausstehenden Verhandlungen über das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) hatte Gabriel die Gespräche damals noch vertagen können. Doch nachdem der Bundeswirtschaftsminister das Gesetz in der vergangenen Woche durch das Kabinett geboxt hat, wollen sich Städte und Kommunen nicht länger vertrösten lassen und treten nun entschlossen zum Kampf um ihre Fördermilliarden an. (...)

Für ihre Kampagne haben die Stadtwerke in den großen Energieversorgern E.on und RWE mächtige Verbündete gefunden. Auch die Energie-Multis leiden unter einem massiven Gewinnrückgang im Geschäft mit der Erzeugung von Strom. Sie pochen deshalb auf staatliche Hilfen. (...)

Zahlen sollen die Zeche* die Stromkunden. Für sie würde sich die Kilowattstunde dauerhaft noch einmal um mindestens 1,3 Cent verteuern. Für einen durchschnittlichen Haushalt mit einem Verbrauch von 3500 Kilowattstunden wären das rund 54 Euro mehr pro Jahr.

Schon jetzt kostet die Förderung des Ökostroms jedes Jahr rund 20 Milliarden Euro, die per EEG auf die Stromrechnungen umgelegt werden. Weitere Subventionen in Milliardenhöhe für Kraftwerke, die möglicherweise irgendwann gar nicht mehr gebraucht werden, dürften die ohnehin schwindende Akzeptanz für die Energiewende weiter schwinden lassen.

Gabriel und seine Beamten wissen das. Entsprechend zurückhaltend sind sie beim Thema Kraftwerksförderung. Es gebe, heißt es in Berlin, noch keine Gespräche und keine Festlegung.

Die Alternativen zu staatlichen Hilfen hingegen sind gering. Rein theoretisch könnte die Bundesregierung selbst Kraftwerke bauen und betreiben oder das Problem dem freien Markt überlassen, wie einige Ökonomen fordern. Dann würden in den nächsten Jahren zahlreiche Kraftwerke stillgelegt. In schlecht versorgten Regionen Süddeutschlands

etwa käme es an wind- und sonnenarmen Tagen zu steil ansteigenden Strompreisen und möglicherweise auch zu kritischen Situationen im Netz.

Er könne sich nicht wirklich vorstellen, sagt E.on-Chef Johannes Teysen, dass Politik und Gesellschaft die Nerven hätten, solche Situationen auszuhalten. An einem Kapazitätsmarkt geht seiner Ansicht nach deshalb wohl kein Weg vorbei.

An einer weiteren Strompreiserhöhung für Millionen Verbraucher dann allerdings auch nicht.

Quelle: Der Spiegel 16/14. 04. 2014, S. 81-82.

*das Stadtwerk : la régie municipale / die ENERVIE Südwestfalen Energie und Wasser AG ist ein regionaler Energieverbund mit Sitz in Hagen. / die Ausschüttung : le versement (des dividendes) / der Meiler : le réacteur / die Umlage : le prélèvement fiscal / die Zeche zahlen : payer la note

Nm :

Prénom :

Merkel und die Türken

Führt die Große Koalition die doppelte Staatsbürgerschaft ein? Noch leisten Bundesinnenminister Friedrich und die Konservativen in der Union Widerstand./ Von Peter Müller

Wolfgang Bosbach hat schon so manche Schlacht überstanden. Er hielt seinen Kopf hin, als es nach den Anschlägen vom 11. September um die Verschärfung der Sicherheitsgesetze ging. Und er machte als einer der wenigen in seiner Partei Front gegen die Euro-Rettungspolitik der Kanzlerin.

Doch keine Auseinandersetzung war härter als jene Anfang des vergangenen Jahrzehnts, als Bosbach und die Union gegen das Gesetz der rot-grünen Regierung zum Doppelpass zu Felde zogen. Damals, so erinnert sich Bosbach, konnte er oft nur unter Polizeischutz auftreten. Einmal, in Göttingen, brannten sogar Barrikaden auf dem Weg zum Saal.

Heute fragt sich der CDU-Kämpfer, wofür er sich damals eigentlich verprügeln ließ. Denn nach jahrelanger Debatte ist die Union jetzt dabei, ihren Widerstand gegen die doppelte Staatsbürgerschaft weitgehend aufzugeben. So haben es Kanzlerin Angela Merkel und CSU-Chef Horst Seehofer dem SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel am vorvergangenen Donnerstag in vertraulicher Runde signalisiert. Jetzt sollen die Integrations- und Innenexperten Details aushandeln.

Es wäre eine wirklich große Reform einer Koalition, die bislang nur der Zahl nach groß ist. Mit der Ausweitung der doppelten Staatsbürgerschaft würde Deutschland endlich anerkennen, dass es in Wirklichkeit längst ein Einwanderungsland ist. Vor allem Hunderttausende türkischstämmige Deutsche könnten auf Erleichterungen hoffen.

Denn in Deutschland aufgewachsene Türken müssen bisher als junge Erwachsene ihre türkische Staatsbürgerschaft aufgeben, wenn sie Deutsche bleiben wollen. Damit wäre es dann vorbei. Quälende Loyalitätskonflikte würden endlich der Vergangenheit angehören. „Eine solche Reform wäre ein großer Erfolg“, sagt der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Kenan Kolat, „gerade wenn sie von der Union ausgeht.“

Aber das ist eben längst nicht für alle in der Union eine gute Nachricht. Nach dem Aus für Wehrpflicht und Atomkraft sowie der steuerlichen Gleichstellung der Homo-Ehe droht die nächste Volte im Erneuerungsprozess der CDU. Seit Roland Kochs Unterschriftenkampagne gegen den Doppelpass gehört das Nein zur doppelten Staatsbürgerschaft zur DNA vieler Konservativer. Kochs Aktion war 1999 hoch umstritten, führte aber auch dazu, dass die CDU Rot-Grün aus der Hessischen Staatskanzlei vertreiben konnte. Seitdem gilt der Kampf gegen die doppelte Staatsbürgerschaft für viele in der Union als Erfolgsgeschichte. (...)

Inzwischen halten selbst konservative Köpfe wie Unionsfraktionschef Volker Kauder eine Änderung für überfällig. Und CSU-Chef Seehofer brachte bei den Sondierungsgesprächen den Vorschlag einer Reform des Staatsbürgerschaftsrechts sogar als Köder ins Spiel, um die Grünen in eine Koalition zu locken. Selbst Volker Bouffier, der konservative Hessen-Premier, zeigt sich kompromissbereit. Schließlich ist er in Wiesbaden auf der Suche nach einem Regierungspartner. Es müsse eine „kluge Lösung“ geben, mahnte er im CDU-Präsidium am vergangenen Montag nur.

Die Zahlen sprechen für die Reformer. Insgesamt leben in Deutschland bereits rund 1,5 Millionen Doppelstaatler — und es werden jedes Jahr mehr. Von den 112 348 Menschen, die allein 2012 eingebürgert wurden, konnte die Hälfte ihren alten Pass behalten. Sie kommen vor allem aus den EU-Staaten und der Schweiz.

Bei Nicht-EU-Bürgern ist ein doppelter Pass dagegen nach wie vor die Ausnahme. Anders als etwa Spätaussiedler und deren Kinder stehen vor allem junge Türken rechtlich oft vor einer schwierigen Wahl. Wenn sie in Deutschland geboren sind und ausländische Eltern haben, müssen sie zwischen ihrem 18. und 23. Lebensjahr entscheiden, ob sie die Staatsbürgerschaft ihrer Eltern wählen oder die deutsche. In den nächsten Jahren sind davon jährlich zunächst etwa 7000 und später mehr als 40 000 Menschen betroffen.

Die Statistik zeigt: Das Optionsmodell ist zu einem Gesetz zur Diskriminierung von Türken geworden. „Ich frage mich, ob es noch Sinn macht, die jungen Leute zwischen 18 und 23 Jahren durch diese Zerreißprobe zu jagen“, sagt CSU-Chef Seehofer. „Die Bereitschaft, sich in Deutschland zu integrieren, erhöht dies nicht.“ Seehofer schwebt als Beispiel das Modell einer ruhenden Staatsbürgerschaft vor. Dabei könnten Doppelstaatler ihre Rechte jeweils dort ausüben, wo sie ihren Lebensmittelpunkt haben. Hintergrund für Seehofers Umdenken ist auch die veränderte wirtschaftliche Lage. Während türkische Migranten früher oft als bedrohliche Konkurrenten für deutsche Arbeitnehmer angesehen wurden, suchen Unternehmen heute händeringend nach Personal.

Auch CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe und der Chef der NRW-CDU Armin Laschet können sich vorstellen, den Optionszwang komplett abzuschaffen. Damit würde man der SPD entgegenkommen, doch die fordert mehr: Sie will die doppelte Staatsbürgerschaft generell akzeptieren.

So weit wollen die Unions-Innenpolitiker keinesfalls gehen. Sie sind allenfalls zu kleinen Korrekturen bereit. (...)

Auch Bosbach steht der Sinn nicht nach ideologischer Abrüstung. Er fühlt sich von seiner Kanzlerin getäuscht. „Beim Thema Mindestlohn musste jedem klar sein, dass wir bei einer Großen Koalition der SPD entgegenkommen müssen“, sagt er. „Aber das gilt doch nicht für die generelle Hinnahme der doppelten Staatsangehörigkeit.“

PETER MÜLLER

Quelle: Der Spiegel 44/28. 10. 2013, S. 35-36.

Nam :

Prénom :

SERIE LANGUES VIVANTES

ANALYSE LV1

Série Langues vivantes

Oral Analyse LV1 Allemand

TEXTE

HORS PROGRAMME

„Zu diesem Deutschland sagen Sie ‚ja‘

Bundespräsident Gauck lobt die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts – und mahnt zur Geduld auf Seiten der Einwanderer wie der Einwanderungsgesellschaft. Eine Rede zur Integration und zu dem Land, dessen Grundgesetz morgen 65. Jahre alt wird. Es gilt das gesprochene Wort.

Herzlich willkommen an einem Tag, der uns einen doppelten Grund zur Freude gibt: Morgen wird unser Grundgesetz 65 Jahre alt. Und heute werden 22 unter Ihnen Staatsbürger einer Republik, die auf der besten Verfassung gründet, die es in Deutschland jemals gab. Liebe Ehrengäste: Ihre Lebensgeschichten sind so unterschiedlich wie die Gründe und Wege, die Sie hierher geführt haben. Einige von Ihnen sind in Deutschland geboren und aufgewachsen. Andere kamen als Arbeiter, Führungskräfte oder Wissenschaftler. Manche sind vor Gewalt und Unterdrückung geflohen, andere suchten ein besseres, ein freieres Leben für sich und ihre Kinder, wieder andere folgten dem Glück oder der Liebe. (...) Unser Land, von dem noch vor einem Menschenalter Krieg und Völkermord ausgingen, ist inzwischen Heimat für Menschen aus 190 Nationen. Ganz gleich, woher Einwanderer stammen und wie sie kamen, (...) Sie alle sind nun in Deutschland zu Hause. Das erfüllt mich mit Dank und Freude. Denn es zeigt: Sie mögen dieses Land, sie vertrauen dieser Republik. Und die deutsche Staatsbürgerschaft erleichtert ihnen zudem den Alltag.

Ein Sehnsuchtsort für viele

Mit dem Grundgesetz wurde das Fundament geschaffen für ein friedliches, pluralistisches und demokratisches Gemeinwesen. Erst für den Westen, später für ganz Deutschland. So ist unser Land Teil der freien Welt geworden. Es lebt im Frieden mit allen seinen Nachbarn. Es ist offen und vielfältig, stark und wohlhabend. Unsere soziale Marktwirtschaft und unser Sozialstaat versprechen gute Lebenschancen für alle. All das macht unser Land für viele Menschen in der Welt zu einem Sehnsuchtsort. Zu diesem Deutschland sagen Sie, liebe Ehrengäste, heute auf neue Weise „ja“. Wie soll dieses Deutschland in Zukunft aussehen, damit auch unsere Kinder und Enkel „unser Land“ sagen können? (...) Ich will von den Veränderungen sprechen, die Einwanderung für unser Land bringt. Von den Zumutungen, die diese Veränderungen manchmal bedeuten. Von dem, was wir, Alt-Deutsche wie Neu-Deutsche, gewinnen werden und längst gewonnen haben. Vor allem aber möchte ich über die Haltung sprechen, mit der wir einander begegnen und begegnen sollten – als Gleiche und doch Verschiedene.(...)

Nie anders als vielfältig

Und wenn ich in die Gesichter der jungen Leute hier vor mir sehe, dann weiß ich: Für diese Generation wird Deutschland nie anders gewesen sein als vielfältig. (...) Der Blick ins Land zeigt, wie – ja, ich würde sagen – skurril es ist, wenn manche der Vorstellung anhängen, es könne so etwas geben wie ein homogenes, abgeschlossenes, gewissermaßen einfarbiges Deutschland. Es wird zunehmend als Normalität empfunden, dass wir verschieden sind – verschiedener denn je. Dieser Wandel ruft unterschiedliche Reaktionen hervor. Nicht allen gefallen alle Begleiterscheinungen der Einwanderungsgesellschaft. Das ist auch verständlich: Das eigene Stadtviertel verändert sich. Nachbarn sprechen fremde Sprachen, haben andere Lebensgewohnheiten und Religionen. Ja, manche fürchten gar, ihr Heimatgefühl zu verlieren. Einwanderung ist immer und überall zunächst mit Fremdheitsgefühlen verbunden. (...)

Das Zusammenleben verändert sich

Es ist wahr: Wo Verschiedenheit heimisch wird, ändert sich das Zusammenleben. Einwanderung setzt starke Gefühle frei und birgt gelegentlich handfeste Konflikte. Die offene Gesellschaft verlangt uns allen einiges ab: Jenen, die ankommen, und jenen, die sich öffnen müssen für Hinzukommende. Offen sein ist anstrengend. Vergessen wir nicht: Migration ist der Geschichte der Völker nicht fremd – auch der deutschen nicht. Zu Hunderttausenden suchten unsere Vorfahren einst ihr Glück in der Fremde. Viele von ihnen würde man heute „Armutseinwanderer“ oder „Wirtschaftsflüchtlinge“ nennen. (...) Wer weiß noch, dass gerade die deutschen Einwanderer in Amerika gern unter sich blieben und lange brauchten, ehe sie sich einfügten in der neuen Welt? Heimat zu finden ist eine Sache des Herzens, aber auch eine bewusste Willensentscheidung. Erst hält man Abstand, sucht das Vertraute. Dann kommt man mehr und mehr in Kontakt. Manchmal auch in Konflikt. Und schließlich wächst Gemeinschaft. So geschieht es auch mit denen, die in den vergangenen 65 Jahren zu uns in die Bundesrepublik kamen. (...)

Lob des Staatsangehörigkeitsrechts

Als längst klar war, dass viele bleiben würden, hieß es noch lange, Deutschland sei kein Einwanderungsland. Diese Haltung ist weitgehend überwunden – zum Glück, denn sie hat denen, die dazugehören wollten, Beheimatung und

Teilhabe erschwert, und sie hat der aufnehmenden Gesellschaft die Illusion erlaubt, sie müsse sich nicht gleichfalls verändern.(...) Das zeigt das sogenannte „Integrationsbarometer“ des Sachverständigenrats für Migration und Integration, und es weist sogar nach oben. Als Ziel für Zuwanderer wird unser Land immer beliebter. (...) Deutschland ist auf einem guten Weg und hat eine große Wegstrecke bereits zurückgelegt. Der größte Schritt war wahrscheinlich 1999 die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts. Neben das ius sanguinis trat das ius soli. Seitdem kann Deutscher werden, wer in Deutschland geboren wurde, auch wenn seine Eltern es beide nicht sind. Inzwischen wächst auch die Gelassenheit, doppelte Staatsbürgerschaften als selbstverständlich hinzunehmen. Einige unter Ihnen, liebe Ehrengäste, werden von heute an zwei Pässe besitzen dürfen.

(...) Unser Land braucht Einwanderung. Die demographischen und wirtschaftlichen Begründungen sind schon oft und überzeugend vorgetragen worden. Dabei ist klar: Wir können nicht alle aufnehmen, die kommen möchten. Wir haben begonnen, Einwanderung aktiv zu steuern und klare gesetzliche Voraussetzungen für Zuwanderer zu schaffen. Und für jene, die bereits hier leben, sind Wege zu finden, wie sie ihre Potentiale tatsächlich entwickeln und einbringen können. (...) Dieses, unser Land ist heute, und es ist auch mit Ihrer Ankunft in der Staatsbürgerschaft, nicht vollendet und nicht perfekt. Nach Ihnen werden andere Menschen zu uns kommen wollen. Und es wird weiter Reibung geben und Annäherung. Und Sie werden dann zu den Alteingesessenen gehören und werden, zusammen mit meinen Kindern, neu um Toleranz, Respekt und Teilhabe ringen. In einer offenen Gesellschaft sind es auch die Kontroversen, die zu neuen Normalitäten führen.

Zu dieser Gesellschaft, zu diesem Deutschland sagen Sie heute ganz bewusst „ja“. Und dieses Land sagt „ja“ zu Ihnen.

Quelle : Faz. Net 22/05/2014

Nam:

Heinem:

SERIE LANGUES VIVANTES

ANALYSE LV1

Série Langues vivantes

Oral Analyse LV1 Allemand

TEXTE

HORS PROGRAMME

Experten dringend gesucht

Die Deutschen sind überzeugt davon, dass künftig Fachkräfte fehlen werden. Doch nur jeder Zweite will, dass die Bundesregierung im Ausland um qualifizierte Zuwanderer wirbt.

Gehen Deutschland schon bald die Fachkräfte aus? Solange es viele Arbeitslose im Land gab, interessierte diese Frage kaum jemanden. Inzwischen aber sind über achtzig Prozent der Deutschen überzeugt: In den kommenden Jahren werden Fachkräfte fehlen. Das belegt eine Studie des Meinungsforschungsinstituts TNS Emnid im Auftrag der Bertelsmann Stiftung, die der ZEIT exklusiv vorliegt. Danach erwarten die Befragten einen besonders dramatischen Mangel in der Altenpflege, im Gesundheitssektor, bei der Elektrotechnik und im Maschinenbau.

Sorgen machen sich die Deutschen wegen dieses Trends bislang jedoch kaum. Die allermeisten gehen davon aus, dass sich die Experten schon irgendwo finden lassen. Zwei Drittel glauben etwa, dass offene Stellen künftig verstärkt mit jungen, gut ausgebildeten Menschen aus Spanien und anderen südeuropäischen Ländern besetzt werden können. Zudem sieht eine große Mehrheit das Land im internationalen Wettbewerb um ausgebildete Arbeitnehmer gut aufgestellt: Neun von zehn Befragten gehen davon aus, dass Deutschland für Ausländer "attraktiv" ist. Deshalb hält es auch jeder zweite Deutsche für unnötig, dass die Bundesregierung aktiv gut qualifizierte Ausländer anwirbt.

Tatsächlich scheint die wachsende Zahl von Migranten vor allem aus Süd- und Osteuropa solche Einschätzungen zu stützen. So registrierte das Statistische Bundesamt im vergangenen Jahr einen Zuwanderungsrekord. 2012 kamen über eine Million Ausländer nach Deutschland, so viele wie zuletzt 1995. Zieht man davon jene ab, die wieder weggezogen, wuchs die Gesamtzahl der Einwohner mit Migrationshintergrund immer noch um 369.000, darunter viele junge, sehr gut ausgebildete Menschen aus den Krisenstaaten Europas.

Ob die sich allerdings dauerhaft in Deutschland niederlassen und dann auch noch die nicht besetzten Jobs übernehmen werden, ist sehr umstritten. Nach einer Studie der OECD zieht es viele der europäischen Migranten nur für eine Weile ins Ausland. Sie arbeiten dort, lernen dazu und kehren dann gern in ihre Heimat zurück — wenn es dort wieder Jobs gibt. Sollte die Finanzkrise in Spanien, Griechenland oder Portugal also irgendwann vorbei sein, könnten viele der Zuwanderer wieder zu Auswanderern werden — und Deutschland würden erneut Fachkräfte fehlen.

Was tun? Politiker und Unternehmer müssten strategischer und langfristiger darüber nachdenken, wie sie dem Mangel an Fachleuten begegnen können, mahnt die Boston Consulting Group (BCG). Sie hat für 26 Industrieländer den künftigen Bedarf an Experten analysiert und kommt zu dem Ergebnis: Dass gut ausgebildete Arbeitnehmer fehlen, wird künftig ein Problem "von globaler Dimension". Deutschland sei davon allerdings besonders betroffen — bis 2030 mehr als jedes andere Industrieland.

Gründe gibt es gleich mehrere — und folglich müsste die Gegenstrategie auch an ganz unterschiedlichen Punkten ansetzen. Erstens altert die deutsche Bevölkerung schneller als die der meisten anderen Länder. Nötig wäre also, da sind sich die Experten wie sonst selten einig, eine Ausbildungsoffensive. Doch selbst wenn alle Jugendlichen künftig besser qualifiziert würden, werden sie allein diejenigen, die in Rente gehen, nicht ersetzen können.

Zweitens ist Deutschland von Nachbarländern umgeben, deren Bevölkerungen in Zukunft ebenfalls altern. Der Harvard-Wissenschaftler Michael Clemens beschreibt den Trend so: "Europa wird der erste Kontinent, der den demographischen Abstieg wird managen müssen." Bereits die schwarz-gelbe Bundesregierung hat deswegen die Hürden für kluge Köpfe aus dem nichteuropäischen Ausland gesenkt. Sie hat das Einwanderungsrecht modernisiert und bietet Experten die "Blue Card": Wer ein Uni-Examen und ein Jobangebot mit mindestens 46.000 Euro Jahresgehalt nachweisen kann, darf kommen. In Berufen, in denen es kaum deutsche Bewerber gibt, liegt die Gehaltsgrenze sogar bei 36.000 Euro. Studenten ohne EU-Pass dürfen nach dem Studium für sechs Monate bleiben, um Arbeit zu suchen. Und ausländische Berufsabschlüsse sollen, so legt es ein Gesetz nun fest, schneller als bisher anerkannt werden. Doch der Teufel steckt im Detail: So haben beispielsweise längst nicht alle Bundesländer das Gesetz in Landesrecht umgewandelt.

Pro forma, so bestätigt der Sachverständigenrat für Migration und Integration (SVR), sind wir heute im internationalen Vergleich ein offenes Land. Die SVR-Vorsitzende Christine Langenfeld, spricht sogar von einem "liberalen Einwanderungsrecht", auch wenn es im Detail viele Probleme gebe. Grundsätzlicher aber moniert sie: Deutschland

müsse endlich sein Image als Nicht-Einwanderungsland im Ausland loswerden und ein klares Willkommenssignal an hoch qualifizierte Zuwanderer senden.

Immerhin scheint in diesem Punkt langsam das Problembewusstsein in der Bevölkerung zu wachsen. Denn obwohl sich viele Deutsche nicht für die aktive Anwerbung von ausländischen Arbeitnehmern erwärmen können — sie wollen trotzdem nicht, dass Deutschland ein unwirtliches Land ist für jene, die bereits hier wohnen und arbeiten. So glauben laut TNS Emnid 89 Prozent, dass ausländische Fachkräfte lieber dauerhaft bleiben, wenn es für ihre kleinen Kinder gezieltere Sprachförderung gäbe. 82 Prozent finden es wichtig, dass auch die Ehepartner von Zuwanderern gute Arbeitsmarktchancen bekommen. Und 76 Prozent halten die schnellere Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen für erstrebenswert. So manche kleine Verbesserung der "Willkommenskultur" hätte damit eine satte Mehrheit. VON PETRA PINZLER

Quelle: Zeit online / September 2013

Unter Beifall gibt sie auf und steigt vom Baum

Fünf Tage protestierte eine Frau in Berlin auf einem Baum gegen die Räumung eines Flüchtlingscamps. Ihr Ziel erreichte sie nicht, aber sie wurde zur Symbolfigur.

VON RALF PAULI

Seit fünf Tagen sitzt Napuli Langa in einer Baumkrone, um gegen die Räumung des Flüchtlingscamps auf dem Berliner Oranienplatz zu protestieren. Eine kleine Gruppe, in Sichtweite des Baumes, unterstützt sie. Jetzt, in der Nacht zum Sonntag, will die Polizei die Frau vom Baum holen. Ihren gesundheitlichen Zustand könne man nicht mehr verantworten, sagen Ärzte der
5 Feuerwehr. Napuli Langa ist seit vier Tagen im Hungerstreik. Alles steht bereit, um auch die letzte Aktivistin vom Oranienplatz zu schaffen.

Seit Tagen versucht die Polizei, die Sudanessin zum Herunterkommen zu bewegen. Napuli forderte, mit der Integrationssenatorin der Stadt, Dilek Kolat, zu sprechen. Die erklärte sich bereit, aber
10 "nicht unter einem Baum". Kolat schlug eine nahe Kirche als möglichen Treffpunkt vor. Napuli Langa lehnte ab und beharrte auf der alten Forderung des Protestcamps: ein Bleiberecht für alle Flüchtlinge. "Nicht verhandelbar", kommentiert Polizeisprecher Neuendorf.

Im Oktober 2012 hatten Flüchtlinge das Camp auf dem Oranienplatz in Kreuzberg eingerichtet. Seitdem protestierten sie hier, sie wollten auf ihre schlechte Lage aufmerksam machen und forderten eine liberalere Einwanderungspolitik in Deutschland.

15 Monatelang hatte Integrationssenatorin Kolat zwischen Flüchtlingen und Senat vermittelt und eine Vereinbarung ausgehandelt. Die Stadt versprach Unterkunft und Einzelfallprüfung – im Gegenzug sollten die Flüchtlinge das Protestcamp freiwillig räumen. Nicht alle stimmten dieser Vereinbarung zu. Darunter Napuli Langa. Während andere Flüchtlinge mithalfen, das Camp niederzureißen, kletterte sie mit ein paar anderen auf einen Baum. Schon bald war sie dort allein.

20 Selbst aus zehn Metern Entfernung erkennt man, wie sehr Napuli Langa nach fünf Tagen auf dem Baum leidet. Ihre Bewegungen sind langsam, man fürchtet, sie könne jeden Moment abstürzen. Am Fuß der Platane, direkt hinter einem Sprungtuch, steht die grüne Bezirksabgeordnete Canan Bayram. Viele Flüchtlinge sehen in ihr eine Fürsprecherin des Protestes. Die Politikerin wirkt beunruhigt, redet auf Napuli Langa ein, will sie zur Aufgabe bewegen.

25 Dann kommt plötzlich Bewegung in die Szenerie. Feuerwehrmänner tragen eine Leiter heran und lehnen sie an die Platane. Ein Mann in Zivil steigt empor und bietet Napuli Langa seine Hand als Stütze. Sie ergreift die Hand, klettert um einen Ast herum und steht dann auf der Leiter. Ihre Ohringe funkeln rot und grün im Scheinwerferlicht. Die Menschen auf dem Platz applaudieren. Dann ist sie unten. In eine Wolldecke gehüllt wird sie zum Krankenwagen gebracht und ins
30 Krankenhaus gefahren. Um 22:30 Uhr hat Napuli Langa den Ort verlassen – damit ist das Flüchtlingscamp auf dem Oranienplatz, das vor eineinhalb Jahren eingerichtet wurde, vollständig geräumt.

Freundschaft ja, Kritik nein

Israels Regierungschef Netanjahu bezeichnet den Besuch von Kanzlerin Merkel als Zeichen der Freundschaft. Kritik am Siedlungsbau will er aber nicht hören.

Der israelische Premierminister Benjamin Netanjahu hat den anstehenden Besuch von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und ihrem Kabinett als Zeichen der Freundschaft gewürdigt. Er freue sich "auf einen Austausch mit sehr, sehr guten Freunden", sagte der israelische Ministerpräsident im ZDF. Kritik am Siedlungsbau im Westjordanland wies der Regierungschef aber zurück. Zwar könne es Missstimmigkeiten auch unter Freunden geben, sagte er." Aber wer sagt, die Siedlungen seien das Haupthindernis, muss wissen, dass wir auch nach der Zerstörung all der Siedlungen in Gaza keinen Frieden bekommen haben."

Merkel hatte sich zuvor erneut für eine rasche und stabile Zweistaatenlösung für Israelis und Palästinenser ausgesprochen und betont, dass Israel auch liefern müsse. Sie werde den Besuch in Jerusalem am Montag und Dienstag "auch dazu nutzen, mit dem israelischen Premierminister darüber zu sprechen, was noch an Hürden für einen solchen Prozess auf dem Weg liegt".

Netanjahu machte erneut die Palästinenser dafür verantwortlich, dass die Friedensverhandlungen seit Jahren stocken. Der "Schlüssel zum Frieden" sei weniger die israelische Siedlungspolitik als vielmehr der Wille der Palästinenser, einen nationalen Staat der Juden zu akzeptieren. Beide Probleme müssten angegangen werden. Netanjahu macht die Anerkennung Israels als jüdischen Staat zur Bedingung für ein Ende des jahrzehntealten Konflikts. Palästinenserpräsident Mahmud Abbas lehnt die Forderung mit der Begründung ab, damit werde auf das Rückkehrrecht palästinensischer Flüchtlinge und deren Nachkommen aus dem heutigen Israel verzichtet.

Die Kanzlerin reist heute zusammen mit 16 Ministern und Staatsministern zu den fünften deutsch-israelischen Regierungskonsultationen nach Jerusalem. Noch nie waren so viele deutsche Regierungsmitglieder bei dem deutsch-israelischen Kabinetttreffen, nur Kanzleramtschef Peter Altmaier (CDU) ist nicht dabei. Die Reise hat vor allem starke symbolische Bedeutung. In einer entscheidenden Phase der neuen Nahost-Friedensgespräche will die Bundesregierung ihrem Partner in Jerusalem zeigen, dass er nicht allein ist. [...]

Der israelische Historiker Tom Segev sagte, Deutschland solle "Israel gerade wegen der NS-Vergangenheit und seiner langjährigen Unterstützung Israels davon abhalten, sich selbst zu zerstören." Die fortdauernde Besatzung der Palästinensergebiete mache es "unmöglich, dass wir ein jüdischer und demokratischer Staat bleiben", sagte Segev. " Es wäre Ausdruck großer Freundschaft, wenn man uns davor retten würde."

Merkel trifft am Abend Netanjahu zu einem bilateralen Gespräch. Am Dienstagnachmittag verleiht Staatspräsident Schimon Peres der Kanzlerin den höchsten israelischen Staatsorden.

Fuck you, Deutschland

Die Schweizer haben gegen Zuwanderung aus der EU abgestimmt – und damit vor allem die Deutschen gemeint. Denn sie waren es, die zuletzt in Massen eingewandert waren. Ein Kommentar von Hannes Grassegger

5 So richtig böse will Deutschland auf den reichen Nachbarn im Süden offenbar nicht sein. Eher brav wird hierzulande herum interpretiert, was es denn bedeuten soll, dass die Mehrheit der Schweizer Wähler am Sonntag die von der nationalkonservativen Schweizer Volkspartei SVP, organisierte Initiative zum « Stopp der Masseneinwanderung » angenommen hat. Wolfgang Schäuble beispielsweise, bekanntermaßen ein Freund der Schweiz, will die
10 Eidgenossen ernst nehmen, und glaubt, dass man nun in der EU eine offene Debatte um die Zuwanderung beginnen müsse. Als ob das nicht schon längst der Fall ist. Man muss Schäuble und manchen rechten Politikern europaweit widersprechen. Sie wollen die Abstimmung als "Signal" für Europa sehen, dass die Bevölkerung genug habe von der "Einwanderung". Dabei geht es in der Schweiz nicht um Armutszuwanderung, das hohe Bildungsniveau der hiesigen
15 Zuwanderer belegen zahlreiche Statistiken.

Andere Kommentatoren haben das erkannt und sagen, der Volksentscheid sei eine Absage an die EU: Fuck you EU. Das ist in der Schweiz derzeit eine beliebte Interpretation. Vielleicht, weil es einen Angstentscheid zum Kraftakt umdeutet. Man kann aber noch genauer hinsehen.

20 Wenn man die Schweizer beim Wort nehmen will, dann haben sich diese am Sonntag gegen Masseneinwanderung ausgesprochen, darum ging es in der Abstimmung. Wer sind denn nun diese Massen, die in den letzten Jahren in die Schweiz kamen? Es sind vor allem die Deutschen. Sie waren die Hauptzuwanderer-Gruppe der letzten Jahre. Zumindest in den deutschsprachigen Kantonen. Jene Gebiete der Schweiz also, in der die Mehrheit am Sonntag gegen die Zuwanderung stimmte. Die französischsprachigen Kantone, in die praktisch keine
25 Deutschen ziehen, haben die Initiative abgelehnt. Dabei kommen auch zu ihnen viele Ausländer. Nur eben nicht Deutsche, sondern andere, beispielsweise Franzosen und frankophone Afrikaner.

Es geht auch um die, die schon da sind

30 Die Deutschen stellen mittlerweile nach den Italienern die zweitgrößte Ausländergruppe in der Schweiz. 290.000 Deutsche leben derzeit in der Schweiz. Zwar flacht die Zuwanderung aus Deutschland seit 2012 ab, doch bei dieser Abstimmung ging es ja, wie oft dargelegt, um ein Bauchgefühl, um die gefühlte Einwanderung. Und dabei wurde in den letzten Jahren der Zustrom der Deutschen am lautesten diskutiert. Es reicht von einem eigenen Dossier "Deutsche in der Schweiz" bei der meistverkauften Tageszeitung bis hin zu der
35 aufsehenerregenden Pauschalbehauptung des SVP Jungstars Natalie Rickli, es gäbe zu viele Deutsche in der Schweiz. Später relativierte sie – ein wenig: Sie störe sich nicht an einzelnen Deutschen – aber an deren Masse. Die Deutschen-Ablehnung war in der sonst so zurückhaltenden Schweiz oft ähnlich laut wie bei Rickli.

Aus: *Die Zeit*, 10.02.14

Schröder feiert mit Putin seinen Siebzigsten nach

Während Amerika und Europa neue Sanktionen gegen Moskau verhängen, gibt sich Altkanzler Gerhard Schröder in Russland fröhlich. Er trifft seinen Freund Putin zur nachgeholtten Geburtstagsparty.

5 Altkanzler Gerhard Schröder hat inmitten der Ukraine-Krise örtlichen Medien zufolge mit Kremlchef Wladimir Putin seinen 70. Geburtstag im russischen St. Petersburg nachgefeiert. Putins Wagenkolonne sei am Abend am Jussupow-Palais in der einstigen Zarenhauptstadt vorgefahren, berichtete das Internetportal fontanka.ru am Montagabend. Schröder (SPD) und Putin gelten als enge Freunde.

Bei der Feier handelte es sich demnach um einen Empfang der Nord Stream AG. Schröder ist Vorsitzender des Aktionärsausschusses des Unternehmens, das die gleichnamige Ostsee-Pipeline betreibt und vom russischen Staatskonzern Gazprom dominiert wird.

10 Das gute Verhältnis von Putin und Schröder zeigte sich zuletzt in der Krim-Krise. Putin habe als historisch denkender Mensch gewisse „Einkreisungsängste“, sagte Schröder damals. Weil er Putin nicht „verurteilen“ wollte, zog er einen noch aus seiner eigenen Kanzlerschaft herrührenden Vergleich. Er selbst habe ja einmal gegen das Völkerrecht verstoßen – zu Beginn seiner
15 Regierungszeit im Jugoslawien-Konflikt. „Da haben wir unsere Flugzeuge (...) nach Serbien geschickt und die haben zusammen mit der Nato einen souveränen Staat gebombt – ohne dass es einen Sicherheitsratsbeschluss gegeben hätte.“ Mithin warnte Schröder – bezogen auf die Gegenwart – vor „erhobenem Zeigefinger“.

20 Auch Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsident Erwin Sellering (SPD) sollte an dem Empfang teilnehmen. Seine Russland-Reise wird angesichts der sich weiter zuspitzenden Lage in der Ostukraine von Kritik begleitet. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Europäischen Parlaments, Elmar Brok (CDU), sagte am Montag, die Reise sei zum jetzigen Zeitpunkt ein falsches
Signal. Man könne nicht „business as usual“ machen und auf Feierstunden gehen, während die Vereinigten Staaten weitere Sanktionen gegen russische Regierungsmitglieder verhängen.

25 Die Vereinigten Staaten und die Europäische Union hatten zuvor eine weitere Runde von Strafmaßnahmen bekanntgegeben. Die US-Sanktionen treffen 17 Unternehmen und auch einige der engsten Vertrauten von Präsident Wladimir Putin, darunter führende Wirtschaftsvertreter. Die EU fror die Konten weiterer Personen ein. Die EU-Botschafter einigten sich in Brüssel darauf, 15 weitere Personen auf ihre Sanktionsliste gegen Russland zu setzen. Zunächst blieb unklar, wer auf die ergänzte EU-Sanktionsliste gesetzt wurde. Diese wird aller Voraussicht nach erst am Dienstagvormittag im EU-Amtsblatt veröffentlicht, wie es in Brüssel hieß.

30 Auch Sanktionen gegen Putin persönlich wollte der stellvertretende Sicherheitsberater Tony Blinken am Sonntag für die Zukunft nicht ausschließen. An diesem Montag stellte Präsident Barack Obama jedoch klar: „Das Ziel ist nicht, Herrn Putin persönlich zu verfolgen“. Er solle stattdessen ermutigt werden, „nicht nur darüber zu sprechen, die Krise in der Ukraine diplomatisch zu lösen, sondern das auch tun“.

Mehr Verantwortung für Afrika

Verbündete fordern mehr deutsches Engagement auf dem afrikanischen Kontinent, für den auch der Entwicklungsminister ein neues Konzept entwirft. Verteidigungsministerin von der Leyen will einen stärkeren militärischen Beitrag leisten - von Mali aus.

Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen kündigte am Wochenende an, der Schwerpunkt eines stärkeren militärischen Beitrages zur Stabilisierung afrikanischer Krisenländer werde in Mali liegen. Sie sagte der Zeitschrift *Der Spiegel*, Deutschlands Verbündete, allen voran die Franzosen, erwarteten, dass die Bundeswehr ihre Ausbildungstätigkeit in Mali verstärke; vorstellbar sei eine Erhöhung des deutschen Kontingents um 70 auf 250 Soldaten.

Der von der französischen Armee begonnene Sicherungseinsatz in Bangui, der Hauptstadt der Zentralafrikanischen Republik, soll zu einer europäischen Überbrückungsmission ausgeweitet werden, die zumindest den Flughafen der Hauptstadt als Brückenkopf sichern soll. Die Bundesregierung rechnet offenkundig damit, dazu Lufttransportfähigkeiten beisteuern zu sollen.

Schon in den vergangenen Wochen haben die Franzosen in drei Fällen Bedarf angemeldet und sich dabei auch nach möglicher Hilfe durch die deutschen Transportflugzeuge vom Typ Transall C-160 erkundigt, welche die Bundeswehr in der malischen Hauptstadt Bamako stationiert hat. Diese Transporter kamen bislang jedoch nicht zum Einsatz.

Die Verteidigungsministerin hat womöglich auch wegen der schon deutlich beanspruchten deutschen Transportkapazitäten den Einsatz der deutschen militärischen Airbus-A310 Flotte ins Spiel gebracht. Die Bundeswehr verfügt über sechs solcher Flugzeuge, die fast alle mit verschiedenen Umrüst-Sätzen zu Passagiertransportern, Tankern oder Medizinischen Intensivstationen (MedEvac) umgebaut werden können.

In der medizinischen Evakuierungs-Version nehmen die Flugzeuge im Vergleich zu den Sanitäts-Transportmitteln anderer Armeen eine Spitzenstellung ein. Von der Leyen sagte am Wochenende, falls kein anderer Verbündeter diese Fähigkeit für den Einsatz der Europäer anbiete, dann solle dies die Bundeswehr tun. Voraussetzung dafür sei, dass „der Flughafen in Bangui gesichert wird“; selbstverständlich müsse dieser Einsatz dann auch vom Bundestag mandatiert werden. Von der Leyen wiederholte, sie sei sich mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und Außenminister Frank-Walter Steinmeier einig darin, „dass es da nicht um einen deutschen Kampfeinsatz geht“.

Die verteidigungspolitische Sprecherin der Grünen, Agneszka Brugger, warf von der Leyen vor, sie agiere „gefährlich und kopflos“, wenn sie jetzt fordere, Deutschland solle sich stärker militärisch in Afrika engagieren. Der neue Entwicklungshilfeminister Gerd Müller (CSU) sagte unterdessen der Zeitung „Bild am Sonntag“, sein Haus werde in den nächsten Monaten ein neues entwicklungspolitisches Konzept für Afrika entwerfen.

SERIE LANGUES VIVANTES Aus : *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 26.1.2014

ANALYSE LV2

TEXTE

HORS PROGRAMME

„Wäre das nicht eine menschliche Geste?“

Im Bundestag hat die Opposition der Regierung abermals Tatenlosigkeit bei der Aufklärung der NSA-Affäre vorgeworfen. Der Grünen-Politiker Ströbele fragte die Kanzlerin, ob sie sich nicht bei Edward Snowden bedanken wolle.

5 Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat die amerikanische Regierung aufgefordert, die NSA-Spionagevorwürfe restlos aufzuklären. Merkel sagte während einer Regierungserklärung im Bundestag: „Die Vorwürfe sind gravierend. Sie müssen aufgeklärt werden. Und wichtiger noch: Für die Zukunft muss neues Vertrauen aufgebaut werden.“ Die Opposition sprach vom „größten
Datenschutz- und Geheimdienstskandal aller Zeiten“ und hielt der Bundesregierung abermals Tatenlosigkeit vor. Vorausgegangen waren der Debatte zahlreiche Berichte über Ausspähaktivitäten der amerikanischen National Security Agency, die beschuldigt wird, weltweit Internetdaten und Telefonate abzufangen.

10 Der Linke-Fraktionsvorsitzende Gregor Gysi schlug in der Debatte Edward Snowden für den Friedensnobelpreis vor und kritisierte die Bundesregierung. Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) habe „sich einlullen lassen“ und verletze seinen Amtseid. Der Grünen-Abgeordnete Christian Ströbele fragte die Bundeskanzlerin, ob sie sich nicht bei Edward Snowden bedanken wolle. Ihm sei es zu verdanken, dass ihr Handy zurzeit nicht abgehört werde. „Wäre das nicht eine menschliche
15 Untersuchungsausschuss zu dem Thema.

Merkel sagte, trotz der NSA-Affäre „sind und bleiben das deutsch-amerikanische und das transatlantische Verhältnis von überragender Bedeutung für Deutschland und genauso für Europa“. Die Bundeskanzlerin fügte hinzu, die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen würden
20 „gegenwärtig ganz ohne Zweifel durch die im Raum stehenden Vorwürfe gegen die USA um millionenfache Erfassung von Daten auf eine Probe gestellt“.

Friedrich sagte, „dass die Informationspolitik unserer amerikanischen Freunde leider zu wünschen übrig lässt“. Er verteidigte die Kooperation der Nachrichtendienste, etwa zur Gewährleistung der Sicherheit der Soldaten in Afghanistan. Wegen des „Schweigens der amerikanischen Freunde“ gebe es aber „allerhand Verschwörungstheorien“. Das Vertrauen sei gestört. Notwendig sei nun eine
25 „digitale Grundrechtscharta“.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Frank- Walter Steinmeier (SPD) nannte das Abhören des Kanzler-Telefons unerträglich. Rasche Aufklärung sei nötig. Er habe „keine Freude an diesem transatlantischen Streit“, aber alle Versuche, das Geschehen zu „bagatellisieren“ seien inakzeptabel. Man könne darüber auch nicht mit einem unverbindlichen Abkommen hinweg kommen. Spionage
30 gegen Freunde sei „nicht hinzunehmen“.

Wahl 2013: Strache dankte Fans für "blaues Wunder"

Heinz-Christian Strache wird offenbar nicht nur von seinen nächsten geliebt. Der FPÖ-Chef kletterte mit der FPÖ bei der Nationalratswahl deutlich über die 20-Prozent-Marke und schaffte sein Wahlziel.

Von früheren Träumereien, die FPÖ 2013 mit einem Drittel der Stimmen an die Spitze der Wählergunst zu führen, hatte man sich nach dem Erscheinen Frank Stronachs auf der Politbühne schon länger verabschiedet.

5 Strache versuchte sich im Wahljahr in neuer Rolle. Der FPÖ-Chef war nicht der zornige Angreifer, der sich mit plump ausländerfeindlichen Sprüchen in den Mittelpunkt zu schieben versuchte, sondern er gab sich als eine Art Liebesbringer. Dass sich hinter der "Nächstenliebe"-Kampagne ein Ausländer-Wahlkampf neuen Zuschnitts verbarg, hat der FPÖ wohl auch eher genutzt als geschadet.

10 Insgesamt versuchten sich die Freiheitlichen und damit auch Strache mit sanfteren Tönen als auch schon. Offenbar um die traditionelle FPÖ-Schwäche bei Frauen zu bekämpfen, wurde vom Spitzenmann immer wieder ein Hauch Esoterik eingebaut. Mit seiner Verlobten Andrea Eigner gab der zweifache Vater medial zudem gerne den romantischen Galan.

15 Dieser Image-Wechsel ist ein recht scharfer, wenn man Straches politischen Werdegang ansieht. Als junger Mann macht der heute 44-Jährige noch bei "Waldspielen" mit, die an Wehrsportübungen erinnerten. Im Haus von NDP-Gründer Norbert Burger, mit dessen Tochter Strache liiert war, ging der heutige FP-Chef aus und ein. Und noch 2004 bereits als Wiener FPÖ-Obmann wollte sich Strache mit einem Kontrahenten im Rahmen eines Burschenschaftler-Streits duellieren.

20 Diese Zeiten hat der FPÖ-Obmann, einst jüngster Bezirksrat Wiens, längst hinter sich gelassen. Heute gelten die ganz Rechten in seiner Partei Strache als lästig, vertreiben sie doch eher Wähler als neue anzulocken. Als innerparteilicher Erfolg ist in dem Zusammenhang zu werten, dass es der FPÖ-Chef und seine Vertrauten schafften, den Dritten Nationalratspräsidenten Martin Graf von den freiheitlichen Wahllisten zu bringen.

25 Dass Strache heute dieses Standing in der Partei hat, ist nicht nur cleveren Beratern wie Generalsekretär Herbert Kickl zu verdanken, sondern auch Folge eines blauen Helden-Mythos, der den Obmann umweht. Als sich Jörg Haider mit dem freiheitlichen Regierungsteam und beinahe dem gesamten Parlamentsklub ins BZÖ¹ verabschiedete, wussten die Verbliebenen, dass nur noch der aufstrebende Zahntechniker aus Wien-Landstraße das politische Begräbnis der FPÖ verhindern konnte.

30 Warum Strache beim Volk ankommt, ist schwer zu sagen. Weder ist er ein brillanter Rhetoriker noch glänzt er sachpolitisch. Atouts sind wohl, dass er gut aussieht, immer dem aktuellsten modischen Stand gemäß gekleidet ist und den Kontakt mit dem Wähler nicht scheut.

Wohin die weitere Reise Straches führt, bleibt abzuwarten - in die Regierung wohl eher nicht. Bremsen wird das seine Versuche, wahlweise Wiener Rathaus oder Kanzleramt zu entern wohl nicht.

SERIE LANGUES VIVANTES

Aus: *Salzburger Nachrichten*, 29.9.2013

ANALYSE LV2

TEXTE

1 Bündnis Zukunft Österreich

HORS PROGRAMME

Nahles: vier Millionen werden profitieren

5 **Mindestens 8,50 Euro Stundenlohn sollen ab 2015 gezahlt werden. Rund vier Millionen Arbeitnehmer werden davon profitieren, sagt Arbeitsministerin Nahles. Doch der Mindestlohn gilt nicht ganz ohne Ausnahmen. Die Linkspartei sieht eine Verletzung des Grundgesetzes.**

10 Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) hat den geplanten flächendeckenden Mindestlohn von 8,50 Euro gegen Kritik verteidigt. "Arbeit wird wieder gerecht entlohnt", sagte die Ministerin am Mittwoch, nachdem das Kabinett den Gesetzentwurf verschiedet hat. Rund vier Millionen Arbeitnehmer in Deutschland würden von dem Mindestlohn profitieren, sagte die SPD-Politikerin. Wenn das Gesetz voraussichtlich am 4. Juli vom Bundestag verabschiedet werde, könne man von einem "historischen Tag" sprechen. Der Gesetzentwurf sieht vor, die Lohnuntergrenzen zum Jahresbeginn 2015 in Kraft zu setzen. Für Branchen mit darunter liegenden Tariflöhnen gilt allerdings eine zweijährige Übergangsfrist. Ausgenommen werden sollen Langzeitarbeitslose in den ersten sechs Monaten nach einer Neueinstellung. Zudem gilt der Mindestlohn erst ab dem Alter von 18 Jahren. Künftig soll eine unabhängige Kommission über die Höhe des Mindestlohns entscheiden. Eine Erhöhung soll es demnach erstmals ab dem Jahr 2018 geben können.

20 Nahles verteidigte die geplanten Ausnahmen. Es sei eine "ausgewogene Lösung" gefunden worden, sagte die Arbeitsministerin. Sie gehe davon aus, dass Langzeitarbeitslosen durch die Regelung eine "Brücke in den ersten Arbeitsmarkt" gebaut werde. Nach einem halben Jahr gelte auch für sie der Mindestlohn uneingeschränkt. Nahles kündigte an, dass sie die Bemühungen verstärken will, Langzeitarbeitslose in Arbeit zu bringen. [...]

25 In den vergangenen Wochen war aus den Reihen von Union und Wirtschaft die Forderung laut geworden, Langzeitarbeitslose bei Annahme einer Arbeit ein Jahr vom Mindestlohn freizustellen. Andernfalls sei die Job-Hürde für diese Personengruppe zu hoch. Bislang war in dem Entwurf vorgesehen, dass Langzeitarbeitslose nur dann ein halbes Jahr nicht nach Mindestlohn bezahlt werden müssen, wenn ihr Arbeitgeber Lohnkostenzuschüsse der Bundesagentur für Arbeit bekommt. Diese Einschränkung ist jetzt weggefallen. Insgesamt fanden im vergangenen Jahr etwa 180.000 Langzeitarbeitslose einen Job, hieß es aus 30 Regierungskreisen. Nur für einen Bruchteil von ihnen flossen jedoch Lohnkostenzuschüsse.

35 Die geplanten Ausnahmen für junge Leute bis 18 Jahre ohne Ausbildung werden anders begründet: Es soll verhindert werden, dass sich Betroffene für Arbeit statt Ausbildung entscheiden. Union und Wirtschaft forderten, diese Altersgrenze deutlich anzuheben. Grund: Die Mehrzahl der jungen Leute beginne die Ausbildung erst mit 19 oder später. Bei berufsvorbereitenden Praktika von bis zu sechs Wochen Dauer und Pflichtpraktika während der Ausbildung soll der Mindestlohn genau so wenig gelten wie für ehrenamtliche Tätigkeiten

Aus: *Tagesspiegel*, 02.04.2014

Bitte Geld ausgeben, Frau von der Leyen!

Der Verteidigungsausschuss fürchtet einen Investitionsstau bei Rüstungsprojekten. Schon im Vorjahr lagen die Ausgaben unter Plan. Die Abgeordneten haben deshalb einen ungewöhnlichen Appell verfasst.

5 Den Termin mit den "Campusküken" ließ sich Ursula von der Leyen nicht entgehen. Die Verteidigungsministerin hat sich vorgenommen, die Streitkräfte familienfreundlicher zu machen. Und da ist die Eröffnung einer Kinderkrippe auf dem Gelände der Bundeswehr-Universität in München natürlich ein schöner Beleg dafür, dass dieses Vorhaben vorankommt. Die erste Betreuungseinrichtung der Truppe für Kleinkinder bis drei Jahre bietet
10 alles, "um Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen", sagte die CDU-Politikerin bei ihrer Visite in Bayern. Tatsächlich schmückt sich von der Leyen mit fremden Federn. Denn die Planungen für die Campuskrippe begannen bereits im November 2005, also just in jenem Monat, in dem aus der niedersächsischen Landespolitikerin von der Leyen die Bundesfamilienministerin wurde. Der erste Spatenstich erfolgte 2013 unter
15 Verteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU). Immerhin ist die Kinderkrippe ein Projekt ihres Vorgängers, mit dem von der Leyen hausieren gehen kann.

Andere Hinterlassenschaften de Maizières bereiten ihr eher Probleme. Dazu zählt insbesondere die Haushaltsplanung für 2014. Jüngst musste die Ministerin im Bundestag eingestehen, dass ihr Ressort im vorigen Jahr rund 1,5 Milliarden Euro der vom Parlament
20 bewilligten Gelder für Rüstungsprojekte nicht ausgegeben hatte. Das ist insofern ein Problem, als die Ausgaben nicht wegfallen, sondern sich nur in die Zukunft verschieben – und damit andere fest eingeplante Vorhaben blockieren könnten. Kurz: Durch seine finanzielle Fehlplanung verschenkt das Verteidigungsministerium Geld, das eigentlich dringend
25 gebraucht wird. Es handele sich um eine "einmalige Verzögerung" in der Vergangenheit, beteuerte von der Leyen. Die Abgeordneten sind sich da nicht so sicher. Jedenfalls beschloss der Verteidigungsausschuss auf Initiative der Fraktionen von Union und SPD gerade einen reichlich ungewöhnlichen Antrag.

"Das Bundesministerium der Verteidigung wird aufgefordert", so heißt es in dem Papier, das der "Welt" vorliegt, "das Beschaffungswesen so zu steuern, dass sichergestellt ist, dass zur
30 Verfügung stehende Haushaltsmittel im jeweiligen Haushaltsjahr tatsächlich vollständig abfließen." Das Parlament appelliert also an von der Leyen: Bitte gib das Geld auch aus, das wir dir bewilligen!

Es ist nämlich keinesfalls sicher, dass dieses Vorhaben gelingt. Der für den Haushalt zuständige Ministerialdirektor des Wehrressorts, Paul Jansen, skizzierte die Lage in einem
35 Vortrag vor der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik so: Aufgrund der langen Regierungsbildung im vorigen Jahr sei das erste Halbjahr 2014 durch eine "vorläufige Haushaltsführung" gekennzeichnet. Bis zur Verabschiedung des Etats durch den Gesetzgeber im Sommer könnten neue Vorhaben also "haushaltsmäßig nicht auf den Weg gebracht werden". Die Zuhörer verstanden Jansens Botschaft so, dass es zweifelhaft sei, ob der Abfluss
40 der Mittel für Rüstungsprojekte 2014 sichergestellt werden kann.

Deutsch-Türke gibt den neuen Sarrazin

Akif Pirincci wurde als Autor von Katzenkrimis berühmt. Jetzt poltert er gegen Muslime und Homosexuelle

5 Irgendetwas muss passiert sein. Etwas, was den Wandel vom erfolgreichen Krimiautor zum politischen Brachial-Provokateur erklärt. 23 Jahre ist es her, dass Akif Pirincci quasi über Nacht zu einem der meistgelesenen Autoren Deutschlands aufstieg. Die Romane waren geistreich, zynisch, brutal und vor allem unglaublich lustig. Ihr Verfasser passte perfekt zu dem Aufstiegsmärchen: ein Gastarbeiter-Sohn, geboren in Istanbul, mit zehn Jahren nach Deutschland gekommen, aufgewachsen in der Eifel. Mit Anfang 30 war Pirincci nicht nur
10 berühmt, sondern auch so gut in seiner Rolle des erfolgreichen, integrierten, aber unangepassten Autors, dass er zum Liebling der Talkshows avancierte. Er werde "mit 40 der erfolgreichste Autor Europas" sein, gab er damals einer "Spiegel"-Reporterin zu Protokoll.

Inzwischen ist Pirincci Anfang 50 und nicht der erfolgreichste Autor Europas, aber bald vielleicht der bekannteste Provokateur Deutschlands nach Thilo Sarrazin. Das liegt an seinem
15 Buch "Deutschland von Sinnen", das auf Platz eins der Amazon-Bestsellerliste landete. In ihm wütet Pirincci gegen Muslime, Gender-Mainstreaming und die angebliche Privilegierung von lesbischen und schwulen Minderheiten. Dass Kunden dieses Buches auch gern Sarrazin und ähnliche Werke anderer Autoren lesen, wie Amazon vermerkt, kann da nicht weiter überraschen. Jene, die sich im öffentlichen Diskurs permanent unterdrückt fühlen, haben
20 einen neuen Propheten gefunden. [...]

Die Türken seien früher integrierter gewesen, kein Kopftuch nirgends, aber das habe ja die "grün-rot versifftete Politik" zunichtegemacht. In den sozialen Netzwerken verbreitete sich das Interview im Nu, wurde beifällig und empört kommentiert. Erschrocken über die zahlreichen
25 Reaktionen, nahm das ZDF das Interview aus der Mediathek. Später stellte es eine Version ein, in der die heftigsten Zitate herausgeschnitten worden waren. Pirincci sieht sich nun verfehmt. Auf seinem Blog informierte er seine Anhänger über den Vorgang. Dieser sei der Beleg dafür, dass "das Staatsfernsehen von diesen rot-grünen Wichsern beherrscht wird". Aber auch im Buchhandel seien "die sozialistisch totalitären Soldaten unterwegs" – so habe ihm sein Verlag mitgeteilt, dass einige Buchhandlungen sein Werk nicht auslegen wollten.
30 Nur die Moderatorin nahm er in Schutz: Diese sei ein Opfer wie er selbst, denn ihr habe die Aufnahmeleitung während des Gesprächs ständig "abwürgen, abwürgen, abwürgen" via Kopfhörer ins Ohr gezischt.

Dass Pirincci sich nicht zum ersten Mal als missverstandenes Opfer fühlt, lässt sich in Interviews nachlesen. Im "Spiegel" beklagte er, sein Talent sei jahrelang missachtet worden.
35 1999 beschwerte er sich im Gespräch mit der "Welt" darüber, dass die Literaturkritik ihn, den "deutschen Starautor", ignoriere. Pirincci lebt in einem gutbürgerlichen Viertel in Bonn mit niedriger Migrantendichte. Warum er, einst ein bissig-kluger Analytiker, den interessanten Ansatz seines Buches – ein Migrant analysiert kritisch das Verhalten von türkischen Zuwanderern – durch Fäkalsprache und Verschwörungstheorien zunichtemacht, wird wohl
40 sein Geheimnis bleiben. "Politik hat in der Kunst nichts verloren", sagte er einmal. Er selbst hat sich nicht daran gehalten.

German Schadenfreude

Uli Hoeneß geht ins Gefängnis, das steht fest, seit der Staatsanwalt auf Revision verzichtet hat. Es ist das Ende eines spektakulären Prozesses, der auch zu einem Fanal wurde: Selten gab es für einen Angeklagten so viel Häme. Woher kommt diese Wut?

5 Schadenfreude gilt als sehr deutsche Eigenschaft, weshalb das Wort ein teutonischer Exportschlager ist. Im Englischen, zum Beispiel, heißt die Eigenschaft, einen, der am Boden liegt, auch noch zu verhöhnen, schlicht: Schadenfreude. Der Prozess gegen Uli Hoeneß in der letzten Woche wurde zu einem Fanal von good old German Schadenfreude. "Richter macht ihn rein", titelte der "Berliner Kurier", "Der Runde muss ins Eckige" die "BZ" und nicht einmal die "taz", sonst Insel des *Juste Milieu* und der Gutmenschen, konnte sich zurückhalten:
10 "Mia san hier" spottete sie und zeigte einen rot-weißen Schal, der aus einem Gefängnisfenster hängt.

Die Strafsache Hoeneß wurde von vielen Medien inszeniert wie Entertainment, in einem Maß, wie so etwas in der Bundesrepublik noch nicht stattgefunden hat. Wie ein Fußballspiel, bei dem es darum geht, den anderen nicht nur zu besiegen, sondern auch noch zu erniedrigen. Ein
15 strafprozessliches Dschungelcamp, es fehlte nur noch, dass der Verurteilte mit dem legendären Festgeld seines Vereins geteert und gefedert worden wäre.

Woher kommt diese Wut? Immerhin hatte Hoeneß sich im Gegensatz zu allen anderen prominenten deutschen Steuersündern selbst angezeigt, schlampig, chaotisch, in Panik, mit einer viel geringeren Summe als die obszön-kriminellen 28,5 Millionen Euro Steuerschulden,
20 aber wie der Richter sagte, "ans Messer geliefert haben Sie sich selbst".

Hoeneß und der FC Bayern, das ist eine Erfolgsgeschichte, aber es ist eine, die alle anderen deutschen Fußballvereine demütigt, durch die Siege natürlich, aber auch durch die Art wie sich Hoeneß über Jahrzehnte präsentierte. "Wir müssen arroganter werden", sagte er, wenn einer es wagte, die Bayern zu kritisieren. Es ging so weit, dass es die Generation Kahn
25 genoss, wenn bei Auswärtsspielen die Fans des Gegners wütend gegen den Bayern-Buschlugen. Jetzt sprechen die Trainer anderer Mannschaften oft von der "besten Mannschaft der Welt". Aber sie tun es mit zusammengebissenen Zähnen. Naturgemäß, denn natürlich wäre jede Mannschaft gerne die beste der Welt. Aber sie sind nur noch Punktelieferanten für den Erfolgsclub aus München. So etwas schmerzt.

30 Für die meisten Deutschen ist der FC Bayern der reiche Nachbar, der sich alle drei Monate ein neues, noch schnelleres, noch teureres Auto kauft. Der Nachbar, der in einer Villa wohnt, und der einem, wenn man ihn einmal zufällig beim Bäcker trifft, erzählt, dass er jetzt in den Urlaub fährt, in ein gerade erworbenes Schloss am Meer in Südfrankreich.

Der Vater Teresa vom Tegernsee, die Spenden, die Wohltaten, geschenkt. Am Ende
35 arbeiteten sie sogar gegen Hoeneß, weil sie ihn als den Heuchler entlarvten, der er eben auch war. Wie einen Dagobert Duck, der sein Portfolio noch mit den Gesten des Altruismus großkotzig bestückt. Nun tut Hoeneß das einzig Richtige: Er geht ins Gefängnis. Er verzichtet darauf, mit Geld noch neue Tricks zu kaufen. Er zieht das quälende Schauspiel nicht noch in die Länge.

Jetzt regiert das Misstrauen

In der Spähaffäre um Merkels Handy haben die USA eine Grenze überschritten. Jetzt wurde auch noch bekannt, dass die NSA 35 internationale Spitzenpolitiker überwachte. Plötzlich verstehen sich die transatlantischen Partner nicht mehr - auch weil sie aneinander vorbeireden, wenn es um Überwachung geht.

5 Eben erst hatte Angela Merkel gefordert, dass nun "Vertrauen wieder hergestellt" werden müsse. Mit harschen Worten hatte die Kanzlerin den mutmaßlichen Spähangriff der US-Geheimdienste auf ihr Handy verurteilt. "Ausspähen unter Freunden", so sagte sie es am Donnerstag, "das geht gar nicht. Wir sind Verbündete, aber solch ein Bündnis kann nur auf Vertrauen aufgebaut sein." Vertrauen also ist Merkels zentrales Maß. Doch kurz darauf der
10 nächste amerikanische Vertrauensbruch. So berichtet der britische "Guardian" unter Berufung auf ein Dokument aus dem Fundus von Edward Snowden, die NSA habe die Telefonkommunikation von 35 internationalen Spitzenpolitikern überwacht.

Dazu habe der Geheimdienst von einem Beamten der US-Regierung 200 Nummern erhalten. Das entsprechende Dokument soll aus dem Jahr 2006 stammen, also aus der Zeit der
15 Regierung von George W. Bush. Der US-Präsident Barack Obama steckt bedrohlich in der Klemme. Innenpolitisch ist er gerade erst dem Government Shutdown entkommen - jetzt muss er den außenpolitischen Shutdown fürchten, gemacht von engsten Verbündeten wie Deutschland und Frankreich. Manche Politiker in Europa drohen mit einem Verhandlungsstopp beim Freihandelsabkommen oder eingeschränkter Anti-Terror-
20 Zusammenarbeit.

Emotionale Entfremdung

Längst also geht es um Amerikas Wirtschafts- und Sicherheitsarchitektur selbst. Das Missmanagement im Weißen Haus habe zu einem "politischen Tsunami in Europa" geführt, mahnt Annette Heuser von der Bertelsmann Foundation in Washington. Sollte das
25 Freihandelsabkommen scheitern, werde nichts aus den 740.000 erwarteten neuen US-Arbeitsplätzen. Der Kongressabgeordnete Jim Gerlach, Chef der "deutschen Fraktion" im Parlament, hofft, "dass sich die NSA nicht auf Aktivitäten eingelassen hat, die unsere bilateralen Beziehungen mit Deutschland untergraben würden".

30 Und dann ist da noch die emotionale Entfremdung. Ihren größten Einfluss in der Welt hatten die USA in ihrer Rolle als gütige Führungsmacht. Plötzlich aber werden sie von ihren engsten Alliierten als Bedrohung empfunden. Das Handy der Kanzlerin überwachen? "Unter befreundeten Regierungen eine Sauerei", so SPD-Chef Sigmar Gabriel. [...]

35 Mag sein, dass der Kern des Problems ein Missverständnis ist zwischen Europa und den USA. Geheimdienst und Überwachung - das ist, ganz anders als in Europa, durchaus positiv besetzt in Amerika. Was in Deutschland Spitzelei heißt, firmiert hier unter Monitoring. Die Frage also ist nicht: Dürfen wir das? Die Frage ist: Lohnt sich das? Deutschland müsste im Gegenzug die andere historische Erfahrung Amerikas sehen: "Spionage hat hier eine wichtige Schutzfunktion und ist kein Unterdrückungsinstrument." Fraglich allerdings, ob sich Angela
40 Merkel die Wiederherstellung von Vertrauen so vorstellt.

Treffen zwischen Merkel und Putin: der böse Blick

Von Markus C. Schulte von Drach

Die deutsche Bundeskanzlerin und der russische Präsident treffen sich während der Feierlichkeiten zum 70. Jahrestag des D-Day. Die Begegnung steht im Schatten der Ukraine-Krise. Und kaum jemals war Angela Merkel stärker anzusehen, wie schwierig es sein kann, diplomatisch aufzutreten. Seit klar war, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel und Präsident Wladimir Putin sich bei den

5 Feierlichkeiten zur Erinnerung an den D-Day in Frankreich treffen würden, war die Spannung groß: Wie würde die Begegnung der deutschen Regierungschefin und des russischen Staatschefs vor dem Hintergrund des Konfliktes in der Ukraine aussehen? Die Erfahrung sprach dafür, dass beide mit der Situation souverän umgehen würden. Dass es dieses Mal besonders schwer war, wurde bei der Begegnung allerdings sehr deutlich.

10 Es war das erste Treffen zwischen Merkel und Putin seit dem Beginn der Unruhen in der Ukraine und der Annektion der Krim durch Russland. Sie wollten darüber sprechen, was beide Seiten voneinander erwarten oder sogar fordern, damit das beschädigte Verhältnis zwischen Russland und dem Westen sich wieder normalisieren kann. Die Vorwürfe gegenüber Putin und der russischen Regierung wiegen schwer. Und der Kanzlerin war kaum jemals stärker anzusehen, wie hart es für

15 sie gewesen sein muss, beherrscht aufzutreten.

Was eine Kamera für die Ewigkeit festhält, zeigt immer nur einen Sekundenbruchteil im Mienenspiel des Fotografierten. Gibt dieser Mensch tatsächlich seine wahren Gefühle preis? Oder handelt es sich nur um eine Momentaufnahme, einen Moment, in dem die Mimik sich gerade verändert und dessen Abbildung dann gezielt in den Zusammenhang mit dem Inhalt einer Nachricht

20 gestellt wird? Der Augenblick, in dem Angela Merkel und Wladimir Putin sich die Hand geben, darf wohl tatsächlich als Spiegel ihrer Befindlichkeiten interpretiert werden. Denn Angela Merkel verurteilt das Vorgehen Russlands in der Ukraine einerseits, andererseits will sie die Tür der Diplomatie weiter offen halten. Die Hoffnung stirbt bekanntlich zuletzt - sie will sie noch nicht aufgeben. Wladimir Putin seinerseits steht weiterhin ausdrücklich zum bisherigen Vorgehen

25 Russlands auf dem Staatsgebiet seines westlichen Nachbarn und will kein Risiko eingehen, durch Zurückhaltung daheim seinen Ruf als harter Vertreter der russischen Interessen zu beschädigen. Die Skepsis, die sich in diesem Augenblick im Gesicht beider ausdrückt, spiegelt demnach ihre innere Haltung wider. Oder aber - was nicht ausgeschlossen werden kann - beide inszenieren genau das, was die Zuschauer hier wahrzunehmen glauben.

30 In der Normandie können der Westen und Russland gemeinsam den Anfang vom Ende des Dritten Reiches vor 70 Jahren feiern. Wie traurig, dass es heute - lange nach dem Ende des Kalten Krieges - so ungeheuer anstrengend ist, auch nur miteinander zu sprechen.

Süddeutsche Zeitung, 6.6.2014

SERIE LANGUES VIVANTES
ANALYSE LV2
TEXTE
HORS PROGRAMME

Wenn Rechtsextreme tanzen lernen

«0 % rassistisch, 100 % identitär», werben die Identitären im Internet gegen Multikulti und den Islam. Jetzt wollen sie sich auch in der Schweiz etablieren. Von Jeremias Schulthess

Sie tragen Schweinemasken, halten Schilde in die Luft und tanzen zu russischer Hard-Bass-Musik. So hat man Rechtsextreme noch nie gesehen. Was auf den ersten Blick harmlos oder gar witzig aussieht, entpuppt sich als hetzerischer Aktionismus gegen eine liberale Gesellschaftsform.

5 Die «Identitäre Bewegung» hat in Deutschland, Österreich und Frankreich einige Anhänger – in der Schweiz versucht sie gerade, Fuss zu fassen. Die Bewegung entstand aus dem französischen «Bloc identitaire», die Ideologie ist ein buntes Gemisch aus nationalistischen, rassistischen und nicht zuletzt antikapitalistischen Strömungen. Die Wissenschaft nennt es «Ethnopluralismus». Ihre Aktionen sind einfach gestrickt und erreichen über Youtube ein grosses Publikum.

10 Wie keine andere Gruppierung aus dem rechten Spektrum verstehen die Identitären den Umgang mit neuen Medien. So kommt ihr Internetauftritt auch nicht in verstaubter Nazi-Schrift daher, sondern zeigt eine perfekte grafische Aufmachung. «0 % rassistisch, 100 % identitär» heisst der Slogan der Bewegung. Aufwendig inszeniert erklärt auch ein Video-Blog, warum die Identitären keine Rassisten seien. «Im Gegenteil», meint der Blogger. Die Identitären setzten sich für alle Völker ein, sie seien nur gegen die Vermischung der Kulturen. «Wir lieben die Vielfalt», verspricht
15 der Schriftzug auf einem Bild. Alles wunderbar, wo ist das Problem?

Der Freiburger Rassismusforscher Damir Skenderovic erklärt, die Gruppierung versuche sich vom Rassismusbegriff zu distanzieren. «Auf diskursiver Ebene wird mit anderen Begriffen wie Identität oder auch Kultur operiert, aber sie verfolgen weiterhin diskriminierende Ziele.»

20 Ist es diskriminierend, wenn man seine Identität behalten möchte und sich gar für die Vielfalt der anderen Kulturen einsetzt? «Es geht um eine Naturalisierung und Biologisierung von kollektiver Identität. Die Identitären meinen, jede Gruppe habe eine Identität, jeder sei gewissermassen von Geburt an fest darin verankert und werde dadurch lebenslang geprägt, beziehungsweise könne sich dieser nicht entziehen», sagt Skenderovic. Und wieso ist es rassistisch, wenn alle Kulturen auf einer Ebene gesehen werden? «Es wird behauptet, dass nicht wie im klassischen Rassismus eine
25 Hierarchie der Gruppen hergestellt werde. Aber dabei wird verschwiegen, dass sich die jeweiligen Gruppen im Kontext bestimmter Machtkonstellationen befinden und es so automatisch zu Hierarchien kommt.»

30 «Die Identitären machen in der Schweiz höchstens ein Drittel des rechtsextremen Spektrums aus», meint der Extremismus-Experte Samuel Althof. Er nennt die Identitären «ein paar sehr unangenehme und rassistische Spaziergänger», geht aber davon aus, dass sie «in der Tagespolitik der Schweiz keine politische Bedeutung haben». Eine Studie der Fachstelle für Rassismusbekämpfung aus dem Jahr 2005 zeigt, dass zehn Prozent der befragten Jugendlichen mit rechtsextremen Gruppen sympathisieren. Eine Umfrage aus Deutschland zeigt ein ebenso
35 drastisches Bild. 42 Prozent aller Befragten gaben an, dass manche Kulturen anderen «klar überlegen» seien, und 31 Prozent meinten, es gebe eine «natürliche Hierarchie zwischen schwarzen und weissen Völkern». Die Identitären mags freuen. Es ist genau das, was sie skandieren.

Die Tageswoche, 22.5.2014

SERIE LANGUES VIVANTES

ANALYSE LV2

TEXTE

HORS PROGRAMME

Angekommen - Martin Schulz geht in Würselen wählen

Würselen. Wahlkampf mit Vollgas: Martin Schulz im Fernsehen, in den Zeitungen, in Europa. Nach einer langen Reise ist er in Würselen angekommen. Hier ist er „der Martin“ und der geht wählen.

5 Es war ein langer Weg. Jetzt ist Martin Schulz angekommen: Zu Hause in Würselen, in der Siedlung Teut, im katholischen Pfarrheim St. Pius, Ahornstraße. Der sozialdemokratische Spitzenkandidat wählt. Schulz geht von einer steigenden Wahlbeteiligung aus: „Wir haben in den letzten Tagen noch mal richtig Rückenwind gespürt.“ Die SPD werde deutlich besser abschneiden als bei den letzten Europawahlen.

Den Vorabend hat er mit seiner Frau verbracht. „Da haben wir mal wieder ein bisschen Zeit für uns gehabt“, sagt Schulz. Am Morgen ein ausgiebiges Frühstück, später wird es noch einen Kaffee geben, Mittagessen - und dann geht es schon wieder los nach Berlin, später nach Brüssel. Ein alter Herr schüttelt Schulz im Wahllokal innig die Hand: „Alles Gute mein Freund“, sagt er.

10 Draußen in der Welt ist Schulz der Präsident des Europaparlaments, in Würselen ist er „der Martin“. Der Erdverbundene, der natürlich zur Karnevalssitzung der Würselener „Au Ülle“ (Alte Eulen) geht - wenns irgendwie geht -, mit „Freund und Feind“ auf der Straße spricht und natürlich auch beim Traditionsfest den „Jungenspielen“ dabei ist - und: Der Platt wie seine Muttersprache spricht. Aber in den letzten Monaten haben selbst Leute wie Martina Schillings „den Martin“ mehr im Fernsehen
15 und in den Zeitungen gesehen als in Würselen.

Schillings hat jetzt die Buchhandlung, die früher „dem Martin“ gehörte, als er noch Buchhändler war. Sie hat bei ihm die Ausbildung gemacht, genau in diesem Buchladen, mit diesen Regalen und dieser Theke. Fast schon legendär. In den letzten Wochen waren immer wieder Medienleute in der Stadt aufgetaucht. Sie wollten die Buchhandlung sehen. Zum Schluss war sogar einer aus Schweden
20 da und wollte auch mal hören, wie denn der Schulz so ist. Aber da kann die Frau ganz schmallippig werden.

Wie ein Sprinter auf einer Marathonstrecke hatte Schulz in den letzten Monaten gewirkt: Interviews, Talkrunden, Fernsehauftritte. Wahlkampf an 150 Orten in Europa, sagte die SPD. Er sprach vor 100 000 Menschen über ein besseres Europa über ein soziales Europa. Zehntausende
25 Kilometer legte er zurück - Madrid, Warschau. Rom, Paris, Bukarest, Wien, Helsinki und viele Städte mehr.

Am Samstag kam er in Aachen an, der Nachbarstadt von Würselen: offizieller Wahlkampfabschluss der SPD mit nach Angaben der Partei 2500 Besuchern - auf dem Katschhof zwischen Dom und Rathaus war noch Luft. Schulz sprach von verlorenem Vertrauen der Menschen in Europa. Von der
30 Notwendigkeit eines gerechteren Europas. Davon, dass nicht mehr die Milliarden von Spekulanten und Banken den Ton angeben dürfen, sondern und dass es um das Geld der Bürger gehen müsse. Er sprach von Europa als Friedensprojekt. Vollgas bis zuletzt.

Rheinische Post on-line, 25.5.2014

SERIE LANGUES VIVANTES

ANALYSE LV2

TEXTE

HORS PROGRAMME

Ist Fussball Opium fürs Volk?

Ist es nationalistisch, Begeisterung für das deutsche WM-Team zu zeigen? Die Linke hat sich stets schwergetan mit dem Patriotismus. Unbeschwert wie in anderen Ländern ist ihre Fussballbegeisterung nicht.

5 Ist doch alles recht entspannt hier, nicht? Auf der Fanmeile zwischen Brandenburger Tor und Siegestsäule stauen sich Zehntausende, eine überaus fröhliche und vorwiegend friedliche Menge. Hier wird geguckt, geschrien, getrunken und gelacht, hier schwanken kichernde Freundinnen und kleine Podolskis auf den breiten Schultern ihrer Kumpels und Väter. Und die paar Portugiesen, die sich mitsamt einer riesigen Flagge ins Berliner Zentrum gewagt
10 haben, werden umarmt und getröstet. Kein Ort des Hasses.

Viele deutsche Linke hätten mit dieser Schilderung einer Public-Viewing-Szene arg Mühe. Beschönigend würden sie sie nennen, verklärend und mithin ungenügend. Wie schon bei der Weltmeisterschaft in Deutschland 2006, als das Land erstmals im schwarz-rot-goldenen Fahnenmeer ertrank, sehen sich viele Linke in schwerer Gewissensnot. Darf man das? Darf
15 man sich freuen, dass die Deutschen anderen Ländern Niederlagen bringen? Darf man stolz sein auf die eigene Mannschaft, das eigene Land, gar das Vaterland? Die linke Angst vor dem Patriotismus feiert alle vier Jahre gewissermassen Urständ.

Viele sind da sehr streng. Fussballerischer Patriotismus, das gehe gar nicht, findet etwa die Sozialistische Alternative Göttingen, die unter dem Titel «Schwarz-rot-geil – Opium fürs
20 Volk» harsch kundtut: «Wir lehnen die Fussball-Weltmeisterschaft mitsamt ihrer ganzen Inszenierung als ein Nationalismus stiftendes Instrument der Machthabenden zur Legitimation kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse ab.» Die linksliberale Wochenzeitung «der Freitag» ist eine Spur milder, dafür kommt sie zu einer verblüffenden Erkenntnis. «Nationen treten gegeneinander an. Sie können nur gewinnen, wenn die anderen verlieren» –
25 hatten wir es nicht geahnt? Das schlichte Fazit des «Freitags»: «Die Bundesliga entspricht dem Kapitalismus, die Weltmeisterschaft dem Feudalismus.» Die Website Cosmonautilus berät all die, die Autofahrern ihre Fähnchen klauen und sie durch einen Flyer ersetzen, der den Bestohlenen klarmacht, dass eine Flagge, egal, aus welchen Motiven sie angebracht wurde, «Nationalismus produziert» und nicht für Fussball oder ein Team stehe, sondern «für
30 deutsche Identität». Doch es gibt ja auch ganz andere Linke. Die «Tageszeitung» («TAZ») etwa, aus der antiautoritären, alternativen Ecke kommend, interessiert sich seit Jahren brennend für Fussball und berichtet ebenso treu über die Bundesliga wie die grossen bürgerlichen Blätter.

Und so wäre denn der wunde Punkt gefunden. Warum geht in Deutschland nicht, was
35 anderswo geht? Fremdelnd schaut der Deutsche zu, wenn Sozialisten wie Mitterrand oder Hollande ihr «Vive la France!» schmettern, das keinen Deut weniger pathetisch klingt als bei de Gaulle. Die linken Amerikaner singen mit Inbrunst: «This land is your land, this land is my land.» Die Deutschen haben den «Verfassungspatriotismus» erfunden, um nicht das Vaterland lieben zu müssen. Ach, man wünschte sich ähnlich wie «Analyse und Kritik» etwas mehr
40 Gelassenheit. Doch davon war noch nie viel zu spüren. Schon 2012 stellte ein Autor in der «Süddeutschen» bange fest: «Wenn Deutschland Argentinien schlägt, bin ich glücklich. Vermutlich bin ich deshalb ein verklemmter Nationalist. Ehrlich gesagt, möchte ich das nicht sein. Andererseits möchte ich weiterhin Fussball gucken, wegen der positiven Emotionen. Was also tun?»

SERIE LANGUES VIVANTES

ANALYSE LV2

TEXTE

HORS PROGRAMME

Aus: *Neue Zürcher Zeitung*, 26.06.14.

AfD kommt bei den EU-Skeptikern unter

Erfolg für Bernd Lucke: Die Fraktion der konservativen EU-Kritiker, der auch die britischen Tories angehören, hat die AfD aufgenommen. Die Union sieht das als Affront.

5 Die eurokritische Alternative für Deutschland (AfD) gehört im Europaparlament künftig zur Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformisten (EKR), zu der auch die Partei des britischen Premierministers David Cameron zählt.

10 Zur EKR-Fraktion gehören neben den britischen Tories unter anderem die polnische Partei Recht und Gerechtigkeit, die liberal-konservative Tschechen sowie die als rechtspopulistisch geltenden Wahren Finnen. Sie wird im neuen Europaparlament voraussichtlich die drittgrößte Fraktion und die größte Oppositionsfraktion stellen. Die EKR-Fraktion lehnt zusätzliche Kompetenzen für Brüssel ab, stellt die EU aber nicht grundsätzlich infrage.

15 Parteichef Bernd Lucke wertete die Entscheidung als "Anerkennung und Aufwertung der AfD". Er hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) vorgeworfen, den Beitritt seiner Partei zur EKR-Fraktion zu hintertreiben. Lucke sprach von "extremem Druck", dem die Fraktion ausgesetzt gewesen sei. CDU und CSU gehören im Gegensatz zu den Tories der Europäischen Volkspartei (EVP) an. In der Vergangenheit war die Europäische Volkspartei EVP im EU-Parlament allerdings wiederholt auf die EKR-Fraktion angewiesen, um Mehrheiten zu bilden.

20 Die *Süddeutsche Zeitung* berichtete, Camerons Tories hätten sich in der geheimen Abstimmung gegen die Aufnahme der AfD ausgesprochen, seien aber überstimmt worden. Ein Sprecher der Tories zeigte sich demnach "enttäuscht" von der Entscheidung und sagte: "Wir werden mit der AfD zusammenarbeiten, aber die CDU/CSU bleibt unsere einzige Schwesterpartei in Deutschland."

25 Die Union hat die geplante Zusammenarbeit der britischen Konservativen mit der AfD scharf kritisiert. Dass die maßgeblich von der britischen Regierungspartei geprägte EKR-Fraktion die sieben Europaabgeordneten der AfD aufnehme, sei "ein Affront", sagte Herbert Reul, der Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europaparlament. "Die EKR begibt sich damit in populistisches, anti-europäisches Fahrwasser." Bisher hätten die europäischen Christdemokraten gerade in Wirtschaftsfragen gut mit der EKR-Fraktion
30 zusammengearbeitet, sagte Reul. Es irritiere, dass dort jetzt eine schillernde Gruppierung aufgenommen werde, die "politisch unzuverlässig ist und in vielen Punkten sehr problematische Positionen vertritt".

35 AfD-Vize Hans-Olaf Henkel wertete die Aufnahme seiner Partei in die Fraktion als Beleg dafür, "dass wir als politische Kraft auch auf europäischer Ebene Fuß gefasst haben". Abgeordnete Großbritanniens hätten sich gegen Druck ihrer Parteiführung und trotz massiver Einmischung Merkels aber auch für die Aufnahme eingesetzt.

40 Die AfD hatte zur Wahl Ende Mai aus dem Stand sieben Prozent erreicht und war mit sieben Abgeordneten ins EU-Parlament eingezogen. Bei den anstehenden Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen ist ein Einzug möglich, die AfD steht bei etwa sechs Prozent.

Was wir Deutschen ausrichten können gegen die Unglücke vor Lampedusa

Europa sollte wirklich alles tun, was in seinen Kräften liegt, um den Flüchtlingen zu helfen. Seine Dilemmata sind keine Entschuldigung für Untätigkeit. VON ROBERT LEICHT

14. Oktober 2013

Auch gestern sind wieder Flüchtlingsboote im Mittelmeer in Seenot geraten. Werden wir auch in dieser Woche neue Schreckensbilder aus Lampedusa zu sehen bekommen? Werden weitere Menschen jämmerlich untergehen, die doch nur an das im weitesten Sinne rettende Ufer gelangen wollen, das Meer ihrer Nöte hinter sich lassend? Ab wie vielen geborgenen Toten an gibt es das nächste Staatsbegräbnis, zu dem hohe europäische Repräsentanten an- und dann eben auch wieder abreisen?

Es gibt nicht nur ein krasses Missverhältnis zwischen dem spontanen Entsetzen über die einzelnen Schicksale und dem, was wir kollektiv gegen diese Not tun. Sondern auch ein Missverhältnis zu dem, was wir mit fundamentaler Wirkung tun können – und zwar rechtzeitig. (...)

Aber wüssten wir denn eine Lösung, zudem in angemessener Zeit? Gewiss, wir könnten mehr Flüchtlinge bei uns aufnehmen, in Deutschland, in Europa. Die Zahl ist keine starre Größe, sondern auch eine Funktion der Art und Weise, in der wir über diese Probleme reden.

Wer freundlicher über die Armutsflüchtlinge redet, kann auch mehr von ihnen aufnehmen. Doch werden wir je an die wahre Not herankommen? Selbst wenn unsere Bürger mitmachten, die sich schon über jede neue Kita in ihrer Nachbarschaft aufregen, erst recht über Flüchtlingsheime.

Ein kleiner Ausschnitt aus den Proportionen: Deutschland hat sich bereit erklärt, 5.000 syrische Flüchtlinge aufzunehmen. Den Vereinten Nationen zufolge haben aber mindestens zwei Millionen Syrer ihr Land verlassen. Man bräuchte also 400 Deutschlands, um diese Flüchtlinge unterzubringen. Und dabei geht es hier nur um einen der vielen Konflikts- und Armutsherde. Wir sollten also unternehmen, was wir können. Und das heißt zugleich: was wir können wollen.

Doch selbst wenn Europa mit einem Schlag dreimal so viele Flüchtlinge aus dem Krisengürtel rund um sein südliches Meer aufnehmen würde – doch an diese Verdreifachung wird keine Politik denken – würde der Migrationsdruck nicht wirklich nachlassen, sondern eher noch steigen, weil sich dann noch mehr Menschen Hoffnung auf ein besseres Leben in Europa machen würden? Und wer könnte es ihnen verdenken? Schreckensbilder aus den Wogen vor Lampedusa blieben uns auch dann nicht erspart.

Also die Krisen und die Armut am Ort ihrer Entstehung bekämpfen? Darüber reden wir jedoch, seitdem es so etwas wie eine Entwicklungspolitik gibt, die mehr ist als Entwicklungshilfe, immerhin. Doch mit welchem nachhaltigen Effekt?

Ändern wir unsere Handelspolitik je zugunsten der ärmsten der Länder? Hören unsere westlichen Unternehmen, vor allem die Rohstoff- und Energie-Erschließer und -Ausbeuter damit auf, mit korrupten lokalen Eliten zu kooperieren, die das zum Teil beträchtliche potenzielle Vermögen ihrer Länder schnell in die eigene Tasche stecken und außer Landes bringen?

Und wie soll man Völkern helfen, deren Eliten offenbar mehr Gefallen an Diktatur, Putsch, Bürgerkrieg und dergleichen haben als an einer fruchtbaren Entwicklung ihrer Länder im Sinne des gemeinen Wohls? Und selbst die diversen politischen Frühlingsstürme, die an der Südküste des Mittelmeeres entlanggezogen sind, haben bisher nirgendwo einen reichen Sommer gebracht.

Die Schreckensbilder vor Lampedusa werden uns noch lange immer wieder einholen. Selbst wenn wir wirklich alles tun sollten, was in unseren Kräften liegt.

Doch dieses Dilemma ist keine Entschuldigung für Untätigkeit. Jeder gerettete Mensch ist einer mehr. Und ein Ertrunkener weniger.

Ungerechtes Bildungssystem: Ein Junge will nach oben

Aus Lübeck berichtet Frauke Lüpke-Narberhaus. 02.12.2013

Hätte er auf seine Grundschullehrer gehört, dann hätte er die Hauptschule besucht. Dann wäre er jetzt wahrscheinlich Koch und kein Doktorand mit Einser-Abitur und Einser-Uni-Abschluss, Jahrgangsbester sogar.

Was René Schönfelder in seiner Schulzeit in Hamburg erlebte, zeigt wie Lehrer und Behörden immer wieder Schüler aussortieren, weil deren Eltern vielleicht arbeitslos sind, weil sie schlecht Deutsch sprechen oder weil sie in kleinen Mietwohnungen leben ohne Bücherregal, Zeitungsabo und Theater-Dauerkarte. Seine Geschichte zeigt aber auch, was Lehrer, Beamte und Eltern tun können, um das zu verhindern.

René Schönfelder ist heute 28 Jahre alt, groß, kräftig, sehr freundlich. Er spricht nicht gern über sich und das, was er erreicht hat, er hört lieber anderen zu. Er erzählt jetzt nur, weil er ein Ziel hat: Er möchte, dass es mehr Kinder wie er an die Uni schaffen. Kinder, deren Eltern nicht studiert haben. Denn Arbeiterkinder sind hierzulande unterrepräsentiert an Gymnasien und Hochschulen; immer wieder rügen Untersuchungen wie die Pisa-Studie Deutschlands ungerechtes Bildungssystem (...)

Früher, in der Grundschulzeit, war er das "introvertierte Kind mit dem Computer", so beschreibt er sich. Er meldete sich nicht im Unterricht, er habe sich immer gefragt: "Warum soll ich etwas sagen, was ich schon weiß?" Nur ahnte das kein Lehrer. Sie empfahlen ihm die Hauptschule, höchstens Realschule. Seine Mutter aber sagte, er solle die Schule wählen, die er für richtig halte. René entschied sich für die Gesamtschule, mehr traute er sich nach der Empfehlung nicht zu. Gleichzeitig wusste er: Dort könnte er Abitur machen, und nur mit Abitur, so dachte er, würde er später genug verdienen.

Irgendwann in der Oberstufe merkte er dann, dass er sich von seinen Mitschülern unterschied. Seine Mutter zog ihn und seinen Bruder allein auf, sie putzte in den Morgenstunden, arbeitete danach als Tagesmutter, abends zapfte sie oft Bier in der Kneipe. Trotzdem reichte es nicht, sie bekam Sozialhilfe und bat beim Amt manchmal um Hilfe. (...)

An das Gespräch erinnert sich Manuela Schönfelder, 49, auch heute noch gut: René mache doch freiwillig Abitur, sagte die Frau vom Amt. Er könne mit seinem Realschulabschluss schließlich eine Ausbildung beginnen. (...) Die Mutter nahm einen Kredit auf, ihre Tante bürgte für sie. 20.000 Euro Schulden hat sie über die Jahre für die Ausbildung ihrer Söhne angehäuft, für Klassenfahrten, Bücher, Computer, Englisch-Nachhilfe. Noch immer zahlt sie ab. (...) Wenn sie Lehrern und Beamten gegenüber saß, dann sah sie, die alleinerziehende Mutter, in ihren Gesichtern oft Mitleid (...). Zu Elternsprechtagen, erzählt die Mutter, liebte sie sich irgendwann einen Partner: Ein guter Freund spielte ihren Mann, er setzte sich ein, wie ein Vater sich eben einsetzt für seinen Sohn. Und die Mutter fühlte sich endlich ernst genommen. (...)

Er verließ die Schule mit einer Abiturnote von 1,6. Nur fragte er sich dann: Würde das für die Uni reichen? Wie sollte er ein Studium überhaupt finanzieren? Ein Stipendium bekommen doch sicher nur 1,0er-Kandidaten, oder? Wäre eine Ausbildung zum Koch nicht viel sicherer?

Diese Fragen beantwortet René Schönfelder inzwischen anderen Schülern. Seit zwei Jahren engagiert er sich bei Arbeiterkind, einer gemeinnützigen Initiative, die jene Schüler an die Hochschule locken will, deren Eltern nicht studiert haben. Er erklärt ihnen, (...) dass ein Stipendium auch jene bekommen, die sich besonders engagieren, dass man nicht gleich von der Uni fliegt, nur weil man mal eine Klausur nicht besteht, dass nichts so gut vor Arbeitslosigkeit schützt wie ein Studium.

René hat Informatik studiert, schrieb eine Bachelor- und Masterarbeit (...). Er beendete sein Studium mit einer 1,0 und erhielt einen Preis als Jahrgangsbester. Hätte er nicht gewusst, dass er ein Preisgeld bekommt, er wäre wohl nicht gekommen. Wovon hätte er sich den Anzug leisten sollen?

Seit etwa einem Jahr hat er an der Uni Lübeck sein eigenes Büro, René Schönfelder M. Sc. steht an der Tür, Master of Science. (...) An den weißen Wänden noch keine Bilder, keine persönlichen Gegenstände, noch ist er nicht richtig angekommen. Er würde bald gern seiner Mutter alles zeigen, der Person, der er so viel zu verdanken hat. Er sagt: "Eigentlich ist es auch ihre Erfolgsgeschichte."

Schwabinger¹ Kunstfund: Gurlitt einigt sich mit Bund und Bayern

Cornelius Gurlitt² lässt alle seine Bilder freiwillig untersuchen und verspricht die Rückgabe von Raubkunstwerken. Im Gegenzug bekommt er unverdächtige Kunstwerke zurück. Darüber hat Gurlitt mit Bund und Freistaat Bayern einen Vertrag geschlossen.

München — Der Münchner Kunstsammler Cornelius Gurlitt hat sich Monate nach Bekanntwerden des spektakulären Schwabinger Bilderfundes mit der Bundesregierung geeinigt und einen Vertrag über den weiteren Umgang mit seinen Kunstwerken geschlossen. Er erklärt sich darin dazu bereit, alle unter Raubkunstverdacht stehenden Bilder freiwillig auf ihre Herkunft untersuchen zu lassen, wie die Bundesregierung, das bayerische Justizministerium und Gurlitts Anwälte in einem gemeinsamen Schreiben mitteilten.

"Er verpflichtet sich zur freiwilligen Rückgabe der in Frage kommenden Raubkunstbilder", sagte Kulturstaatsministerin Monika Grütters dem 3sat-Magazin "Kulturzeit". "Wir sind sehr froh, dass wir mit Herrn Gurlitt und seinen Anwälten einen Vertrag abschließen konnten, unabhängig vom laufenden Strafverfahren."

Der bayerische Justizminister Winfried Bausback begrüßte, dass die Erforschung der Herkunft der Bilder durch die Taskforce weitergehen werde: "Damit wird die Grundlage dafür geschaffen, dass auch und gerade Opfer des nationalsozialistischen Terrors ihre Rechte an Kunstwerken geltend machen können." Bausback weiter: "Ich wollte immer, dass mit Herrn Gurlitt geredet und eine einvernehmliche Lösung für den weiteren Umgang mit den Bildern gefunden wird." Er erkenne an, dass Gurlitt zu seiner moralischen Verantwortung stehe.

Nach einem Jahr Recherche: Rückgabe

Cornelius Gurlitts gerichtlich bestellter Vertreter, der Rechtsanwalt Christoph Edel, teilte die Zustimmung des Kunsthändlersohns mit. Für Gurlitt ergibt sich aus der Vereinbarung, dass er Zugang zu den Kunstgegenständen erhält, Bilder besichtigen darf und nun auch mindestens einen Wissenschaftler in die Task-Force entsenden kann. "Alle Werke, die nicht der Herkunftsforschung unterliegen, werden ihm zeitnah zurückgegeben", so Edel.

Die Werke, die im Zuge der Provenienzüberprüfung als einwandfrei angesehen werden, sollen mit der Rückgabe an Gurlitt auch aus der "Lost Art"-Datenbank gelöscht werden. Kunstgegenstände, für die ein Verdacht auf NS-verfolgungsbedingten Entzug nicht ausgeschlossen werden kann, bleiben im bisherigen gesicherten Gewahrsam und bei "Lost Art" eingestellt.

Die Vereinbarung setzt die Behörden unter Zeitdruck: "Kunstwerke, für die innerhalb der Jahresfrist die Provenienzforschung durch die Task-Force nicht abgeschlossen wurde, werden an Cornelius Gurlitt herausgegeben", heißt es in der Vereinbarung.

Doch für Staatsministerin Grütters überwiegt der Vorteil der Rechtssicherheit: Die Provenienzforschung sei "nicht zuletzt deshalb wichtig, weil wir so gerade auch gegenüber dem Ausland ein deutliches Zeichen setzen, NS-Unrecht auch 70 Jahre nach Kriegsende nicht weiter fortbestehen zu lassen."

¹ Schwabing ist ein Münchner Stadtteil.

² Cornelius Gurlitt war ein Kunstsammler. Von seinem Vater erbte er über 1.500 Kunstwerke, von denen er bis zu seinem Tode 2014 einzelne Stücke verkaufte, um seinen Lebensunterhalt zu bestreiten. Bei einem erheblichen Teil dieser Werke handelt es sich um NS-Raubkunst, das heißt Werke, die in der Zeit des Nationalsozialismus ihren — meist jüdischen — Besitzern weggenommen wurden.

Schäuble kündigt schärfere Regeln für Steuer-Selbstanzeigen an

Wer Steuern hinterzieht, soll nach Plänen des Bundesfinanzministers zukünftig schwerer um eine Strafe herumkommen. Die Regeln zur Selbstanzeige sollen verschärft werden. 15. März 2014

Nach der Verurteilung des ehemaligen FC-Bayern-Präsidenten Uli Hoeneß wegen Steuerhinterziehung hat Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung eine Verschärfung der Regeln für die straffbefreiende Selbstanzeige angekündigt.

Nach Schäubles Vorstellungen soll die Pauschalstrafe, die bei hinterzogenen Steuern von mehr als 50.000 Euro zu zahlen ist, noch einmal erhöht werden. "Dann wollen wir den Zeitraum verlängern, für den man in der Selbstanzeige alles offenlegen muss", sagte Schäuble. "Und bei Einkünften aus dem Ausland wollen wir die Verjährungsfrist ausdehnen." Die Selbstanzeige als Möglichkeit solle aber bestehen bleiben.

Auch Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) bezeichnete die geltenden Regelungen als reformbedürftig. Bei der Straffreiheit handele es sich um ein "Privileg für Steuersünder", das überprüft werden müsse, sagte Maas dem Tagesspiegel am Sonntag. Es müsse verhindert werden, "dass einige, die reich genug sind, sich freikaufen".

Ähnlich äußerte sich Unionsfraktionschef Volker Kauder (CDU). In der Welt am Sonntag sprach er sich für eine Erhöhung der Pauschalstrafe aus. "Das würde unterstreichen, dass Steuerhinterziehung ein schweres Vergehen gegen die Allgemeinheit ist", sagte Kauder. Außerdem solle der Druck durch Ermittler und Steuerfahnder erhöht werden. Die Täter müssten zur Rechenschaft gezogen werden. Kauder sprach sich zugleich gegen den Ankauf von sogenannten Steuer-CDs aus. Er sei dafür, Informationen auf einem "rechtsstaatlich absolut sauberen Weg" zu bekommen – etwa über ein Steuerabkommen mit der Schweiz.

Fall Hoeneß als Auslöser

Auslöser für die neu aufgeflammete Debatte ist die Verurteilung des bisherigen Bayern-München-Präsidenten Hoeneß zu dreieinhalb Jahren Haft. Der 62-Jährige hatte zwar eine Selbstanzeige eingereicht. Das Gericht sah sie aber nicht als wirksam an. Hoeneß nahm das Urteil des Landgerichts München II am Freitag an und verzichtete darauf, in Revision zu gehen. Zugleich legte er seine Ämter beim FC Bayern München nieder. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig, da die Staatsanwaltschaft in Revision gehen kann.

Der ehemalige Fußballmanager ist nicht der einzige Prominente, der das Mittel der Selbstanzeige nutzte. Auch die Journalistin und Frauenrechtlerin Alice Schwarzer erstattete eine Selbstanzeige, wie Anfang Februar bekannt wurde. Sie hatte ein Konto in der Schweiz jahrelang vor dem Finanzamt verheimlicht.

Die öffentliche Diskussion um Steuerhinterziehung dürfte aus Sicht der Politik die Steuerehrlichkeit in Deutschland verbessern. "Durch den Hoeneß-Prozess ist die Angst vor Entdeckung größer geworden. Ein solcher Strafprozess hat eine generalpräventive Wirkung", sagte NRW-Justizminister Thomas Kutschaty (SPD) der Rheinischen Post. "Es wird jedem Bürger klar geworden sein, dass man bei Steuerhinterziehung mit einer ernsthaften Strafe rechnen muss."

DasParlament



Der gelähmte Kontinent

Die EU muss als Idee wieder stark werden. Sonst wird sie vom Sog des Globalismus verschlungen
Matthias Politycki. 28.4.2014

Seit Jahr und Tag wurde im öffentlichen Raum die immer gleiche, wohlfeile Bekundung in Umlauf gehalten: Die EU sei zwar in der Krise, als Modell aber nach wie vor alternativlos, ebenso zukunftsweisend wie tatsächlich zukunftssträchtig. Haben wir uns da etwa unisono Mut zugepiffen? (...)

Den kursierenden Bekenntnissen zur EU fehlt nämlich seit Jahren etwas Entscheidendes: die Begeisterung. Der unbedingte Wille, die Idee unsrer Väter und Großväter nicht als Freihandels- und Phrasenzone zu verspielen. Man konzentrierte sich aufs Flüchtlings- oder Euro-Krisenmanagement und sparte das Nachdenken über die geistig-kulturelle Verschmelzung der europäischen Nationen für später auf. Offensichtlich war Europa kein kostbar Gut mehr, das man behutsam befördert, sondern ein sachzwanghaft interpretiertes Abstraktum, ein Besitz ohne rechten Besitzer. (...)

Wenn wir etwa glauben sollten, dass wir für unsere viel beschworenen Werte — Menschenwürde, Pluralismus und so weiter — andernorts bewundert werden, so ist das ein Irrtum. (...)

Wenn Europa weder vom Sog des Globalismus verschlungen werden will noch im zunehmend aggressiven "Aneinandergeraten der Kulturen", muss es wieder stark werden, und zwar als Idee. Nach dem Zweiten Weltkrieg war es die stärkste Idee, die überhaupt gedacht werden konnte; welche eine großartige Vision noch heute, die Vereinigten Staaten von Europa! Wenn es aber nicht gelingt, das utopische Potenzial des Europagedankens emotional neu zu beleben, wird er vom Primat wirtschaftlicher Überlegungen und dem blanken Pragmatismus der Faktenhuber bald vollständig ausgehöhlt sein. Dann werden Europagegner und -kritiker weiter zulegen, wird die Wahlbeteiligung bei Europawahlen weiter zurückgehen. Denn das europäische Projekt ist keine Selbstverständlichkeit. Es muss von jeder Generation aufs Neue gedacht und erarbeitet werden. Seit dem Fall des Eisernen Vorhangs haben wir keine neue Vision der Europäischen Union entwickelt außer derjenigen, möglichst viele an der alten Vision teilhaben zu lassen. Der europäische Gedanke ist damit, als Vision, de facto tot. (...)

Der Weg zum geeinten Europa führt eben nicht direkt über die intellektuelle Überwindung der eigenen Nationalgeschichten und -kulturen. Sondern über deren sukzessives Verschmelzen zu einer gemeinsamen europäischen Geschichte und Kultur, deren Vitalität in der Vielfalt ihrer lebendigen Wurzeln zu spüren ist. Nur das ergäbe ein weiterhin kosmopolitisches, ein europäisches Europa.

Gelänge es, wäre jeder plötzlich stolz, Europäer zu sein. Und anderswo auf der Welt würde man staunend zur Kenntnis nehmen, dass es nicht nur einen amerikanischen, sondern auch einen europäischen Traum gibt, den es zu leben — und zu verteidigen — lohnt. (...)